



**DER BESTE WEG,
DIE ZUKUNFT VORAUSZUSAGEN,
IST, SIE ZU GESTALTEN.**

Willy Brandt



EINLEITUNG	6-9
1. SWOT-ANALYSE	10
1.1 RÄUMLICHE LAGE UND GEBIETSABGRENZUNG	11
1.2 BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG	12
1.3 KULTUR UND KULTURELLE IDENTITÄT	12
1.4 BILDUNG UND AUSBILDUNG	13
1.5 WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR UND BESCHÄFTIGUNG	14
1.6 GESUNDHEIT UND SOZIALES	15
1.7 NATUR UND UMWELT	16
1.8 STRUKTURVERBESSERENDE MASSNAHMEN	17
2. REGIONALES LEITBILD – ZUKUNFTSZIELE	18-19
2.1 GRENZREGION DG – BRÜCKENFUNKTION FÜR KULTUR, IDENTITÄT UND STANDORT	20-21
2.2 WIRTSCHAFTSREGION DG – INNOVATION, KOOPERATION UND VERANTWORTUNG	22-23
2.3 BILDUNGSREGION DG – UNSER ZUKUNFTSKAPITAL	24-25
2.4 SOLIDARREGION DG – SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN NACHHALTIG SICHERN	26-27
2.5 LEBENSREGION DG – LEBENSQUALITÄT IST UNSERE NATUR	28-29
3. ENTWICKLUNGSSTRATEGIE	30
3.1 REK ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE AUSRICHTUNG	31
3.2 GRENZREGION DG - STRATEGISCHE ANSÄTZE	32-33
3.3 WIRTSCHAFTSREGION DG – STRATEGISCHE ANSÄTZE	34-36
3.4 BILDUNGSREGION DG – STRATEGISCHE ANSÄTZE	37
3.5 SOLIDARREGION DG – STRATEGISCHE ANSÄTZE	38-39
3.6 LEBENSREGION DG – STRATEGISCHE ANSÄTZE	40-41
3.7 UMSETZUNG DES REK – STRATEGISCHE ANSÄTZE	42-43
4. HANDLUNGSFELDER UND MASSNAHMEN	44
4.1 KULTUR UND KULTURELLE IDENTITÄT	45-48
4.2 DEMOGRAFISCHER WANDEL UND INTEGRATION	49-51
4.3 GESUNDHEITSPRÄVENTION UND MEDIZINISCHE VERSORGUNG	52-56
4.4 BILDUNGSOFFENSIVE	57-64
4.5 BESCHÄFTIGUNG	65-67
4.6 DIVERSIFIZIERUNG UND ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT	68-73
4.7 INNOVATION UND TECHNOLOGISCHER WANDEL	74-77
4.8 NACHHALTIGKEIT	78-79
4.9 WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	80-83
4.10 UMWELTSITUATION UND NATURSCHUTZ	84-85
4.11 RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN	86-89

Die kulturelle Identität stärken, der Veränderung und Veralterung der Gesellschaft begegnen, die Bildungsqualität steigern und den Standort Ostbelgien festigen - dies sind die vier strategischen Herausforderungen, die die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihrer Regierungserklärung vom 18. September 2007 aufgezeigt hat. Zur Konkretisierung dieser Herausforderungen gab die Regierung im Mai 2008 die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) in Auftrag. Ziel war dabei, auf Basis eines strukturierten Dialogs mit allen interessierten Gruppen und Einzelpersonen einen abgestimmten Zukunftsentwurf für die DG zu entwickeln und darzulegen, mit welchen Maßnahmen die Gemeinschaft den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen begegnen kann.

Aufbauend auf einer umfassenden Situationsanalyse wurde ab Juni 2008 ein breit angelegter Beteiligungsprozess initiiert. In insgesamt 19 offenen Foren war die Deutschsprachige Gemeinschaft mit ihren Menschen aufgefordert, sich an der Entwicklung einer gemeinsamen Zukunftsvision zu beteiligen. Das Spektrum der Akteure umfasste interessierte Bürger, Unternehmer sowie Vertreter von Institutionen, Vereinen, Verbänden und Behörden. Rund 350 verschiedene Teilnehmer diskutierten über Schlüsselthemen wie ländliche Entwicklung, Standortmarketing, Bildung, Soziales, Umwelt, Tourismus oder Kultur. Über die Foren hinaus wurden mehr als 40 Gespräche mit Fachexperten verschiedener Organisationen, Einrichtungen und Gremien geführt. Durch die breite Beteiligung unterschiedlicher Interessensgebiete war ein interdisziplinärer Ansatz bei der Betrachtung der einzelnen Themen möglich.

Expertengespräche	2008	2009		
Ministerium der DG	•••	•••		
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	•	•		
Arbeitsamt	•			
Wirtschafts- und Sozialrat	•			
Rat der deutschsprachigen Jugend	•			
Dienststelle für Personen mit Behinderung	•	•		
Institut für Aus- und Weiterbildung	•			
Ländliche Entwicklung	••			
Tourismus	•			
Naturpark	•			
Raumordnung	••			
Foren	2008	2009		
Kommunen	••			
Ländliche Entwicklung	••			
Umwelt/Naturpark	••			
Wirtschaft	•••			
Standortmarketing	•			
Tourismus	•			
Bildung	•			
Soziales	••			
Kulturelle Identität	•			
Abschlussforum		•		
			Symposien/ Fachveranstaltungen	
			2008	2009
			Raumordnung	•
			Regionale Identitäten	•
			Small is beautiful, isn't it?	•
			Qualität im Tourismus	•
			Eurac-Besuch	•
			Zukunftsinitiative Eifel	•
			Fachexkursion Voralberg	•
			Workshop Kompetenzfeldanalyse	•





Begleitet wurden die Arbeiten durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie durch einen Begleitausschuss mit Vertretern der Regierung, des Ministeriums, der paragemeinschaftlichen Einrichtungen, der Wirtschaftsförderung und des Tourismus.

Ohne die monate- und zum Teil jahrelangen Vorarbeiten und die wertvolle Mitarbeit all dieser Personen und Einrichtungen wäre ein solches REK niemals zustande gekommen.

Die Ausarbeitung der Regionalanalyse sowie die Moderation der Foren erfolgte über die beauftragten Beratungsbüros Futour und Aixplan. Darüber hinaus war vom 4. bis zum 6. Dezember 2008 eine Delegation der Europäischen Akademie in Bozen, des Zentrums für Innovation und Technologie Südtirol und des Beratungsunternehmens Syneco Bozen zu Gast in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um auf Basis von Gesprächen mit Unternehmen und Organisationen Entwicklungspotenziale und -ansätze für die DG aufzuzeigen. Im Vordergrund stand unter anderem die Frage, wie die in der Euregio Maas-Rhein vorhandene Forschungskompetenz für die kleinen und mittleren Unternehmen aus der Region besser zugänglich gemacht werden kann. Weitere Schwerpunkte waren die Themen Raumordnung, Landwirtschaft, ländliche Entwicklung sowie erneuerbare Energien. Die Empfehlungen sind mit in das REK eingeflossen.

Im Rahmen einer Kompetenzfeldanalyse wurden zudem durch die Firma Agiplan die Branchen in der DG ermittelt, die gegenüber Belgien beziehungsweise der Euregio Maas-Rhein als jeweilige Vergleichsregionen eine deutlich höhere Bedeutung im Hinblick auf ihre Beschäftigtenzahl haben.

Neben der externen Expertise war der Blick über den Tellerrand von erheblichem Mehrwert für die Ausarbeitung des Regionalen Entwicklungskonzeptes. So fand im Januar 2009 eine Präsentation der Zukunftsinitiative Eifel und ihrer Handlungsfelder statt. Vom 21. bis 23. Januar 2009 besuchte eine ostbelgische Delegation im Rahmen einer Fachexkursion das österreichische Bundesland Vorarlberg. Rund zwanzig Vertreter aus Wirtschaftsförderung und Tourismus, der politischen Fraktionen im Parlament der DG, der Gemeinden sowie Akteure der ländlichen Entwicklung, Erzeuger und Vermarkter regionaler Produkte besuchten dort zukunftsorientierte Unternehmen und Projekte und diskutierten entsprechende Perspektiven mit Fachleuten. Deutlich wurde vor allem, wie sich Vorarlberg mit Hilfe breit in der Region verankerter Entwicklungskonzepte und einer sich daran anschließenden Umsetzungsphase einen österreichischen Spitzenplatz bei der Stabilisierung des ländlichen Raums sichern konnte. Zentrale Erfolgsfaktoren waren dabei die konsequente Förderung ausgewählter Nischenprodukte und regionaler Wertschöpfungsketten, die Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas sowie die Kooperation aller Akteure über einzelne Sektoren hinweg.

Diese Erkenntnisse wurden ebenfalls in das REK eingearbeitet. Zusätzlich beleuchtete eine Veranstaltungsreihe mit auswärtigen Referenten ausgewählte Themen, die die DG bewegen: Hierzu gehörten Raumordnung, Regionale Identität oder die Förderung der Qualität im Tourismus.

Parallel zum REK wurde in den vergangenen Monaten intensiv daran gearbeitet, die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verbessern, insbesondere die Zuständigkeiten für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen in die Gemeinschaftsautonomie zu übertragen. Um die dafür notwendigen Vorabklärungen und Vorbereitungen zu treffen, hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Arbeitsgruppe "Raumordnung und Wohnungswesen" eingesetzt. Dabei ging es nicht um die Frage, ob diese Zuständigkeit übernommen wird, sondern ausschließlich darum, wie diese Zuständigkeit dann gestaltet werden soll. Die Arbeitsgruppe hat sich unter anderem damit befasst, welche Tragweite die Kompetenzübertragung für die DG hat, was in der DG im Hinblick auf eine optimale Nutzung der neuen Kompetenzen zu ändern ist und welche Erfahrungen man aus anderen Ländern gewinnen kann, die bei vergleichbarer Größe bereits für Raumordnung und Wohnungswesen zuständig sind. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe, deren Abschlussbericht am 7. April 2009 vorgestellt wurde, sind ebenfalls in das REK eingeflossen.

Darüber hinaus wurden die Ergebnisse der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs der laufenden Legislaturperiode, die in einem Bericht der Regierung vom 9. April 2009 dokumentiert sind, in das REK integriert, insbesondere jenes Maßnahmenpaket, das wegen seiner Nachhaltigkeitsrelevanz gesondert behandelt und dessen Umsetzung in einem getrennten Bericht vom 18. März 2009 dargestellt wurde.

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses wurde das Regionale Entwicklungskonzept sukzessive erarbeitet und am 26. März 2009 allen Beteiligten vorgestellt. Es liegt nun in seiner Endfassung vor. Der vorliegende Band 2 des REK greift in einem ersten Kapitel die Stärken- und Schwächenanalyse als Zusammenfassung der Regionalanalyse von Band 1 auf. Darauf aufbauend wird in Kapitel 2 das regionale Leitbild für die DG für das Jahr 2025 skizziert. Kapitel 3 umfasst die Entwicklungsstrategie und verdeutlicht, wie die DG die in der Vision definierten Entwicklungsziele erreichen kann. Schließlich führen die externen Beraterfirmen in Kapitel 4 exemplarisch 84 verschiedene Maßnahmen und Leitprojekte als Anregungen für eine künftige Ausgestaltung und Umsetzung des REK an.

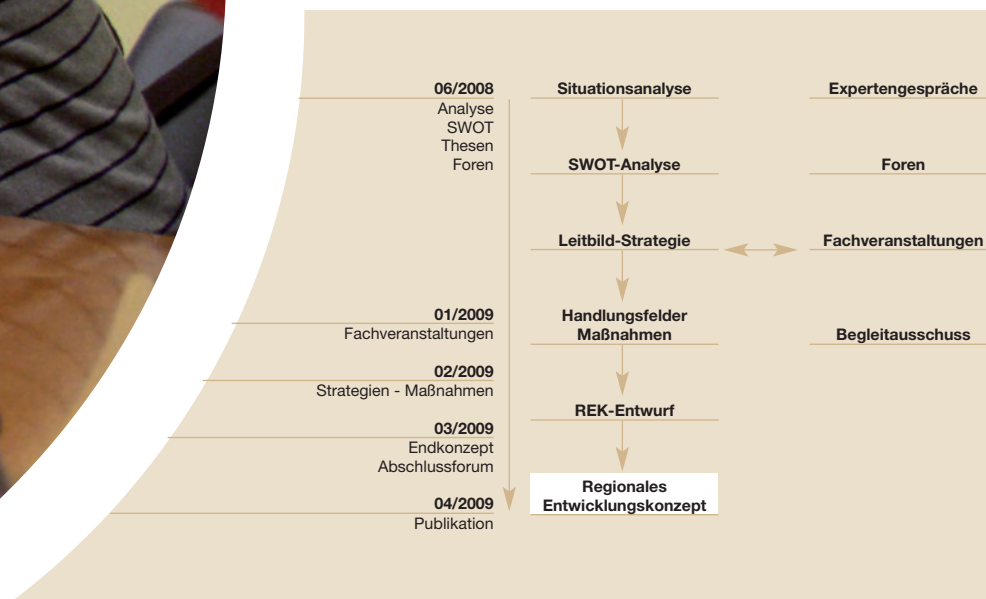




Mit dem Leitbild, der Entwicklungsstrategie und den Handlungsempfehlungen stellt das REK einen Zukunftsentwurf dar, den es nun weiter mit konkreten Aufgaben zu füllen und zu entwickeln gilt.

In diesem Sinne soll es als Impuls und Denkanstoß den Rahmen für eine fortgesetzte Diskussion zur Vision der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ihrer gemeinsamen Gestaltung schaffen.

Wie das Beispiel Vorarlberg zeigt, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes von allen Kräften – ob aus Gesellschaft, Wirtschaft oder Politik – als ihre Aufgabe angesehen wird. Die Zukunftstüchtigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten hängt letztendlich maßgeblich davon ab, dass sich alle gemeinsam auf ein möglichst konsensfähiges Zukunftsbild einigen und dieses dann auch konsequent und selbstbewusst umsetzen.





SWOT-ANALYSE



Die vorliegende SWOT-Analyse (Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken) fasst die Erkenntnisse der Regionalanalyse in Band 1 zusammen. Für diese wurde vor allem auf bestehende Arbeiten, Dokumente und Gutachten der Regierung, des Ministeriums und anderer öffentlicher Dienste zurückgegriffen wie die im Januar 2007 veröffentlichte Standortanalyse der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens und des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Des Weiteren stützt sich die Analyse auf Informationen, welche durch Gespräche mit Verantwortlichen der Regierung, des Ministeriums, der Gemeinden, der Sozialpartner und anderer gesellschaftlich relevanter Kräfte gewonnen werden konnten. Vertieft wurde die Analyse in neunzehn Foren mit mehr als 350 Akteuren aus der Region.

Im Rahmen der SWOT-Analyse werden folgende acht Themenbereiche dargestellt:

- Räumliche Lage und Gebietsabgrenzung
- Bevölkerung und demografische Entwicklung
- Kultur und kulturelle Identität
- Bildung und Ausbildung
- Wirtschaftliche Struktur und Beschäftigung
- Gesundheit und Soziales
- Natur und Umwelt
- Strukturverbessernde Maßnahmen

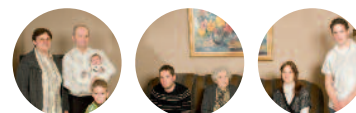
Die SWOT-Analyse bietet den Vorteil, die verschiedenen Themen miteinander zu verbinden und erkennbare Konsequenzen der Regionalanalyse transparenter zu gestalten. Sie stellt die Grundlage für die Definition des Leitbildes und der Entwicklungsstrategie dar.

1.1. RÄUMLICHE LAGE UND GEBIETSABGRENZUNG



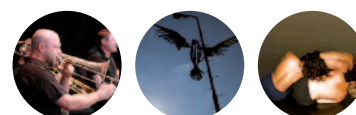
STÄRKEN	SCHWÄCHEN	CHANCEN	RISIKEN
• Nähe zu Zentren wie Aachen, Maastricht, Lüttich und Luxemburg • Schnittstelle zwischen romanischem und germanischem Kulturraum • Grenzüberschreitende Kooperationen in der Euregio Maas-Rhein und Großregion • Gesetzgebungshoheit • Kurze Wege	• Periphere Lage innerhalb Belgiens • Geringe Größe • Geringer Bekanntheitsgrad	• Profilschärfung über verbessertes Außen- und Binnenmarketing • Weiterer Ausbau der Autonomie	• Konkurrierende Zukunftstandorte in der näheren Umgebung • Finanzierung abhängig von Dotation des Föderalstaates und der Wallonischen Region mit hoher Abhängigkeit von Wirtschaftssituation und demografischer Entwicklung

1.2. BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG



STÄRKEN	SCHWÄCHEN	CHANCEN	RISIKEN
• Bevölkerungswachstum bis 2030 zu erwarten • Zuwanderung	• Niedrige Einwohnerdichten • Niedrige Geburtenrate • Negativer Wanderungssaldo der belgischen Bevölkerung • Überalterung der Erwerbsbevölkerung	• Know-how-Potenzial älterer Mitbürger • Attraktivitätssteigerung für Zuwanderung • Hochqualifizierte Arbeitskräfte durch Anwerbung	• Steigender Anteil deutscher Bevölkerung • Bevölkerungsrückgang nach 2030 • Schrumpfende Erwerbsbevölkerung • Erhöhung des Abhängigkeitsquotienten

1.3. KULTUR UND KULTURELLE IDENTITÄT



STÄRKEN	SCHWÄCHEN	CHANCEN	RISIKEN
• Schnittstelle europäischer Kulturen • Reichhaltiges Kulturerbe • Aktives Vereinsleben • Attraktives Kulturleben und professionelle Angebote • Regionale Medienanbieter • Strukturell abgesicherte Jugendarbeit	• Zu geringer Binnenmarkt für professionelle kulturelle Angebote • Geringe strukturelle Absicherung der professionellen Kulturanbieter	• Stärkung der Vereine für die weitere Entwicklung der Gemeinden • Motivation der Jugend für ehrenamtliche Funktionen • Einbindung aller Generationen in kulturelle Angebote • Inbetriebnahme regionaler Kulturzentren in St. Vith und Eupen • Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	• Zu wenig Nachwuchs in ehrenamtlicher Vereinstätigkeit • Schwierige Nachfolge einzelner Leistungsträger in der Kulturarbeit

1.4. BILDUNG UND AUSBILDUNG



STÄRKEN	SCHWÄCHEN	CHANCEN	RISIKEN
• Früher Beginn des Erlernens der Zweitsprache • Systematische Förderung der Mehrsprachigkeit • Relativ gute Ergebnisse in System- und Schulvergleichen • Neue bildungspolitische Rahmenpläne mit Zukunftsperspektiven • Gutes Berufsbildungssystem und gute handwerkliche Ausbildungsstruktur • Hohe Vermittlungsquote von Lehrlingsabsolventen und Betreuung durch Lehrlingssekretäre • Breit gefächertes Weiterbildungsangebot • Weiterbildungsförderung und -beratung	• Schwächen in den Grundfertigkeiten • Hoher Anteil an Schulrückständen durch frühe Selektion und fehlende Kompetenz im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten und speziellen Lernschwierigkeiten • Lehrermangel, v. a. in den Bereichen Naturwissenschaften, Wirtschaft, Sprachen • Mangelnde Professionalität im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten • Ausbau- und Sanierungsbedarf vieler Sekundarschulen • Zu geringer Frauenanteil in der dualen Ausbildung • Zu geringe Durchlässigkeit zu Beginn und am Ende der mittelständischen Ausbildung	• Einheitliche kompetenzorientierte Bildungsstandards • Attraktivierung des Lehrerberufes bei Umsetzung der Tarif- und Dienstrechtsreform • Qualitätsmanagement in den Schulen durch Inspektionen, Evaluation und Vergleichsarbeiten • Ausbau der Sprachkompetenz (Muttersprache, franz., engl., niederl.) • Interkulturelle Kompetenz • Kooperation mit angrenzenden Wissensstandorten • Stärkung der DG als Bildungsstandort durch Ausbau der AHS • Grenzüberschreitende Kooperation in der dualen Ausbildung • Stärkere Vernetzung der Weiterbildungsangebote • Anstehende Investitionen in Infrastrukturen / Kooperationen mit Hochschulen	• Abnahme französischer Sprachkompetenz • Zunahme des Abstands zwischen sehr guten und sehr schwachen Schülern

1.5. WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUR UND BESCHÄFTIGUNG



STÄRKEN	SCHWÄCHEN	CHANCEN	RISIKEN
• Gute Verkehrsanbindung an Gesamtregion • Lage innerhalb dynamischer Räume • Gut verfügbare Industriezonen zu konkurrenzfähigen Preisen, aber Unterschiede zwischen Norden und Süden • Nähe zu mehreren Universitäten, Hochschulen und Forschungszentren • Zentraler Wirtschafts- und Arbeitsmarkt in Westeuropa • Klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaft • Solide Wirtschaftsstruktur durch ausgeprägten Branchenmix • Gute Handwerksbetriebe zu konkurrenzfähigen Preisen • Innovative Mittelhochtechnologie-Betriebe • Stabile Basis an Beschäftigungsentwicklung • Niedrige Arbeitslosenzahlen • Mobilität der Arbeitskräfte (aber auch eine Schwäche) • Geringe Personalkosten aus Unternehmenssicht • Grenzüberschreitende touristische Vermarktung und Zusammenarbeit (EWIV) • "Ostbelgien" als offener räumlicher Destinationsbegriff mit "Hohem Venn" • Professionelles Verkehrsamt • Gute Wander- und Radfahrmöglichkeiten sowie jugendtouristische Angebote	• Unzureichende ÖPNV-Verbindungen • Gewerbeflächendefizit im Süden • Mangelnde infrastrukturelle Ausstattung der Industriezonen • Bruttowertschöpfung und BIP unter Landesdurchschnitt • Zu geringer Anteil an sehr jungen und älteren Personen in der Erwerbsarbeit • Niedrige Bruttolöhne und niedrige Arbeitsproduktivität (aus volkswirtschaftlicher Betrachtung) • Geringe Zahl an Betriebsgründungen • Arbeitskräftemangel/ Fachkräftemangel • Branchen mit generell geringerer Entwicklungsdynamik sind stärker vertreten • Zu wenig ausgeprägtes Standortmarketing • Fehlendes Tourismus-Bewusstsein in vielen Kommunen • Rückgang der Übernachtungszahlen • Ostbelgien/Oostkantons/ Cantons de l'Est im Ausland nicht bekannt genug	• Neues Gewerbeflächenkonzept • Ausbau der Gewerbezone mit nachhaltigen Qualitätsstandards • Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als Standortvorteil für internationale Unternehmen • Potenzial für Vernetzung und Stabilität • Gute Ausgangslage für nachhaltiges Wachstum • Aussichtsreiche Anknüpfungspunkte für überregionale /grenzüberschreitende Zusammenarbeit • Verbesserung des Zugangs zu Innovationen für klein- u. mittelständische Betriebe • Gründungs- und Innovationsnetzwerk und Kooperation mit Hochschulen • Immobilienangebote für Existenzgründer • Nachhaltige Bauentwicklung (Modellregion) im Bereich Neubau und Sanierung • Erneuerbare Energie sowie Holz- und Kunststoffverarbeitung als Wachstumsbranchen • Neuausrichtung Standortmarketing in Verbindung mit touristischem Destinationsmarketing • Erhöhung der Frauenerwerbsquote – Erleichterungen durch Service-Angebote • Nutzung des Know-how-Potenzials älterer Mitbürger • Nachhaltiger Tourismus – Natur - Kultur • Genuss-Region Ostbelgien • Touristische Qualitäts-offensive	• Anstieg der Personalkosten • Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere bei den über 50-Jährigen und unter 25-Jährigen • Abwanderung örtlich nicht gebundener Unternehmen • Abwanderung mehrsprachig ausgebildeter Personen/ Zunahme des "Brain Drain" • Fachkräftemangel, begründet insbesondere durch Auspendler und Abwanderung • Verlust touristischer Attraktivität (Rückgang Landwirtschaft, Zersiedlung, Landschafts- und Umweltqualität)

1.6. GESUNDHEIT UND SOZIALES



STÄRKEN	SCHWÄCHEN	CHANCEN	RISIKEN
• 96 Prozent der älteren Bevölkerung leben zu Hause • Intrafamiliäre Solidarität und Nachbarschaftshilfe • Vernetzung der Pflege- und Hilfsdienste und Aufbau einer zentralen Beratungsstelle • Hohe Abdeckung durch Dienste der häuslichen Hilfe • Flächendeckende Begleitung von Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren und im Rahmen der Schulgesundheitsvorsorge • Gute vor- und nachschulische Kinderbetreuung • Ortsnahe Krankenhäuser • Spezialisierte Strukturen der Jugendhilfe • Spezialisierte Strukturen zur Begleitung von Menschen mit einer Behinderung • Großer ehrenamtlicher Einsatz	• Wartelisten bei häuslicher Hilfe und Pflegeheimbetten • Steigende Vereinsamung alter Menschen wegen mangelnder Mobilität • Punktuelle Angebotsdefizite in der flexiblen Tagesbetreuung der Kinder von 0 – 3 Jahren • Fachkräftemangel in den Krankenhäusern und in Pflegeberufen • Überalterung der Hausärztestruktur • Fehlendes Gesamtkonzept in der Gesundheitsprävention bei einer Vielzahl von Akteuren • Zu wenig professionelle Integrationsmöglichkeiten für psychisch Erkrankte • Zunahme der Anzahl Empfänger eines Eingliederungseinkommens • Fehlende umfassende Sozialberichterstattung • Mangel an bezahlbarem Wohnraum • Mangel an angepasstem Wohnraum für Senioren und Familien	• Unterstützung des aktiven Alterns von Senioren • Entwicklung alternativer Wohn- und Begleitkonzepte für Senioren • Integrierte Wohn- und Quartierkonzepte • Gründung von “Begegnungshäusern” für ältere Mitbürger • Unterstützung von Ehrenamt und Engagement • Kooperation der Krankenhäuser • Ausbildung von Pflege- und Hilfskräften • Entwicklung zu Kurzaufenthalten mit hausärztlicher ambulanter Betreuung • Aufbau und Ausbau von Ärztehäusern • Kooperation mit Nachbarregionen • Dauerhafte Integration behinderter Menschen (Inklusion) • Alltags-Hilfeleistungen für Familien • Barrierefreie Standards für Familien und Senioren und Prämien für Wohnungsneubau und Sanierung	• Betreuungsdefizite in kleinen Dörfern und Weilern • Steigender Pflegebedarf • Steigende Nachfrage an Alten- und Pflegeheimplätzen • Steigende Demenzanfälligkeit • Verlust der Krankenhausstandorte • Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuer Tagesmütter • Zunahme der Anzahl Kinder und Jugendliche in Problemsituationen • Fehlendes Konzept für die Integration von Zuwanderern • Wegzug von jüngeren Menschen und Familien

1.7. NATUR UND UMWELT



STÄRKEN	SCHWÄCHEN	CHANCEN	RISIKEN
• Landschaftliche Vielfalt und Natur- und Kulturraumqualität • Wettbewerbsfähige Grünlandbetriebe • Flächenmäßig große Waldbestände • Gute Luft- und Wasserqualität • Hohe Spezialisierung im Holzbau- und -verarbeitungsbereich • Naturpark Hohes Venn-Eifel	• Keine DG-spezifische Dokumentation für Umwelt und Natur • Fehlendes Bewusstsein bei der Bevölkerung für die Bedeutung der Landwirtschaft • Zu geringe Sortimentsbreite landwirtschaftlicher Produkte aus Grünland • Keine breite Milchveredelung, geringe Sortimentsbreite • Krisenanfällige Waldbestände - Fichtenmonokulturen • Ökologischer Waldumbau erfolgt zu langsam • Naturpark zu wenig präsent - geringe Identifikation • Dorfkerne als Standort für Ältere, Zugezogene und für Ferienwohnungen • Fehlende oder überalterte Raumordnungs- und Bebauungspläne • Zersiedlung v. a. durch Vorgaben in Sektorenplänen • Fehlendes verfügbares Bauland im Süden • Hohe Baulandpreise erschweren Wohnraum-erwerb für junge belgische Familien im Norden • Fehlender bzw. abwan-dernder Einzelhandel in den Dörfern	• Monitoring zur Umweltqualität • Hohe Lebensraumqualität als Standortfaktor • Sensibilisierung und Stärkung des Umweltbewusstseins • Förderung regionaler Qualitätsprodukte • Regionale Produktvermarktung als Zukunftsperspektive • Naturgemäße Waldbewirtschaftung und Umbau krisengefährdeter Waldbestände in strukturreiche Mischwälder • Biorohstoff-Verwendung • DG als belgische Energieeffizienz-Modellregion • Nutzung und Funktion des Naturparks als Plattform und Dienstleister • Prüfung der Einrichtung einer ökologischen Modellregion • Neudefinition von Baulandleitbildern • Aktualisierung veralteter Sektoren- und Bebauungspläne • Wohnraum-Initiative für junge Familien • Sicherung der Bausubstanz und Nutzung leerstehender Häuser • Konzertierte Aktionen zur Ausweisung von Bauland in Ortskernen • Initiativen zur Sicherung der Nahversorgung	• Verlust typischer Landschaftsformen, zum Beispiel der Hecken • Geringes Bewusstsein für die vorhandene Qualität der Landschaft • Verlust landwirtschaftlicher Betriebe • Agrarstruktureller Wandel – Verlust charakteristischer Kulturlandschaft • Verlust von instabilen Wäldern bei weiterer Klimaveränderung • “Kirchturmdenken” – wenig übergreifende Aktivitäten • Weitere Zersiedlung der Dörfer • Gefahr des Aussterbens der Ortskerne • Fehlender Anreiz für die Familien zum Verbleib in den Dörfern • Wenig Bereitschaft zur Wohnraumnutzung alter Bausubstanz in den Ortskernen

1.8. STRUKTURVERBESSERTENDE MASSNAHMEN



STÄRKEN	SCHWÄCHEN	CHANCEN	RISIKEN
• Einbindung in zwei grenzüberschreitende INTERREG-Kooperationsverbünde (Euregio Maas-Rhein und Großregion) • Eigenes Operationelles Programm im Rahmen des Europäischen Sozialfonds • Gemeindeübergreifende Kooperation im Rahmen des LEADER-Programms für den Süden der DG • Mitgliedschaft in der Zukunftsinitiative Eifel seit 2008	• Nutzung der INTERREG-Programme wegen Größe der DG und fehlender Akteure manchmal schwierig • Nutzung des Marshall-Plans scheitert oft am einfachen Zugang zu Informationen oder am räumlichen Zuschnitt von Clustern	• Brückenfunktion bei grenzüberschreitenden Kooperationen (interkulturelle und Sprachkompetenz) • Flexible Anpassung an Strukturvorgaben	• Nicht immer vorhandene Strukturen für eine umfassende Beteiligung mit Partnern größerer Regionen • Stärkere Fokussierung der EU-Förderprogramme auf Themen außerhalb der Zuständigkeiten der DG



REGIONALES LEITBILD – ZUKUNFTSZIELE

Das Regionale Leitbild der Deutschsprachigen Gemeinschaft soll "innere Vorstellungsbilder" für unsere zukünftige Entwicklung formulieren. Es vermittelt mit seinen Aussagen diese Bilder, die für uns in der DG handlungsleitend sind und eine nachhaltige Orientierung bieten.

Ein Leitbild darf keine unverbindliche Absichtserklärung sein, sondern muss einem ambitionierten und auf Dauer motivierenden Zukunftsbild folgen. Es wirkt vor allem dann aktivierend, wenn sich in diesem Bild möglichst viele Akteure mit ihren Werten, ihren Wünschen und ihren Vorstellungen über die DG wieder finden. Zu diesem Zweck haben wir das Regionale Entwicklungskonzept auf der Basis einer breiten Beteiligung der Bürger und Institutionen erarbeitet. Und mit dieser Perspektive wollen wir das Leitbild der DG auch regelmäßig aktualisieren.

Bei der weiteren Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wollen wir uns von drei Grundprinzipien leiten lassen: der Nachhaltigkeit, der Innovation und der Kooperation.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit konnte bereits in der Vergangenheit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verankert werden. Wir sind uns unserer Verantwortung für die nachkommenden Generationen bewusst und werden unsere Ressourcen so nutzen, dass auch diese Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen können. Dabei werden wir ökonomische, ökologische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigen.

Wir werden diesen Weg ergänzen durch eine innovative Geisteshaltung, die wir horizontal in alle Bereiche integrieren. Dazu wollen wir innovative Ansätze bewusst zulassen und gezielt fördern, denn nur so können sich Prozesse positiv verändern, lassen sich vorhandene Ressourcen nutzen und werden neue Produktlinien entstehen. Für uns findet Innovation nicht nur in Wirtschaft und Wissenschaft statt. Es handelt sich vielmehr um eine umfassende Geisteshaltung, die auf uns zugeschnitten ist und der wir daher breiten Raum geben.

Wir suchen als DG die Kooperation mit den umliegenden Regionen und mit den sich daran anschließenden Metropolen. Unsere Zukunftsentwicklung berücksichtigt konsequent diese die Region überschreitende Perspektive. Wir nutzen dabei unsere sprachliche und kulturelle Identität, unsere Mehrsprachigkeit und unsere interkulturelle Kompetenz und übernehmen wichtige Relaisfunktionen hin zu unseren Nachbarn. Die uns seit langen Jahren prägenden Grenzen erfahren auf diese Weise für uns eine neue Wertigkeit. Wir nutzen diese Grenzkultur auch als eine einzigartige Chance, unsere eigene Kultur stärker zu leben, aktiv zu pflegen und offensiv nach innen und nach außen zu vermitteln.

Die an dem Prozess der Erarbeitung dieses Leitbilds mitwirkenden Personen aus den unterschiedlichsten Behörden, Unternehmen, Einrichtungen und Verbänden haben stellvertretend für unsere Gesellschaft wesentliche Impulse gesetzt und bei der Formulierung der Leitbildziele eine zukunftsfähige Gemeinschaft, das Gemeinwohl und eine Kultur und Generationen überschreitende Perspektive gesehen.

In diesem Sinne formuliert dieses Regionale Leitbild die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft für eine Perspektive bis 2025. Eine kontinuierliche und konsequente Fortschreibung dieses Leitbilds sehen wir als notwendig an, wenn es als dynamisches Instrument verstanden und in diesem Sinne umgesetzt werden soll.



2.1. GRENZREGION DG – BRÜCKENFUNKTION FÜR KULTUR, IDENTITÄT UND STANDORT

Wir wollen bis zum Jahre 2025 unter bewusster Wahrung unserer kulturellen Identität die in Westeuropa einzigartige Situation der DG nutzen, um unsere Region mit einer neuen Qualität aktiver Brückenfunktionen für den wallonischen und den flämischen, sowie für den niederländischen, luxemburgischen und den deutschen Raum zu profilieren.

Dabei werden wir die umfassenden Chancen und Möglichkeiten “Grenzenlosen Lernens” für den Ausbau dieser Alleinstellung gezielt nutzen.

- Wir möchten unsere Region als einen neuen Mittelpunkt interkultureller Vielfalt verstehen und offensiv kommunizieren. Darin sehen wir eine neue Grenzkultur, die wir auch aktiv leben.
- Wir werden die Deutschsprachige Gemeinschaft als Grenzregion positionieren und ihre Stellung in grenzüberschreitenden Strukturen weiter festigen. Dabei werden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Bereichen sowohl im Rahmen europäischer Förderprogramme als auch regionaler Netzwerke weiter fördern.
- Zusammen mit anderen Regionen in Europa werden wir uns aktiv am Aufbau des Europas der Regionen beteiligen. Dabei gilt unsere besondere Aufmerksamkeit den Grenzregionen am Schnittpunkt verschiedener Kulturen.
- Wir werden die vorbildliche Kulturarbeit und die Angebote unserer Kulturträger – auch als Teil unserer Identität und Lebensqualität – noch gezielter in





das öffentliche Bewusstsein heben, sie auch für unser Profil nutzen und deren aktive Kulturarbeit weiter fördern.

- Wir wollen den Zugang zu Kulturangeboten für alle Bürgerinnen und Bürger dauerhaft ermöglichen.
- Wir wollen die Vereinskultur dauerhaft stärken und die Kultur- und Sportvereine damit in die Lage versetzen, alle Generationen aktiv und passiv einzubinden.
- Wir wollen der Jugend den Zugang zu Kulturangeboten ermöglichen, eine Jugendkultur fördern und die Jugend zu eigenen Kulturproduktionen motivieren.
- Wir werden der Jugend eine umfassende Möglichkeit der Partizipation und gesellschaftlicher Entfaltung bieten sowie die bereits vorhandenen Partizipationsstandards festigen und ausbauen.
- Wir wollen unsere sprachliche Identität und Kompetenz stärken, indem wir unsere Muttersprache – als Hoch- und auch als Regionalsprache – aktiv fördern sowie unsere Mehrsprachigkeit als Standortvorteil pflegen, kultivieren und ausbauen.
- Wir ermöglichen weiterhin konsequent den Zugang zu einem breiten Medienangebot für alle und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den Medien, weil gerade unsere Lage an der Schnittstelle mehrerer Kulturen transparent macht, welche Bedeutung Meinungs- und Medienvielfalt haben.
- Wir möchten unser Kulturerbe als wichtigen Bestandteil unserer kulturellen Identität allen Teilen unserer Gesellschaft, insbesondere der Jugend und auch zugewanderten Bevölkerungsteilen attraktiv vermitteln.



2.2. WIRTSCHAFTSREGION DG – INNOVATION, KOOPERATION UND VERANTWORTUNG

Wir wollen die DG bis zum Jahre 2025 als eine Handwerker- und Dienstleistungsregion profilieren, welche die Vielzahl ihrer klein strukturierten Unternehmen durch starke Netzwerke fördert und aktiv unterstützt.

Dabei werden wir die DG über eine von uns offensiv in beide Richtungen betriebene Kooperation dieser Unternehmen mit Wissenschaft und Forschung sowie über eine bewusste Förderung einer innovativen Geisteshaltung als herausragenden Standort kreativer Unternehmerkompetenz weiter stärken und profilieren.

- Wir wollen die Stärken unseres Standorts durch Entwicklung einer innovativen Handwerker- und Dienstleistungsregion als Marke selbstbewusst ausbauen.

- Wir streben ein umfassendes Standortmarketing für die DG an, um die Vorzüge unserer Region, der Unternehmenskultur, der qualifizierten und mehrsprachigen Arbeitskräfte, der Lebensqualität und der gelebten kulturellen Vielfalt stärker in das öffentliche Bewusstsein zu heben.

- Wir wollen den Wirtschaftsstandort Ostbelgien durch die aktive Förderung einer Unternehmensansiedlung in den eindeutig festgelegten Stärkefeldern unterstützen, um den für uns notwendigen Branchenmix zu festigen und um den Unternehmen mehr nutzbare Synergieeffekte anbieten zu können. Dazu werden wir gezielt diese Stärkefelder als Cluster ausbauen:

- > Präzisionsmechanik bzw. Mechatronik
- > Kunststoffe und Holz
- > Biokunststoffe und Nanotechnologie
- > Holz und Bauen
- > Möbel- und Holzdesign
- > Energieeffizientes Bauen
- > Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung
- > Wirtschaftsnahe Dienstleistungen und kleinere Handelsunternehmen



- Wir werden diese Stärkefelder mit einem eigenständigen Innovations- und Gründernetzwerk aktiv unterstützen, das unsere Nähe zu bedeutenden europäischen Hochschul- und Forschungsstandorten für eine offensive Forschungsinitiative nutzt, zu Spinoff-Gründungen motiviert, um damit auch längerfristig wissenschaftliche Dienstleistungen an die DG zu binden. Wir wollen dieses Innovations- und Gründernetzwerk auch dazu nutzen, um verstärkt die einzelnen Sektoren und Innungen als Partner mit zu integrieren.

- Wir werden mit einer neuen Gewerbeflächenkonzeption der DG eine Initiative starten, um im Wettbewerb mit anderen Regionen auch in Zukunft attraktive Gewerbeflächen für Unternehmen der DG wie auch für auswärtige Existenzgründungen zu unterstützen. Dabei bieten wir nachhaltige und soziale Standards und wollen Stoffkreisläufe fördern.

- Wir sehen in der breiten Vermittlung von Unternehmerkompetenz auf allen Ebenen eine Stärke der DG, die wir gezielt ausbauen und als Standortvorteil kommunizieren werden.

- Wir werden unsere Möglichkeiten nutzen, um die bereits gute Anbindung der DG an überregionale Verkehrsnetze zu stärken und den Anschluss an die Hochgeschwindigkeitsnetze im Telekommunikationsbereich zu gewährleisten.

- Wir wollen gemeinsam mit den Gemeinden weitere Möglichkeiten eröffnen, um auf der Basis neuer Energieversorgungsmodelle oder von Energie-Audits eine auf nachhaltigen Ressourcen basierende Energiewirtschaft über Contracting-Maßnahmen gezielt zu fördern.

- Wir wollen die im europäischen Vergleich hohe Beschäftigungsrate dauerhaft – auch für Menschen mit verminderter Leistungsfähigkeit – absichern und als Standortvorteil weiter ausbauen.

- Wir sehen im Arbeitskräftebedarf und im demografischen Wandel die größte Herausforderung der kommenden Jahre, der wir nur begegnen können, wenn die Rahmenbedingungen für Unternehmen und die Attraktivität für Arbeitnehmer konsequent und dauerhaft verbessert werden.

- Wir sehen eine eigene Verantwortung im Sinne des Generationenpakts, indem wir eine Unternehmenskultur aktiv fördern, bei der die Unternehmen verstärkten Nutzen aus der Beschäftigung älterer und damit erfahrener Arbeitnehmer ziehen können.

- Wir streben zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Übertragung der Kompetenz für Raumordnung und Wohnungsbau von der Wallonischen Region an die DG an, um unsere differenzierten Standortbedingungen besser zur Geltung bringen zu können.

- Wir wollen bei einer zukünftigen Raumordnung die demografischen Herausforderungen berücksichtigen, uns verstärkt um kompakte Siedlungsstrukturen bemühen und ein Konzept initiieren, das sich innovativ mit Fragen der Versorgung und Gewährleistung von Lebensqualität auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen sowie demografischer Entwicklungsperspektiven auseinandersetzt.

2.3. BILDUNGSREGION DG – UNSER ZUKUNFTSKAPITAL

Wir wollen bis zum Jahre 2025 in der DG die Bildungsgerechtigkeit, die hohe Bildungs- und Ausbildungsqualität sowie die Vielfalt nicht-formaler Bildungsangebote zu einem selbstverständlichen und nachgefragten Standortvorteil ausbauen.

Dabei werden wir lebenslange Qualifizierungsangebote und unsere Mehrsprachigkeit mit Französisch als erster Fremdsprache sowie Englisch und Niederländisch als weitere Regelangebote zur Absicherung unserer Alleinstellung als Grenzregion nutzen und ausbauen.

- Wir sehen die Verwirklichung der Bildungsgerechtigkeit und Steigerung der Bildungsqualität als unsere permanente Aufgabe. Dies verfolgen wir durch die Entwicklung und Umsetzung kompetenzorientierter Standards. Eine fortwährende interne und externe Evaluation sowie Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen sehen wir als wesentliche Eckpfeiler in diesem Zusammenhang. Eine zentrale Aufgabe ist die weitere Umsetzung und fortwährende Weiterentwicklung unseres "Bildungspolitischen Gesamtkonzeptes".
- Wir sehen in der stärkeren Förderung der nicht-formalen Bildung einen entscheidenden Standortvorteil, den wir gezielt weiter ausbauen wollen.
- Wir sind bestrebt, einheitliche Bildungsstandards im Unterrichtswesen zu realisieren und das Unterrichtswesen so zu gestalten, dass problemlose Übergänge gewährleistet sind. Indem wir eine möglichst einheitliche Ausbildung der Kinder bis zur 8. Klasse anstreben, soll vor allem die Schnittstelle von der Primar- zur Sekundarschule aufgeweicht werden.
- Wir streben an, kompetenzorientierte Bildungsstandards für die zweite und dritte Stufe des Sekundarschulwesens zu definieren und zu realisieren.
- Wir streben konsequent ein effizientes System der Frühdiagnose von Lerndefiziten sowie der Förderung von Hochbegabten an, damit betroffene Schüler durch gezielte individuelle Förderpläne unterstützt werden können.
- Wir ermöglichen eine integrative Schulbildung von Schülern mit besonderem Förderbedarf.
- Wir wollen die Konfliktfähigkeit auf allen Ebenen aktiv fördern, um eine konstruktive Streitkultur als eine Bereicherung unserer täglich gelebten Alltagsdialoge zu verstehen.
- Wir wollen Jugendliche aller Leistungsstufen gezielt für naturwissenschaftliche, technische Themen sowie für Innovation auch im nicht-technischen Bereich begeistern und Anreize bieten, sie durch Wettbewerbe und den Kontakt zu Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu motivieren und zu fördern. In diesem Zusammenhang wollen wir ein Netzwerk an außerschulischen Lernorten ausbauen und für Schulen nutzbar machen.
- Wir erkennen, dass wir durch unsere überschaubaren Strukturen in der Lage sind, die Situation im Bildungssektor umfassend und kontinuierlich zu evaluieren, zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen und effektiv umzusetzen. In diesem Sinne wollen wir



unsere Kleinheit weiter nutzen und durch fortwährende Evaluation und Kooperation mit externem Know-How die Qualität unserer Bildungs- und Ausbildungsangebote ausbauen und dies als Standortqualität der DG herausarbeiten.

- Wir sehen in dem breiten Spektrum der Ausbildungsberufe und der hohen Praxisnähe der dualen Ausbildung einen Standortvorteil der DG. In diesem Sinne wollen wir die bestehenden Kooperationen und die Öffnung der Ausbildungssysteme weiter ausbauen, die Vergleichbarkeit der Systeme weiter entwickeln und eine Durchlässigkeit für weiterführende Studien anstreben. Wir werden den Lerndefiziten und dem Lehrstellenabbruch gezielt begegnen und Maßnahmen ergreifen, um Schüler aller Leistungsstufen für unsere Ausbildungsberufe sowie Berufsperspektiven in unseren Unternehmen zu begeistern.

- Wir wollen Maßnahmen ergreifen, unsere Sprachenkompetenz gezielt zu fördern und auszubauen. Als Instrumente zur Erreichung einheitlicher Kompetenzniveaus sollen Rahmen- und Lehrpläne entwickelt und didaktische Materialien definiert werden. Darüber hinaus sollen Maßnahmen getroffen werden, das Kompetenzniveau der Lehrer vor allem in den unteren Unterrichtsjahren (Vorschule, Primarschule) zu standardisieren und die Kooperationsmöglichkeiten mit "native speakers" der angrenzenden Regionen zu nutzen.

- Wir wollen die Eigenverantwortung der Schulen stärken und sie in die Lage versetzen, die neuen Aufgaben, die mit einer qualitativen Weiterentwicklung in Zusammenhang stehen, entsprechend wahrzunehmen. Hierzu wollen wir durch Weiterbildung, den Aufbau von Teamarbeit und Middle-Management-Strukturen in den Schulen beitragen.

- Wir wollen innovative Schulkonzepte initiieren, die neue Formen der Kooperation und qualitative Standards einleiten und aus der reinen Bewertung nach Schülerzahlen herausführen.

- Wir wollen, dass die Finanzierung einer Schule nicht mehr unmittelbar von der Anzahl ihrer Schüler abhängt, um somit eine größere Stabilität der pädagogischen Arbeit zu ermöglichen.

- Wir wollen die Qualität und die Transparenz unseres Weiterbildungsangebotes für Lehrkräfte verbessern, indem wir einen zentralen Partner zur Abwicklung und Koordination einsetzen.

- Wir sehen eine ganz besondere Herausforderung, Jugendliche bei der Berufswahlfindung und -orientierung bzw. dem Übergang zwischen Schule und Beruf Unterstützung anzubieten sowie über ein Jobcoaching bei der Arbeitsplatzsuche aktiv zu unterstützen.

- Wir wollen unser Modell von abgestuften Qualifikations- und Integrationsmaßnahmen für im Erwerbsleben benachteiligte Gruppen durch Informationskampagnen, Sozialhilfezentren, Jobcoacher und weitere sozialökonomische Angebote ausbauen.

- Wir werden für die DG ein integriertes Konzept "Lebensbegleitendes Lernen" entwickeln, in dem sich die von der EU definierten Schlüsselkompetenzen wiederfinden. Es soll erreicht werden, dass jeder Bürger die Möglichkeit erhält, vom Kindergarten bis zur Seniorenakademie – unabhängig vom Bildungsstand – im ständigen notwendigen Lernzyklus aufgenommen zu werden, um somit nicht den Anschluss an das gesellschaftliche Leben und an die Arbeitswelt zu verlieren.

- Wir wollen "Lebenslanges Lernen und Qualifizieren" nicht nur als gesellschaftliches Ziel, sondern auch als Herausforderung unserer Unternehmen und ihrer Mitarbeiter sehen und durch entsprechende Angebote fördern.



2.4. SOLIDARREGION DG – SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN NACHHALTIG SICHERN

Wir wollen die DG bis zum Jahre 2025 zu einem Standort mit bürgernaher ärztlicher Grundversorgung und mit einer aktiv vernetzten Ambulanz- sowie einer hoch-effizienten Betreuungsstruktur ausbauen und mit hoher Qualität sichern.

Dabei werden wir in Erwartung des demografischen Wandels die Integration gesundheitlich, sozial oder wirtschaftlich benachteiligter Mitbürger/innen als erfahrbare Lebensqualität und Alleinstellung unserer Gesellschaft verankern.

- Wir sehen in dem wachsenden Teil der älteren Bevölkerung eine große Chance, indem wir deren geistiges Potenzial, deren Erfahrungsschatz und deren zunehmende Leistungsbereitschaft für die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben erkennen, würdigen und sinnvoll einsetzen.
- Wir wollen die zunehmenden Probleme bei der Betreuung älterer, pflegebedürftiger oder behinderter Menschen durch einen vorsorgenden sozialen Wohnungsbau und Maßnahmen zur Beibehaltung von Wohnstandorten in bisher von diesen Menschen bewohnten Stadt- oder Dorfbereichen unterstützen.
- Wir werden das Engagement von Familien unterstützen, die ihre Angehörigen möglichst lange im angestammten Wohnumfeld aktiv betreuen und versorgen.
- Wir werden die sozialen Herausforderungen des demografischen Wandels durch eine Stärkung häuslicher Hilfe und eine Absicherung der Gesundheitsvorsorge über neue Betreuungsangebote für alle gewährleisten.
- Wir stellen uns der Herausforderung der Integrierung von Menschen, die zur Bewältigung ihres Alltagslebens sowie zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben besondere Hilfen und Unterstützung benötigen. Dies bedeutet für uns, diese Menschen dauerhaft auf allen Ebenen in unser Gesellschaftsleben zu integrieren.
- Wir wollen neue Integrationsebenen der Sozialarbeit durch kooperative Einbindung weiterer Partner nutzen.
- Wir fördern alle Möglichkeiten der Entwicklung von Netzwerken und Kooperationsabkommen zur Aufrechterhaltung einer qualitativ hochwertigen und bürgernahen Krankenhaus- und Hausärzteversorgung am Stand-





ort der DG. Wir werden Ärzte aktiv unterstützen, zum Beispiel über sogenannte
 Ärztehäuser kooperative und effiziente Gesundheitsdienstleistungszentren
 aufzubauen.

- Wir werden den bereits stärker vernetzten Pflegediensten Erfahrungs- und Koordinierungsplattformen bieten bzw. ermöglichen.
- Wir wollen den Folgen der demografischen Entwicklung durch neue Formen von Begegnung, Kommunikation und Hilfe auf breiter Ebene begegnen.
- Wir wollen umfassende barrierefreie Standards für Wohnungsneubau und Sanierung aufstellen und aktiv fördern und grundsätzlich beim sozialen Wohnungsbau einen barrierefreien Standard gewährleisten.
- Wir werden der Vereinsamung von Menschen entgegenwirken, indem wir die Attraktivität der Dorf- und Ortskerne, die Kommunikation zwischen den Generationen und die zugängliche Mobilitätsqualität fördern.
- Wir wollen die Lebensqualität aller hier lebenden Familien fördern und spezielle Konzepte entwickeln und Maßnahmen umsetzen, die uns als familienfreundlichen Standort qualifizieren.
- Wir wollen eine offensive und vorsorgende Gesundheitsberatung aktiv anbieten, um Übergewichtigkeit zu verhindern und um eine gesunde Ernährung in den Familien dauerhaft zu gewährleisten.
- Wir sehen in einem zeitlich flexiblen Angebot der Kinderbetreuung einen Qualitätsstandard, den wir langfristig gewährleisten wollen.
- Wir wollen das Risikoverhalten der Jugend über ein prophylaktisches Betreuungsangebot für alle interessierten Familien reduzieren.
- Wir wollen die Qualität unserer Gesundheits-Dienstleistungen auch dazu nutzen, dass diese als Teil unseres touristischen Angebots im Rahmen einer "Solidar- und Wohlfühlregion" angesehen werden.

2.5. LEBENSREGION DG – LEBENSQUALITÄT IST UNSERE NATUR

Wir wollen die DG bis zum Jahre 2025 zu einem Raum mit sehr hoher Lebensqualität weiter entwickeln. Dazu werden wir die kulturlandschaftliche Vielfalt, die Naturräume, die harmonisch entwickelten Dörfer und Städte, die nachhaltige Mobilität, die Ver- bzw. Entsorgungsstrukturen sowie die gelebte Alltagskultur einbeziehen und ausbauen.

Dabei werden wir die hohe Flächenverantwortung von Land- und Forstwirtschaft für die Sicherung der touristischen Erlebnisqualität über neu entwickelte Produkte bzw. Dienstleistungen sowie über kreative Kooperationen unterstützen. Die Übernahme der Verantwortung für Raumordnung und Wohnungsbau werden wir nutzen, um eine sozial und ökologisch verantwortbare Siedlungs-, Gewerbe- und Landschaftsschutzpolitik umzusetzen.

- Wir sehen in einer "Solidar- und Wohlfühlregion" wie auch in einer "Genuss- und Wohlfühlregion" Querschnittsaufgaben und interdisziplinäre Herausforderungen, mit denen wir unseren Standort für die Bevölkerung aufwerten und für Gäste attraktiver gestalten können. Dies stellt gleichermaßen eine Zukunftsaufgabe für die Wirtschaft, für die Land- und Forstwirtschaft wie für den Tourismus dar.
- Wir wollen die hohe Konzentrierung unserer Landwirtschaft auf Grünlandnutzung nutzen, um innovative und kooperative Konzepte einer Veredelung der Produkte zu ermöglichen und damit unsere Betriebe dauerhaft wettbewerbsfähig zu halten.
- Wir werden den Waldbesitzern bei der Umstellung ihrer Waldbestände auf weniger krisenanfällige Waldbauformen und Bestandsstrukturen eine aktive Unterstützung anbieten, weil dadurch attraktivere Wald- und damit Landschaftsbilder im Sinne einer touristischen Wertschöpfung entstehen.

- Wir sehen in unseren Wäldern, in unserer attraktiven Grünlandregion und vor allem in unserer europaweit einmaligen Heckenlandschaft ein bedeutendes touristisches Potenzial und wollen den Grundeigentümern bei der Akzeptanz und Nutzung dieser Perspektiven helfen.



- Wir wollen die Vielzahl der Unternehmen aus dem Bereich des Ernährungshandwerks nutzen, um neue Wertschöpfungsketten einer "Genuss- und Wohlfühlregion" aufzubauen bzw. Neuentwicklungen von Qualitätsprodukten zu initiieren.
- Wir werden die Lebensqualität im ländlichen Raum über die technologische Grundversorgung, die öffentliche Daseinsvorsorge und das Angebot einer dauerhaft gewährleisteten Nahversorgung für alle aktiv unterstützen.
- Wir sehen in der Vielzahl unserer Vereine im ländlichen Raum eine Form der Lebensqualität, die wir unterstützen, indem wir alle Generationen mit und ohne Beeinträchtigungen und auch die zugewanderten Bevölkerungsteile für ein entsprechendes Engagement aktivieren.
- Wir werden die Nutzung alter Bausubstanz in unseren Ortskernen auch für Wohnraumalternativen jüngerer Familien bzw. neue Formen des Zusammenlebens älterer Menschen anbieten.
- Wir wollen die Verfügbarkeit von Bauland durch gezielte Wohnbauförderprogramme und eigene Aktivitäten im Immobilienmarkt fördern, um sozialen Wohnungsbau auch weiterhin zu gewährleisten.
- Wir werden die bestehenden guten Verkehrsanbindungen an umliegende Zentren festigen und diesen Standortvorteil stärker beim Standortmarketing betonen.
- Wir sehen einen umfassenden Zugang zu Nahverkehrsangeboten im gesamten ländlichen Raum als vorrangige Aufgabe an und wollen dafür flexible und zugängliche Mobilitätssysteme optimieren, öffentliche Verbindungen in der gesamten DG gewährleisten und eine Mobilitätsberatung anbieten.
- Wir heben die Bedeutung des Tourismus für die Qualität attraktiver Erlebnis- und Naherholungsräume und für die regionale Wirtschaft verstärkt in das öffentliche Bewusstsein.
- Wir initiieren eine Qualitätsoffensive für Tourismus, Handwerk und Handel, um die Betriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.
- Wir sehen in der hohen Qualität unserer sozialen Angebote und Dienstleistungen, in Unternehmen mit Gesundheitsdienstleistungen und in der Nähe zu den Gesundheitsstandorten wie Spa und Aachen eine Chance, die Destination Ostbelgien als eine "Solidar- und Wohlfühlregion" zu profilieren und uns damit auf dem wachsenden Markt für Gesundheitstourismus gerade für Menschen mit Behinderungen neu zu positionieren.
- Wir stärken die Tourismus-Destination Ostbelgien, um ihre Angebote als attraktiver Naturerlebnisraum sinnvoll abzurunden, neue Akzente zu setzen und über eine fortgesetzte staats- und sprachgrenzenübergreifende Zusammenarbeit auszubauen.
- Wir nutzen die kulinarische Vielfalt und die gastronomische Tradition unserer Region, um mit den Qualitätsprodukten der Betriebe eine weitere Profilierungsmöglichkeit zu eröffnen.
- Wir streben eine durchgängige, effektive Außendarstellung der mit Öffentlichkeitsarbeit befassten Institutionen von Tourismus, Wirtschaft und Verwaltung an.
- Wir erkennen in der hohen Qualität unserer Naturräume ein wichtiges Potenzial für Lebensqualität und wollen dies durch den Ausbau des Naturparks bzw. im Rahmen der Etablierung einer ökologischen Modellregion unterstützen.
- Wir wollen die hohe Wasserqualität unserer Bäche, Flüsse sowie Seen erhalten und unterstützen daher im Rahmen unserer Kompetenz alle Maßnahmen zur Erfassung und Dokumentation der Wasserqualität, zur Renaturierung sowie zur Etablierung optionaler Wasserreinigungssysteme.

3



ENTWICKLUNGSSTRATEGIE

Die Deutschsprachige Gemeinschaft liegt eingebettet zwischen Metropolregionen, die wie ein Schraubstock wirken und eine große Sogwirkung ausüben. Sie ist dadurch der latent vorhandenen Gefahr ausgesetzt, ihre Eigenständigkeit zu verlieren und zu einem Vorort degradiert zu werden. Gleichsam sind mit dieser Lage auch Chancen verbunden. In den Metropolregionen gibt es Defizite, die von einer dynamischen, eher ländlich geprägten Grenzregion geschickt zum eigenen Vorteil genutzt werden können. Ein hoher Stellenwert fällt hierbei der sprachlichen und kulturellen Identität und der im Vergleich noch naturnahen Landschaft zu. Die natürliche Mehrsprachigkeit, die strategisch günstige Lage an der Sprachgrenze, die gute Erreichbarkeit sowie Natur und Landschaft bilden ein wichtiges Potenzial für die künftige Entwicklung der DG. Aufbauend auf dem Regionalen Leitbild der DG sind Entwicklungsstrategien notwendig, um diese Potenziale zu nutzen und die Umsetzung dieses Leitbilds vorzubereiten und zu konkretisieren.

3.1. REK ALS GESELLSCHAFTSPOLITISCHE AUSRICHTUNG

NACHHALTIGKEIT KONSOLIDIEREN UND AUSBAUEN

Die Nachhaltigkeit wird in allen Bereichen der Gemeinschaft als wichtige Querschnittsaufgabe gesehen. Strategische Ziele sind hierbei die Bildung für Nachhaltigkeit, die Stärkung des Sozialkapitals, die Förderung nachhaltigen Wirtschaftens und die Steigerung der Ressourceneffizienz. Das bisher Erreichte soll konsolidiert und weiter ausgebaut werden.

INNOVATION ALS GEISTESHALTUNG FÖRDERN

Die Förderung der Innovation als bewährte Geisteshaltung ist ebenfalls horizontal in alle Bereiche der Gemeinschaft zu integrieren. Benchmarking und Orientierung an Best-practice sind alleine nicht ausreichend. Sich an den Besten zu messen bedeutet schließlich nur, lediglich zeitverzögert deren vorherige Positionen zu erreichen. Eine erfolgreiche und zukunftsweisende Spitzenposition wird die DG dagegen nur erringen, wenn es gelingt, gewisse Branchendogmen in Frage zu stellen, außergewöhnliche Denkansätze ganz bewusst zuzulassen bzw. gezielt zu fördern, an scheinbar unverrückbaren ökonomischen Grundsätzen zu rütteln und für diese permanente Innovation das kreative Umfeld und Selbstvertrauen zu schaffen, denn das Unmögliche stellt nicht selten nur das Unversuchte dar. Strategisches Ziel ist deshalb die dauerhafte Förderung einer Kultur des permanenten Wandels.

KOOPERATIONEN NUTZEN

Die Deutschsprachige Gemeinschaft setzt seit jeher auf Kooperation, denn ohne diese Kooperation wird sie auf Dauer nicht lebensfähig sein. Hier lassen sich drei strategische Ziele formulieren. Erstens muss die DG sich positionieren und im In- und Ausland als eigenständige Einheit wahrgenommen und anerkannt werden, denn nur so verfügt sie langfristig über die notwendige Grundlage für ihre Existenz. Wichtige Elemente dieser Positionierung sind die sprachliche und kulturelle Identität, die institutionelle Eigenständigkeit, die Grenzlage und die interkulturelle Kompetenz. Zweitens kann die DG durch Kooperation mangelnde Ressourcen und fehlende Skaleneffekte ausgleichen und so ihr Dienstleistungsangebot für Bürger, Unternehmen und Einrichtungen erweitern. Drittens können sowohl die öffentliche Hand als auch private Unternehmen und Einrichtungen durch den ständigen und systematischen Erfahrungsaustausch mit Kooperationspartnern die Qualität ihrer Produkte und Dienstleistungen stetig steigern.

3.2. GRENZREGION DG - STRATEGISCHE ANSÄTZE

Im Leitbild wird vor allem die Brückenfunktion des Grenzraums für Kultur und Identität hervorgehoben und deutlich gemacht, dass und wie eine so einzigartige Situation für diesen Ansatz zu nutzen ist. Auch die gezielte Förderung der aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens durch die Jugend wird in diesem Bereich als wichtige und verantwortungsvolle Zukunftsaufgabe gesehen.

POSITIONIERUNG IM GRENZRAUM

Strategisches Ziel ist die Positionierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft als wichtiger Partner im Grenzraum zwischen Belgien, den Niederlanden, Deutschland und Luxemburg. Dazu gehört die aktive Beteiligung an grenzüberschreitenden Strukturen wie der Euregio Maas-Rhein und der Großregion Saar-Lor-Lux. Bei dieser Zusammenarbeit liegt es im Interesse der DG, nicht nur die eigenen Belange, sondern auch die Belange der Partner und der Gesamtstruktur im Auge zu haben.

Zu dieser Positionierung gehören auch deutliche und operationelle Angebote an die Partner, die Relaisfunktion zwischen den Sprach- und Kulturräumen auszufüllen. Hier spielt neben der Verankerung im Grenzraum die Präsenz in Brüssel und Berlin eine wichtige Rolle.

Schlussendlich muss die Positionierung als Partner im Grenzraum über den institutionellen Rahmen hinausgehen. Gemeinden, Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen müssen stärker als bisher darin eingebunden sein.

KULTURELLE IDENTITÄT LEBEN

Das Verständnis einer neuen Grenzkultur und der Versuch, die Grenzen – Staatsgrenzen, Verwaltungsgrenzen, Sprachgrenzen, Kulturgrenzen – nicht als etwas Trennendes sondern als eine Brücke zu sehen, räumt den Grenzen und dem Grenzraum einen neuen Stellenwert ein. Grenzkultur in diesem Sinne stellt daher diese Brücken bildende eigenständige Kultur der deutschsprachigen Belgier dar. Auch das für die Wirtschaftsentwicklung so wichtige Ziel der Netzwerkbildung und ihrer Koordinierung gewinnt unter dem Aspekt einer neuen Grenzkultur zusätzliche Bedeutung.



Strategisches Ziel ist die bewusste Wahrnehmung der Kultur als wesentliche Grundlage der DG als politische Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang wird ein langfristiges Kulturkonzept der DG den nächsten Schritt darstellen, in dem dann die Weichen für eine Kulturpolitik zu stellen sind, welche die Herausforderungen des Grenzraums im Sinne einer neuen Grenzkultur als Chance sehen und mit eindeutigen Maßnahmen und Projekten unterlegen.

Die neuen regionalen Kulturzentren werden die Aufgabe erhalten, für alle kulturorientierten Einrichtungen eine effiziente Plattform anzubieten. Sie sind im Kulturbereich die Nahtstelle der kulturellen Netzwerke.

Ein wesentliches Element der regionalen Identität stellen in der DG die Vereine dar, auf denen ein zentraler Bestandteil der sprachlichen und kulturellen Eigenart beruht. Die Stärkung der Vereine und eine umfassende Förderung ihrer inhaltlichen Arbeit sowie ihrer Strukturen tragen auch zur Integration der Jugend sowie zum Generationendialog in den Dörfern bei. Auch aus diesem Grunde genießt die Förderung von Vereinen in der DG in Zukunft einen hohen Stellenwert.



JUGEND GESTALTET PARTIZIPATION

Die Überschaubarkeit der DG bringt es mit sich, dass die Vielfalt der Angebote, die intensive Vereinsjugendförderung und die vorhandenen Strukturen zur Partizipation die DG zu einem Standort entwickeln, der im Vergleich zu Nachbarregionen seine Attraktivität für junge Menschen – auch in Dorfstrukturen – behält.

Um diese Standards zu festigen und um sie auszubauen, werden vorbildliche und bewährte Instrumente der partizipativen Jugendpolitik fortgeschrieben. Junge Menschen in der DG werden kontinuierlich an der Entwicklung all dieser Prozesse beteiligt. Dazu werden die bewährten Strukturen der aktiven Jugendarbeit beibehalten und ausgebaut. Ziel muss es sein, zugewanderte Jugendliche der ersten und zweiten Generation frühzeitig in diese Strukturen einzubinden, damit auch sie eine hohe Identifikation mit der DG erreichen.

3.3. WIRTSCHAFTSREGION DG – STRATEGISCHE ANSÄTZE

WIRTSCHAFTEN MIT DER NATUR

Die DG ist nicht nur ein starker Wirtschaftsraum mit leistungsfähigen Unternehmen. Sie ist auch ein Natur-, Kultur- und Sozialraum von hoher Lebensqualität. Diese Standortqualität macht die DG im Wettbewerb mit anderen Regionen interessant. Und diese Qualität selbst ist über den Tourismus zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden, der deshalb mit Sensibilität ausgebaut und gestärkt wird.

Ziel muss es sein, diese Standortqualität bewusst zu machen und sie durch eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu bewahren und weiter auszubauen. Diese Qualität muss stärker als bisher als Vorteil des Wirtschaftsstandortes DG nach innen und nach außen kommuniziert werden.

Ein weiteres Ziel in diesem Rahmen ist die Profilierung der DG als Modellregion für Energieeffizienz. Die Potenziale für die Erzeugung erneuerbarer Energie müssen noch stärker ausgebaut und vorhandene Hürden und Bedenken offensiv ausgeräumt werden. Im Rahmen einer "DG-Konzeption zur Energieeffizienz" werden die vorhandenen Energiepotenziale und ihr Wertschöpfungsumfang erhoben und kommuniziert.

Dieser Ansatz wird seine Wirkung nur in vollem Umfang entfalten können, wenn in einem damit zusammenhängenden Stärkefeld die Themen Energieeffizienz und ökologisches Bauen aktiv besetzt werden. Hier kann sich die DG zusätzlich profilieren und neue Kompetenzen aufbauen. Dies bietet beachtliche Perspektiven für das Bau- und Baunebengewerbe, welches entsprechend zu qualifizieren ist. Besondere Bedeutung haben hier öffentliche Bauten. Das hier kurz- bis mittelfristig zu gewinnende Profil einer Energieeffizienz-Modellregion kann eine entsprechende Nachfrage aus dem restlichen Belgien auslösen und zum Nachhaltigkeits-Image der DG einen positiven Beitrag leisten.



STANDORTINITIATIVE ÜBER KOMMUNIKATION UND QUALITÄT

Das Leitbild strebt ein umfassendes Standortmarketing für die DG an und fordert auch eine stärkere Ausrichtung an Stärkefeldern über eine Clusterbildung und ein darauf aufbauendes Gewerbeflächenkonzept.

Ein auf das Leitbild aufgebautes Standortmarketing stellt eine Voraussetzung dafür dar, dass die natürlichen, kulturellen und standortbezogenen technischen Stärken der DG in das Bewusstsein potenzieller Existenzgründer und an neuen Produktionsstätten interessierter Unternehmen gehoben werden können.

Dabei kann die Einheit der zu vermittelnden Wirtschaftsregion Ostbelgien im Sinne abgerundeter Wertschöpfungsketten durchaus Unternehmensstandorte benachbarter Regionen mit einbinden. Dies setzt allerdings eine offensive und auf Partnerschaft ausgerichtete Kooperation der Wirtschaftsförderung mit den entsprechenden Organisationen benachbarter Regionen voraus. Dieser bereits beschrittene Weg muss daher konsequent weiter verfolgt und auf die eindeutigen Standortprofile der DG ausgerichtet werden. Nur so werden die spezifischen Vorzüge und die wichtige Relaisfunktion des Standorts DG mit seiner offenen Grenzkultur zu vermitteln sein.

Eine thematische Schwerpunktsetzung wirtschaftlicher Entwicklung erscheint notwendig, um die DG als eigenständigen, wettbewerbsfähigen Lebens- und Wirtschaftsraum zwischen den Metropolregionen langfristig zu etablieren. Diese Schwerpunktsetzung baut auf die im Leitbild erkannten besonderen Stärken auf. Die Schwerpunkte sind dabei auf jene Bereiche zu legen, für welche in der DG überdurchschnittliche Kompetenz sowie entsprechende Ressourcen vorhanden sind und die sich dadurch positiv auf die regionalen Wertschöpfungsketten auswirken.

Eine Schwerpunktsetzung bedeutet nicht, dass die restliche Wirtschaft benachteiligt wird. Es bedeutet jedoch, dass diese Sektoren bei Neuansiedlungen bevorzugt behandelt werden, dass hierfür eine aktive Ansiedlungspolitik betrieben wird, ein gezielter Know-How-Transfer und eine Betreuung durch das vorgeschlagene Innovations- und Gründernetzwerk sowie im Rahmen von Clusterbildung erfolgen. Es bedeutet ferner, dass bei Zielkonflikten und bei gleichen regionalen Effekten den ausgewählten Schwerpunkten Vorzug einzuräumen ist. Für die ohnehin kleine Region dürfte es deswegen Ziel führend sein, Schnittstellen zwischen mehreren Bereichen als Cluster zu belegen. Damit wird man flexibler und kann in Krisenzeiten in die eine oder andere Richtung ausweichen.

Um Produktionsschwerpunkte in einer Standortpolitik der DG offensiv umzusetzen, sollen durch ein gemeinschaftsweites neues Gewerbeflächenkonzept Standards gesetzt werden. Darin werden zum einen die Bedürfnisse kleinerer Handwerksbetriebe in den Ortslagen berücksichtigt, die weiterhin harmonisch in das Gemeindebild und -leben mit ihren ortsnahen Arbeitsplätzen einbezogen bleiben möchten. Damit sollen diese Standorte und die Akzeptanzbildung von Wirtschaften und Wohnen am Ort im Einvernehmen mit der Bevölkerung dauerhaft gewährleistet werden.

Zum anderen wird ein neues Gewerbeflächenkonzept für weitere zentrale Gewerbe- oder Industriestandorte zusätzliche Standards und Erwartungen zu erfüllen haben. Dies sind die den Standorten zugeordneten thematischen Schwerpunkte zur Erzielung umfassender Synergieeffekte, die Anbindung an überregionale Verkehrsanbindungen sowie die Verknüpfung mit Nahverkehrsnetzen, die harmonische Einbindung dieser Zonen in das Landschaftsbild und die Berücksichtigung architektonischer Anforderungen an eine neue Ästhetik von Gewerbebauten sowie die soziale Betreuung der Arbeitnehmer einschließlich attraktiver Betreuungsangebote für deren Kinder.

NETZWERKBILDUNG UND WISSENSTRANSFER

Eine zentrale Forderung des Leitbilds zielt auf die Etablierung eines Innovations- und Gründernetzwerks. Damit soll nicht nur eine effiziente Dienstleistungsplattform geschaffen werden, derer sich vor allem kleinere Unternehmen bedienen können, es soll vor allem auch ein geeigneter Zugang zu den umliegenden Wissensregionen geschaffen werden.

Die im Umfeld der DG gelegenen Hochschul-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen werfen die Frage auf, wie dieses vorhandene Know-How gezielt genutzt werden kann, ohne dazu eigene kostspielige universitäre Einrichtungen vorzuhalten. In der DG wird die Notwendigkeit gesehen, dass hierzu eine eigene Initiative erforderlich ist. Dazu müssen die Unternehmen der DG selbst definieren, welche langfristigen inhaltlichen Erwartungen sie vor diesem Hintergrund an ein Innovations- und Gründernetzwerk haben, um dabei auch die strukturellen Rahmenbedingungen dieser Hochschul- und Forschungskooperation selbst zu setzen.

Ein solches Netzwerk wird – um erfolgreich arbeiten zu können – eng mit der Wirtschafts-förderung der DG zusammen arbeiten müssen. Zu seinen Aufgaben zählen vor allem die Aufarbeitung zentraler wirtschaftsorientierter Fragestellungen aus Unternehmens- oder Standortsicht, die über eine aktiv gesuchte Kooperation mit ausgewählten Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Netzwerk zu praxisorientierten Lösungen führen müssen.

Eine von der DG getragene Stiftungsprofessur, Doktoranden-Stipendien oder eine Praktikanten- bzw. Dissertations-Börse machen die Einrichtung zusätzlich hochattraktiv für die umliegenden Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Hier bietet sich an, die ähnlich gelagerten strategischen Ausrichtungen der Zukunftsinitiative Eifel zu nutzen.

Darüber hinaus stellt die Wahrnehmung von Beratungsaufgaben für Unternehmen aus der Wallonie bzw. aus Frankreich, aus Flandern bzw. den Niederlanden oder aus Deutschland, die sich in einem der Nachbarländer ansiedeln wollen, eine auf den Standort DG zugeschnittene Aufgabe mit ihrer interkultureller Kompetenz dar.

Für die in Clustern kooperierenden Unternehmen aus der DG bietet das Innovations- und Gründernetzwerk spezifische Beratungsleistungen, speziell angesetzte Expertensprechstunden, die Vermittlung und evtl. auch die Begleitung von EU-Programmen. Das Zentrum stellt auch den idealen Standort für eine aktive Vernetzung evtl. vorhandener Clustermanager dar, die von hier aus neue technologische Entwicklungen motivieren. Die große Chance eines solchen Netzwerks liegt in der Tatsache begründet, dass es die Probleme der Unternehmen hautnah erlebt und auf diese Weise in die Lage versetzt wird, schnell, unbürokratisch und lösungsorientiert Hilfestellung über seine Netzwerkfunktion sowie seinen interdisziplinären Ansatz zu leisten.



3.4. BILDUNGSREGION DG – STRATEGISCHE ANSÄTZE

Die Bildungsregion DG wird einen wesentlichen Beitrag zur zukünftigen Marke und zur Standortqualität beisteuern. Bildungsgerechtigkeit, Bildungsqualität und praxisbezogene Berufsausbildung stehen im Zentrum zukünftiger Maßnahmen. Dabei werden sich die Leitthemen innovative Geisteshaltung, Nachhaltigkeit, Kooperation, Mehrsprachigkeit, kulturelle Identität und Lebenslanges Lernen auch im System und den Inhalten des Bildungswesens widerspiegeln.

BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Der schulische Erfolg darf nicht von der sozialen Herkunft des Schülers abhängen. Ein strategisches Ziel ist deshalb die Schaffung einer einheitlichen Grundausbildung bis zur 8. Klasse in heterogenen Klassenverbänden. Die skandinavischen Schulmodelle zeigen, dass dies der Schlüssel zum Erfolg ist. Darüber hinaus wird ein wirklich kostenloser Zugang zum Unterricht angestrebt.

KOMPETENZORIENTIERTE BILDUNGSSTANDARDS UND STÄNDIGE QUALITÄTSENTWICKLUNG

Der Bildungs- und Ausbildungsstandard in der DG wird weiter ausgebaut. Strategisches Ziel ist die Umsetzung kompetenzorientierter Bildungsstandards und fortlaufender Qualitätsentwicklung in den Schulen. Die Erziehung zur Mehrsprachigkeit bleibt ein zentrales Anliegen jeglicher Bildungspolitik in der DG. Ein weiteres strategisches Ziel ist der Ausbau des Lebenslangen Lernens. Die Kultur der ständigen Weiterbildung muss zu einem prägenden Standortmerkmal der DG werden.

PRAXISNAHE BERUFSAUSBILDUNG

Die praxisnahe Berufsausbildung, die über eine hohe Attraktivität verfügt, wird gezielt weiterentwickelt, denn nur so kann einem Fachkräftemangel wirksam begegnet werden. Strategisches Ziel ist es, die Durchlässigkeit zwischen schulischer und mittelständischer Berufsausbildung in beide Richtungen zu erhöhen und eine größtmögliche Kooperation zwischen beiden Systemen herbeizuführen.

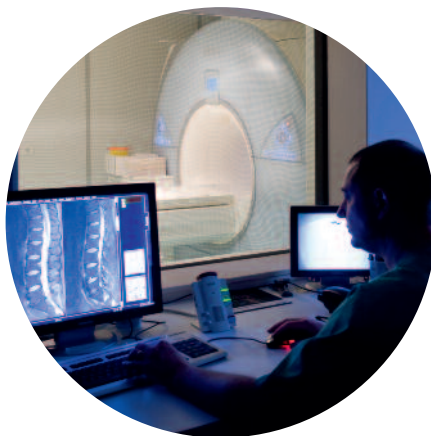


3.5. SOLIDARREGION DG – STRATEGISCHE ANSÄTZE

Sozialstandards beeinflussen zunehmend die Attraktivität von Standorten. Die DG ist sich ihrer Verantwortung im sozialen Bereich vor allem deshalb bewusst, weil sie hier bereits seit langem eigene Zuständigkeiten besitzt. Das Leitbild formuliert den Anspruch einer Solidarregion, über deren Qualität sich die DG künftig auch eindeutig profilieren soll.

KRANKENHAUSSTANDORTE FESTIGEN

Die Festigung der beiden Krankenhausstandorte in der DG, der Rückgriff auf belegbare Bettenkontingente in Nachbarregionen, die Sicherung eigener und die Inanspruchnahme von Rettungs- und Nothilfediensten benachbarter Regionen sowie die Absicherung einer flächendeckenden hausärztlichen Betreuung zählen zu den vorrangigen Zielen der Gesundheitspolitik der DG. Sie wird nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn vor allem im ländlichen Bereich ein hohes Maß an Flexibilität für die Gesundheitsvorsorge als Standard vorgehalten wird. Diesen vernetzten Ansatz wird die DG durch eine breitere Bewusstmachung bereits bestehender und die Weiterentwicklung von ausbaufähigen Gesundheitsdienstleistungen stärken.



BREITES ANGEBOT VERNETZTER DIENSTE AUFBAUEN

Mit der Veränderung der Gesellschaft kommen neue Herausforderungen auf die DG zu, die umso stärker ins Gewicht fallen, als diese Auswirkungen im ländlichen Raum eine besonders nachhaltige Wirkung zeigen. Strategisches Ziel ist es, die manchmal schwierigen Rahmenbedingungen bei der Aufrechterhaltung umfassender sozialer Dienstleistungen auch dort weiterhin zu gewährleisten, wo durch die Größe der DG und ihre vielfältige Grenzlage manche Standards nur durch überdurchschnittliche Anstrengungen aufrecht zu erhalten sind.

Dazu wird vor allem eine breite Vernetzung und effektive Koordination der Dienstleistungen nötig sein, damit ein Minimum an Skaleneffekten erzielt und Doppelangebote vermieden werden können.

Dies gilt zum einen bei der häuslichen Hilfe für Familien und der Betreuung älterer Menschen, um möglichst lange ein Wohnen im gewohnten Umfeld mit seinen sozialen Bindungen zu gewährleisten. Gerade hier ist es wichtig, dass im Falle der häuslichen Hilfe ein Ansprechpartner die Angebote koordiniert.

Diese Zielsetzung gilt ebenfalls bei der Kleinkindbetreuung, wo die DG ihren jetzigen Standard weiter kontinuierlich ausbauen wird. Ein zentrales Anliegen wird darin bestehen, den hohen Bedarf an Tagesmüttern und Krippenplätzen durch Erweiterung der vorhandenen Angebote zu decken. Dabei wird es zur Strategie der DG zählen, bei künftig auszuweisenden Gewerbe- oder Industriezonen adäquate Angebote der Kinderbetreuung als Standard mit vorzusehen.

Die Zielsetzung der Vernetzung und Koordination gilt nicht zuletzt bei der Gesundheitsprävention. Die Arbeit des Dienstes für Kind und Familie, der Schulgesundheitsvorsorge, der PMS-Zentren, des Ministeriums und weiterer Organisationen muss besser als bisher aufeinander abgestimmt werden.

SOZIALE INTEGRATION WEITER ENTWICKELN

Im Bereich der sozialen Integration wird die DG ihre Standards ausbauen und vermehrt darauf setzen, dass Integration nicht nur als eine öffentliche Aufgabe angesehen wird. Vereine und Unternehmen müssen in Lage versetzt werden, sich hier aktiv einzubringen und gesamtgesellschaftliche Leistungen zu erbringen.

Die Integration von Menschen mit Behinderungen genießt auf der Basis der bereits erzielten Erfolge weiterhin einen sehr hohen Stellenwert. Gleichwohl sind nach wie vor Anstrengungen notwendig, damit das erforderliche öffentliche Bewusstsein geweckt und dann zu einem konkreten Handeln in den Integrationsbemühungen auf allen Ebenen geführt werden kann.

Gesellschaftspolitisch erstrebenswerte Lösungen sind auch für Probleme von Menschen mit anderen Integrationsschwierigkeiten anzubieten. Für Personen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder für Menschen mit Migrationshintergrund, um nur einige zu nennen, sind vergleichbare Standards anzustreben, weswegen zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten ein umfassendes Integrations-Leitbild sinnvoll erscheint. Dieses wird umso mehr mittel- bis langfristige Erfolge aufweisen können, je stärker es mit den davon betroffenen Gruppierungen gemeinsam entwickelt und danach zur Leitlinie der Integrationspolitik der DG erhoben wird.

Zur Bewältigung des Problems der Kinder- und Jugendarmut wird es zunächst nötig sein, dieses Problem objektiv zu erfassen und der Gesellschaft bewusst zu machen. Auf dieser Basis müssen Entscheidungen zum Abbau von Kinder- und Jugendarmut zu getroffen werden.

Zur Erhöhung der Transparenz der öffentlichen und der gesellschaftlich erbrachten Dienstleistungen wird auf der Basis aussagefähiger Indikatoren in einem regelmäßigen Zeitabstand von der DG ein Sozialbericht erstellt, der eine Evaluation der Ziele ermöglicht.



3.6. LEBENSREGION DG – STRATEGISCHE ANSÄTZE

RAUMORDNUNG, STÄDTEBAU UND WOHNUNGSWESEN ALS CHANCE UND VERPFLICHTUNG

Strategisches Ziel ist die Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen, um die Entscheidungshoheit über diese fundamentalen Steuerungsinstrumente in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verankern, die für diese Befugnisse über die stärkere politische Legitimation verfügt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann mittelfristig nur dann als konstituierender Bestandteil des belgischen Bundesstaates erhalten und weiterentwickelt werden, wenn sie selbst für Raumordnung und Wohnungswesen zuständig ist. Sie muss in der Lage sein, über diese Steuerungsmechanismen die Politik anderer Körperschaften im Gebiet deutscher Sprache im Sinne ihres Leitbildes und ihrer Entwicklungsstrategie zu beeinflussen.

Ziele für eine eigenständige Gestaltung der Raumordnung wurden bereits erarbeitet. Dabei werden eine nachhaltige Siedlungspolitik und ein nachhaltiges Flächenmanagement angestrebt. Dies bedeutet unter anderem die Bevorzugung von Umbau vor Neubau, der Vorrang von Bauen im Bestand vor neuer Flächenausweisung, die Gewährleistung einer ausgewogenen Funktionsmischung zwischen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Erholung oder der Schutz ökologisch hochwertiger Standorte vor Flächenansprüchen anderer Interessensbereiche. Ebenfalls angestrebt wird die Vermeidung einer weiteren Zersiedlung der Landschaft, die Definition regionaler Oberzentren für eine ortsnahe Versorgung der Bevölkerung sowie eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit bei der Ausweisung und Entwicklung von Gewerbeflächen. Weitere Ziele sind eine vereinfachte und verständliche Gesetzgebung, eine effiziente Beratung aller Akteure und nachvollziehbare Beteiligungsverfahren sowie eine enge Einbindung der Gemeinden.

Auch für die Zuständigkeit im Wohnungswesen wurden erste Ziele erarbeitet: die Förderung nachhaltigen und energieeffizienten Bauens, die Bereitstellung attraktiven Wohnraums für Ortsansässige und Zuwanderer, die Bereitstellung preiswerten Wohnraums für finanzschwächere Bevölkerungsgruppen, die Schaffung von Anreizen für Mehrgenerationen-Wohnraum, die Förderung barrierefreien Bauens oder der Ausbau der Beratung und der sozialen Begleitung.



KULTURLANDSCHAFTEN VON HOHER QUALITÄT

Das Leitbild definiert die naturräumliche und kulturlandschaftliche Vielfalt als wichtigen Teil der Lebensqualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Strategisches Ziel ist es, Land- und Forstwirtschaft in eine zukunftsorientierte Entwicklung dieser Vielfalt einzubinden.

Die Landwirtschaft in der DG muss zunehmend ihrer Flächenverantwortung Rechnung tragen und sich als Träger einer wertvollen Kulturlandschaft mit multifunktionalen Leistungen sehen. Ihre Leistungen müssen als gesamtgesellschaftlich verantworteter Beitrag zur Attraktivität der Urlaubslandschaft, als Garant von hoher Wasserqualität bzw. als Anbieter von naturschutzfachlichen Dienstleistungen angesehen werden. Die Landwirtschaft und mit ihr das Ernährungshandwerk können zum einen für die Verbraucher und zum anderen für den Tourismus einen wertvollen Beitrag zur Wertschöpfung leisten, wenn verstärkt Qualitätsprodukte aus der DG in Zertifizierungs- oder Markenprogramme integriert werden, weil dies die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen deutlich stärkt. Aus der Kombination regionaler Qualitätsprodukte einerseits und dem Tourismus andererseits entstehen auch Synergien und Alleinstellungsmerkmale, die für das Profil der DG von großer Bedeutung sind. Nur mit der Landwirtschaft kann sich die DG auch zu einer Qualitäts-Urlaubsregion entwickeln.

Bei der Umstellung der Wälder der DG von krisenanfälligen Beständen hin zu ökologisch wie ökonomisch stabilen Wäldern ist das Bewusstsein der Bevölkerung für diesen nicht einfachen, sehr langfristigen und gleichwohl notwendigen Prozess zu erweitern. Die DG lässt ihre Gemeinden und die privaten Waldbesitzer bei dieser verantwortungsvollen Zukunftsaufgabe nicht allein. Auch hier werden als Ziel Wälder erwartet, die einen hohen ökonomischen sowie einen touristisch relevanten Erlebniswert bieten. Damit wird die Lebensqualität der Region weiter auf hohem Niveau gefestigt.

GENUSS- UND WOHLFÜHLREGION

Im Tourismus sind Qualitäts-Offensiven begonnen worden. Diese streben eine hohe Beteiligung von Dienstleistern an, die sich dieser Qualitäts-Herausforderung stellen. Dies wird dann zu entsprechenden Veränderungen der Marketingstrategie im Sinne eines Qualitäts-Tourismus führen müssen. In der Kombination von Land- und Forstwirtschaft, dem verarbeitenden Lebensmittel-Handwerk und touristischen Dienstleistern mit Wohlfühlangeboten verfügt die DG über eine Struktur, welche den Aufbau einer hochwertigen Solidar- und Wohlfühlregion oder auch – mit etwas anderen Schwerpunkten – einer Genuss- und Wohlfühlregion erlaubt. Diese nicht einfache und gleichwohl einzigartige Herausforderung greift die DG auf. Dabei kann dieser Prozess sowohl zur Neuausrichtung vorhandener räumlicher Tourismus-Strukturen als auch zu einer Neudefinition einer sinnvollen Tourismus-Destination führen. Die dazu angebotenen Unterstützungen und Hilfen der EU und anderer internationaler Programme werden gezielt in Anspruch genommen.

3.7. UMSETZUNG DES REK – STRATEGISCHE ANSÄTZE

Die strategischen Ziele des REK und die aus ihm abgeleiteten Umsetzungsschritte werden nur dann in eine konkrete Umsetzung führen, wenn der eingeleitete offene Prozess der Beteiligung von Bürgern und Institutionen weiter aufrecht erhalten wird. Einerseits ist das Regionale Entwicklungskonzept kontinuierlich zu aktualisieren, andererseits gilt es die Ergebnisse zu evaluieren und vor allem eine Grundhaltung für Innovation, Nachhaltigkeit und kreative Kooperationsansätze zu kultivieren.

STABSTELLE REK

Die im Leitbild definierten Ziele können nur umgesetzt werden, wenn es dafür eine adäquate Umsetzungsstruktur gibt. Deshalb sollte eine entsprechende Stabstelle eingerichtet werden, vorzugsweise bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie hat zur Aufgabe, einen operationellen Plan zur Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes zu erarbeiten, die Träger von Maßnahmen und Projekten zu begleiten, den Fortschritt der Umsetzung zu dokumentieren und die Kommunikation über den Umsetzungsprozess zu organisieren. Dazu gehört unter anderem die periodische Durchführung einer Entwicklungs- oder Zukunftskonferenz der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um die Fortschritte des Prozesses zu präsentieren, neue Erkenntnisse vorzustellen und die Ziele zu aktualisieren. Dies sichert die dauernde Aufmerksamkeit für den langfristig angelegten Entwicklungsprozess.

INDIKATORENSYSTEM

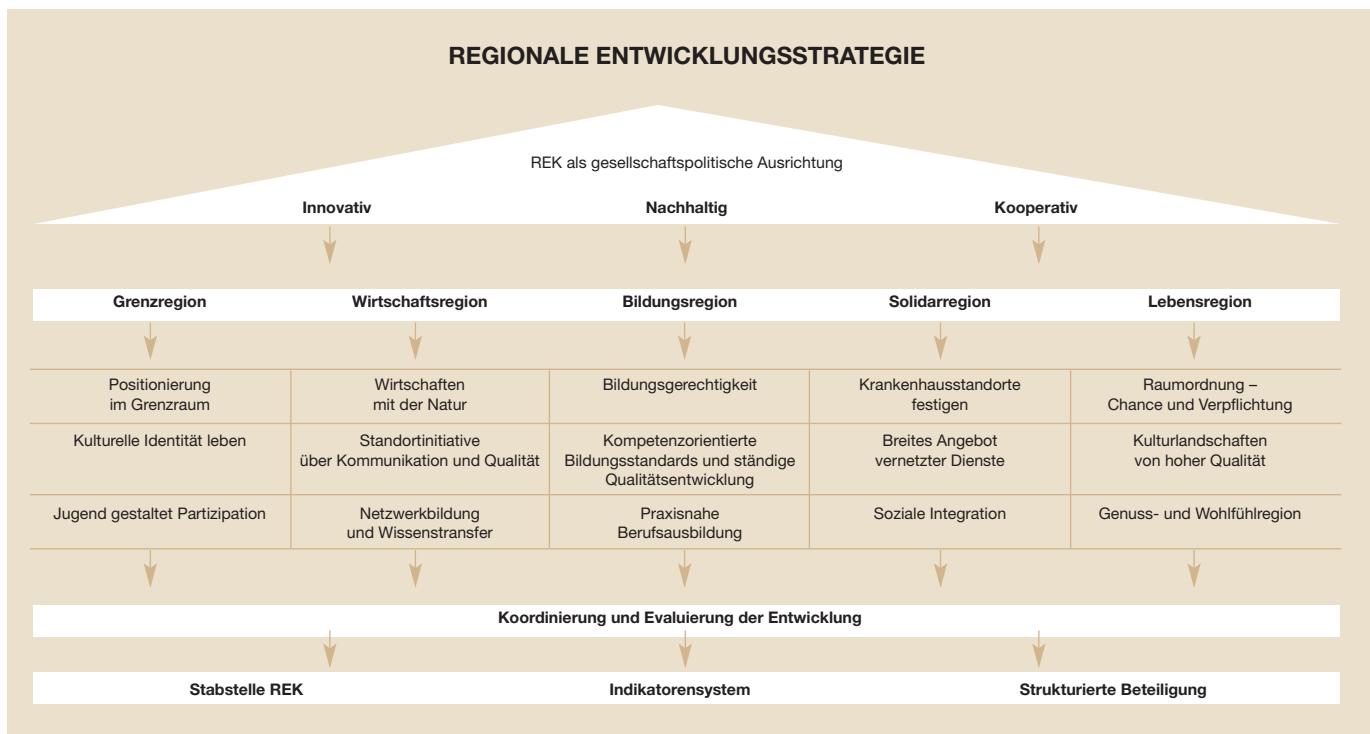
Zur Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes muss ebenfalls ein Indikatorensystem entwickelt werden, welches erlaubt, festgelegte Qualitätsstandards regelmäßig zu überprüfen, um auf diese Weise den Fortschritt bei der Zielerreichung zu evaluieren und so ein Höchstmaß an Transparenz zu gewährleisten. Die dazu nötige Datenerhebung und -analyse muss durch die Stabstelle koordiniert werden.

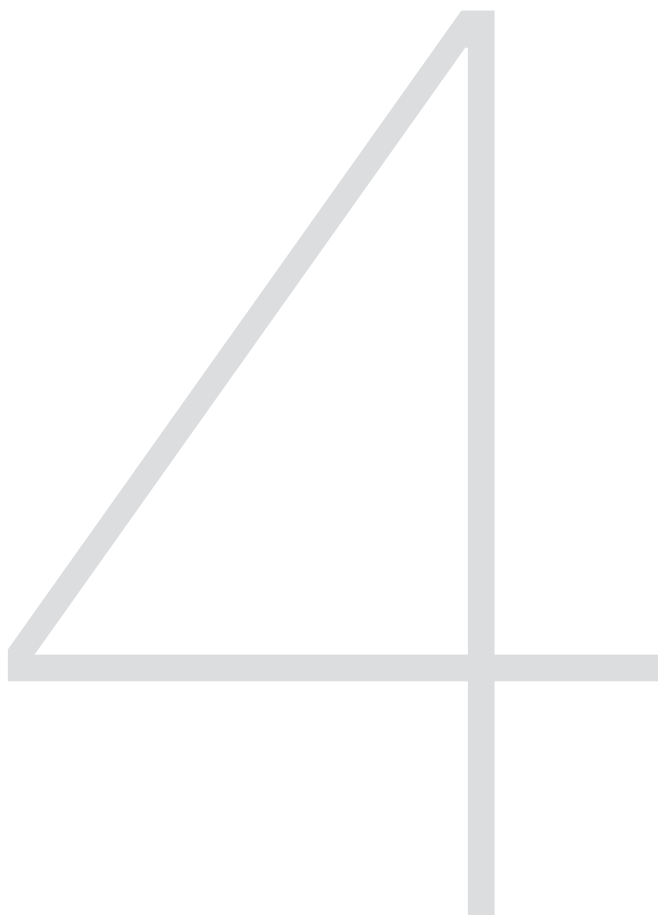


STRUKTURIERTE BETEILIGUNG

Das Regionale Entwicklungskonzept kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte sich an der Umsetzung beteiligen. Dies bedeutet, dass die Inhalte des gemeinsam entwickelten Konzeptes auf die jeweilige Unternehmens- und Organisationsebene herunter gebrochen werden müssen. Nur so lässt sich prüfen, wie diese Ansätze auf der jeweiligen Ebene konkret umzusetzen sind.

Die Beteiligung kann auf vielfältige Weise strukturiert werden. So kann zum Beispiel im Rahmen von Abkommen zwischen der Gemeinschaft und jeder einzelnen Gemeinde festgehalten werden, welche Schwerpunkte der Gemeindepolitik im Rahmen des REK aufgegriffen werden sollen und wie jede Gemeinde zur Umsetzung beitragen kann. Die Sozialpartner können im Wirtschafts- und Sozialrat auf der Basis des REK mit der Regierung ein neues Ausbildungs- und Beschäftigungsbündnis schließen. Wieder andere Partner können im Rahmen ihrer Geschäftsführungsverträge festhalten, wie das REK ihre Arbeit unterstützen kann und wie sie selbst zur Umsetzung des Konzeptes beitragen können. Auf jeden Fall ist sicherzustellen, dass die Ziele des REK auf allen Ebenen Eingang in die strategischen Ansätze finden.





HANDLUNGSFELDER UND MASSNAHMEN



Im vorliegenden Kapitel werden beispielhaft 84 Maßnahmen in 11 verschiedenen Handlungsfeldern beschrieben. Es handelt sich um Ideen der mit der Ausarbeitung des REK beauftragten Beraterfirmen und Vorschläge einzelner Akteure, die dazu beitragen sollen, aktuelle Schwächen abzubauen und Stärken weiter zu entwickeln.

Es geht dabei nicht um eine umfassende Konkretisierung der in Kapitel 3 beschriebenen Entwicklungsstrategie, sondern vielmehr um Denkanstöße und Anregungen für eine künftige Ausgestaltung und Umsetzung des REK in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Einen Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen kann die Deutschsprachige Gemeinschaft in eigener Verantwortung umsetzen, bei anderen kann sie sich dafür einsetzen, dass die zuständigen Partner sie aufgreifen. Die Umsetzung der Maßnahmen steht natürlich unter dem Vorbehalt der weiteren Konkretisierung und Abstimmung sowie der Möglichkeit der Finanzierung.

4.1. KULTUR UND KULTURELLE IDENTITÄT

1 ERARBEITUNG EINES LANGFRISTIGEN KULTURKONZEPTES DER DG

In der DG entsteht sowohl im Norden als auch im Süden je ein regionales Kulturzentrum. Die Errichtung und der Betrieb dieser beiden regionalen Kulturzentren wird die kulturelle Landschaft der DG nachhaltig verändern. Der damit einhergehende Qualitätssprung kann und wird zu einer inhaltlichen Ausweitung der Angebote führen. Vor allem wird dadurch einer größeren Bandbreite gesellschaftlicher Gruppierungen der Zugang zur Kultur leichter ermöglicht.

Die Inbetriebnahme der beiden Zentren bietet daher einen geeigneten Anlass, um ein umfassendes Kulturkonzept der DG zu verabschieden und auf dieser Basis die Kulturförderung auf eine neue Grundlage zu stellen.

Ziele eines Kulturkonzeptes sind:

- einen verbesserten Zugang zur Kultur für alle Personen zu gewährleisten;
- eine Stärkung des Ehrenamtes;
- eine Förderung der professionellen Kulturarbeit, ihrer Einrichtungen und Gruppen;
- eine stärkere Förderung der immateriellen Kulturarbeit;
- eine Qualitätsverbesserung der Angebote sowie
- eine Straffung und bessere Effizienz des für die Kulturförderung notwendigen Verwaltungsaufwands.

EMPFEHLUNG

Die DG wird unter aktiver Beteiligung aller Akteure aus der Kulturszene ein Kulturkonzept erarbeiten und umsetzen.



2 ABSICHERUNG EINER PROFESSIONELLEN KULTURARBEIT

Die bisher schon vorbildliche Kulturarbeit und die überdurchschnittlich guten Kulturangebote können in dieser Qualität dauerhaft nur gewährleistet werden, wenn den Kulturschaffenden in der DG langfristig gesicherte Arbeitsbedingungen geboten werden. Dabei geht es den Kulturschaffenden nicht nur um eine bessere finanzielle Absicherung ihrer – für das Image der DG so wichtigen – Arbeit. Es geht ihnen vor allem um eine nach außen erkennbare Würdigung ihres Beitrags zur kulturellen Identität der DG und zur Standortentwicklung allgemein.

EMPFEHLUNG

Die Grundlage zur finanziellen Absicherung professioneller Kulturarbeit wird aktualisiert, mit dem Ziel, die Finanzierung eines ausreichenden Anteils des Personalbestandes strukturell abzusichern.

3 ETABLIERUNG EINES PROFESSIONELLEN AMATEURKUNST-PARTNERS

Die eingeleiteten Neuerungen zur Förderung der Amateurkunst, die im Jahre 2008 beschlossen wurden und insbesondere ab 2009 zum Tragen kommen, müssen sich nunmehr bewähren. Damit die Interessen der Amateurkunst gebündelt vertreten werden können, erscheint es sinnvoll, Födekam als privilegierten Partner der Gemeinschaft anzusehen und zu positionieren. Unter der Voraussetzung einer breiten und garantierten Vertretung des Amateurkunstsektors durch Födekam könnte der Verband für die Amateurkunstvereinigungen folgende Aufgaben wahrnehmen: Koordination ihrer Anliegen gegenüber der DG, Organisation der Weiterbildung und Ausstattung, Kooperation mit den Schulen, Organisation der Einstufung der Amateurkunstvereinigungen und Bündelung von Kultursponsoring.

EMPFEHLUNG

In Abstimmung mit den Amateurkunstvereinigungen wird der Verband Födekam als koordinierender Partner für den Amateurkunstbereich etabliert.

4 STÄRKUNG DES EHRENAMTES

In den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist das Ehrenamt von besonderer Bedeutung. Dabei reicht dieses Engagement weit über den Sozialbereich hinaus. Auch das kulturelle, sportliche und touristische Leben ist stark von ehrenamtlichem Einsatz geprägt. Die bisherigen Bemühungen zur Stärkung des Ehrenamtes müssen fortgesetzt werden.

EMPFEHLUNG

Die DG führt die Arbeiten weiter, um die Ehrenamtlichen zu unterstützen, ständig zu informieren und zu begleiten. Die Sensibilisierung der Gesellschaft für die Inhalte und Werte der Solidargemeinschaft soll weitergeführt werden. Neben der bereits eingeführten kostenlosen Zusatzversicherung für Ehrenamtliche und der kostenlos zugänglichen Kontaktdatenbank wird die DG die Einführung eines Ehrenamtslotsensystems vorantreiben. Gleichzeitig sollen die Rahmenbedingungen für die öffentliche Anerkennung des Ehrenamts weiter verbessert werden.

5 OSTBELGIEN-MAGAZIN FÜR DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

Da Kultur eine wesentliche Grundlage der Existenz und damit der Zukunft der DG darstellt, kommt der Vermittlung der Kulturarbeit sowohl nach innen als auch nach außen eine besondere Bedeutung zu.

Vor diesem Hintergrund ist die Herausgabe eines hochwertigen Magazins von besonderer Bedeutung. Dies soll den Standort Ostbelgien, die Tourismusdestination, die Kultur und die Akteure aus Wirtschaft und Kultur hochwertig präsentieren.

EMPFEHLUNG

Die DG prüft die Erstellung und Herausgabe einer Null-Ausgabe für ein Ostbelgien-Magazin als Kooperationsprojekt mit einem Verlag.

6 KULTURTOURISTISCHE VERMARKTUNGSSTRATEGIE

Das hohe Niveau der Kulturangebote in der DG hat bislang insbesondere zu einer entsprechenden kulturtouristischen Nachfrage in der DG und bei den unmittelbaren Anrainern geführt.

Die kulturtouristischen Angebote in der DG sind aber noch nicht so genutzt worden, dass sie zu einer darüber hinaus gehenden Nachfrage nach Kulturtourismus-Angeboten geführt haben. Insbesondere haben auch die touristischen Dienstleistungsträger selbst bisher nur begrenzt auf bestehende Angebote reagiert und kaum eigene Produkte und Pauschalen im Zusammenhang mit diesen Angeboten unterbreitet.

EMPFEHLUNG

Die DG entwickelt eine kulturtouristische Vermarktungsstrategie, damit die touristischen Leistungsträger das Kulturangebot der DG besser nutzen und ihren Gästen anbieten können.



7 HAUS DER GESCHICHTE DER DG

Zur Stärkung einer eigenständigen Identität ist es von Bedeutung, dass die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sich mit ihrer Geschichte auseinandersetzen. Es ist deshalb wichtig, die nicht einfach kommunizierbare Geschichte der deutschsprachigen Belgier und die Entstehung der DG als Institution in all ihren Facetten ansprechend zu dokumentieren und darzustellen.

EMPFEHLUNG

Im neuen Parlamentsgebäude wird eine Ausstellung zur Geschichte der DG installiert. Ausgehend von dieser Initiative wird sukzessive ein "Haus der Geschichte" mit einem entsprechenden Jahresprogramm für interessierte Besucher aufgebaut.

8 VERANKERUNG DER PARTIZIPATION DER JUGEND IN DIE KOMMUNALPOLITIK

Auf der Ebene der DG gibt es eine Reihe von Partizipationsansätzen zur Integration der Jugend in die eigenverantwortliche Wahrnehmung ihrer Belange. Auf der kommunalen Ebene gibt es solche Ansätze in unterschiedlicher Form, die noch besser mit den DG-weiten Partizipationsansätzen vernetzt werden können.

EMPFEHLUNG

Zur Weiterentwicklung der Partizipation Jugendlicher an politischen Entscheidungen werden gemeinsam mit den Gemeinden Möglichkeiten und Perspektiven eröffnet, wie auf der kommunalpolitischen Ebene die Jugend stärker an Entscheidungen beteiligt werden kann, die ihre unmittelbare Lebenssituation auf der lokalen Ebene betreffen.

9 FÖRDERUNG DES INTERKULTURELLEN LERNENS

Einen wesentlichen Standortvorteil der DG bildet die Tatsache, dass dort Jugendliche und Erwachsene im Rahmen des interkulturellen Lernens die Möglichkeit erhalten, eine mehrsprachige Ausbildung mit der Erfahrung unterschiedlicher Kulturen zu kombinieren.

EMPFEHLUNG

Das interkulturelle Lernen wird über die Jugend- und Erwachsenenarbeit aktiv unterstützt, um diesen Standortvorteil der DG weiter zu festigen.

4.2. DEMOGRAFISCHER WANDEL UND INTEGRATION



1 SENIORSERVICE – AUS ERFAHRUNG GUT

Die Zunahme älterer Bevölkerungsanteile und deren hohe Rüstigkeit und Fitness bringen häufig den Wunsch mit sich, den im Berufsleben gewonnenen Erfahrungsschatz auf einer neuen Ebene weiter zu geben. Ideal ergänzt wird diese Erwartung an den dritten Lebensabschnitt durch den Wunsch vieler Unternehmen, Institutionen und Gruppen, insbesondere von Existenzgründern, von Erfahrungen Anderer zu profitieren.

Als “Business Solutions Counsellors” (BSC) haben sich auf diese Weise bereits viele aus dem aktiven Berufsleben ausgeschiedene Menschen eine neue Befriedigung bringende Beschäftigung aufgebaut. Das Potenzial gut ausgebildeter, mehrsprachiger Menschen mit derartigen Ambitionen sollte genutzt werden, um damit eine reale Win-Win-Situation für alle einbezogenen Partner zu schaffen.

EMPFEHLUNG

Die DG fördert gezielt eine aktive Ausweitung der BSC auf die Region. Damit soll das Erfahrungspotenzial der aus Unternehmen der DG ausgeschiedenen Akteure für Initiativen oder Existenzgründer genutzt werden. Die DG unterstützt diesen Ansatz durch Hilfen beim Aufbau von Logistik und Informationen.

2 BEGEGNUNGS- UND KOMMUNIKATIONSZENTREN

Für eine immer größere Anzahl von Menschen stellt sich in Zukunft die Frage, wie sie vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung einige Alltagsprobleme lösen können, ohne dafür Pflegedienste in Anspruch zu nehmen. Viele Menschen sind heute im hohen Alter rüstiger als noch vor Jahrzehnten, haben aber Probleme mit Isolierung im Alltag und suchen zunehmend Möglichkeiten, im Kreise ähnlich betroffener Menschen wieder aktiv zu werden und sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen. Für diesen Wunsch nach Begegnung und Dialog sind entsprechende Plattformen notwendig.

EMPFEHLUNG

Die DG unterstützt die Einrichtung von Begegnungs- und Kommunikationszentren für die Möglichkeit gemeinsam vorgenommener Freizeit- oder Alltagsaktivitäten. Soweit für dieses Ziel technische oder bauliche Einrichtungen notwendig werden, wird die DG eine entsprechende Unterstützung gewähren.

3 MEHRGENERATIONENQUARTIERE UND HÄUSLICHE HILFE

Die Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen hat es mit sich gebracht, dass heute kaum noch Generationen unter einem Dach leben oder ein gedanklicher Austausch zwischen den Generationen stattfindet. Veränderte Konsum- und Essgewohnheiten führen zudem dazu, dass es immer weniger gemeinsame Mahlzeiten in den Familien gibt. Damit stehen weniger Gelegenheiten zum Austausch zur Verfügung.

Mit Mehrgenerationenhäusern wird versucht, diesem Missstand zu begegnen. Aber auch dieses Instrument bedeutet meist, dass alte Menschen aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden und stellt nicht immer eine ideale Alternative dar.

EMPFEHLUNG

Die DG fördert weiter aktiv eine vorsorgende häusliche Pflege mit dem Ziel, dass damit ein Betreuungssystem zur Verfügung steht, das die Menschen in ihren Dörfern und Stadtquartieren mit ihren sozialen Kontakten belässt und ihnen dafür mobile und flexible Betreuung im Hause anbietet.

4 FÖRDERUNG DER ZUGÄNGLICHKEIT

In der DG wird bei der Errichtung von öffentlich geförderten Gebäuden bereits ein Standard zur Zugänglichkeit gewährleistet. Noch immer sind jedoch nicht alle Räumlichkeiten und öffentlichen Verkehrsangebote so ausgestattet oder technisch ausgerüstet, dass sie einen Zugang für alle Personen gewährleisten.

Im Bereich der privaten Bauten sind Standards zur Zugänglichkeit derzeit nicht vorgesehen, obwohl diese sich langfristig sicher kostenmindernd auswirken werden. Diese Perspektive ist alleine vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung durchaus denkbar. Es fehlt jedoch heute vielen Bauwilligen oder Bauträgern entweder die sensible Weitsicht für diese Problematik, oder es fehlen die notwendigen Informationen zu einem möglichst frühen Planungszeitpunkt dieser Bauprojekte.

EMPFEHLUNG

Die DG setzt sich dafür ein, dass grundsätzlich alle öffentlich geförderten Gebäude – unabhängig davon, über welches Programm und in welcher Zuständigkeit die Förderung erfolgt – einen Zugang für alle Personen gewährleisten. Die DG setzt sich auch dafür ein, dass die Zugänglichkeit im öffentlichen Nahverkehr in gleicher Weise langfristig so geregelt wird, dass spätestens bei Neuinvestitionen von öffentlich betriebenen Verkehrslinien Wagenmaterial zum Einsatz kommt, das den Zugang für alle Personen sichert.

Im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Bereich sozialer Dienstleistungen und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung erstellt die DG eine Informationsgrundlage, die Antragstellern von Sanierungs- oder Neubaumaßnahmen über die Gemeinden zur Verfügung gestellt wird, sobald entsprechende Bauplanungen bekannt werden oder spätestens, wenn eine Genehmigung beantragt wird. Gleichzeitig prüft die DG, mit welchen Mitteln privaten Bauwilligen oder Bauträgern eine attraktive Hilfe angeboten werden kann, um auch hier Standards zur Zugänglichkeit zu realisieren.

5 BEHINDERTENPOLITIK ALS QUERSCHNITTSAUFGABE UND FÖRDERUNG DER CHANCENGLEICHHEIT

Die bisherigen Ansätze der Integrationspolitik der DG für behinderte Mitbürger über den entsprechenden Dienst haben bereits zu einem verstärkten Bewusstsein in der Bevölkerung für diese Thematik geführt.

Eine umfassende Etablierung der Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe ist aber bislang noch nicht in einem Maße erfolgt, dass dies vor allem von den Betroffenen so empfunden werden könnte. Insbesondere bei Einstellungsmaßnahmen besteht Bedarf an Beratung und Begleitung der Unternehmen.

EMPFEHLUNG

Die DG verstärkt ihre Anstrengungen in Richtung Etablierung der Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe durch einen Solidar-Wettbewerb, der alljährlich Unternehmen oder Institutionen auszeichnet, welche sich in besonders vorbildlicher Weise um die Eingliederung von Beschäftigten mit Behinderungen bemühen.

6 SCHAFFUNG EINER MODELLHAFTEN SOLIDARREGION DG

Die von der DG bislang eingeleiteten Maßnahmen zur Erleichterung des Lebensalltags für Menschen mit Behinderungen, die durch die DG angebotenen sozialen Dienstleistungen und Dienste sowie das hohe Maß an Partizipations-Plattformen zur Beteiligung Betroffener an öffentlich-rechtlichen Entwicklungsansätzen bieten sich an, um diese Leistungen insgesamt gebündelt darzustellen und sie über eine "Solidarregion DG" zu kommunizieren.

EMPFEHLUNG

Über einen gemeinsam zu definierenden Solidarpakt kann die DG über die öffentlichkeitswirksame Etablierung einer "Solidarregion DG" einen weiteren wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die bereits vorhandenen Qualitätsstandards im Bereich der solidarisch unterbreiteten Dienstleistungsangebote noch stärker wahrgenommen und vor allem als ein Standortvorteil der DG genutzt und kommuniziert werden können.



4.3. GESUNDHEITSPRÄVENTION UND MEDIZINISCHE VERSORGUNG

1 AUFRECHTERHALTUNG EINER BÜRGERNAHEN KRANKENHAUSVERSORGUNG

Die beiden Krankenhausstandorte in der DG dienen der wohnraumnahen Grundversorgung. Ihre Bedeutung als wichtige regionale Wirtschaftsunternehmen und als Arbeitgeber in der DG ist dabei ebenfalls nicht zu vernachlässigen. Eine zentrale Frage der künftigen Gesundheitspolitik in der DG wird sein, wie die Krankenhausstandorte in der DG dauerhaft abgesichert werden können. Im Dialog mit dem Föderalstaat ist zu klären, wie der Zugang der Bevölkerung zu einem Gesundheitsversorgungsangebot in einem Krankenhaus in vertretbarer Nähe und mit einer Gewährleistung der Kommunikation in der Muttersprache sichergestellt werden kann.

Viele vom Föderalstaat erlassene Normen für Krankenhäuser tragen den Gegebenheiten kleinerer Häuser nicht Rechnung und führen an den beiden Standorten in der DG zu Problemen, die ohne Mithilfe des Föderalstaats kaum zu lösen sein werden. So ist es für die beiden Krankenhäuser in der DG äußerst schwierig, die aufgrund von Qualitätsnormen erforderlichen Fachkräfte zu rekrutieren, da diese auf dem Arbeitsmarkt der Region nicht zu finden sind. Hinzu kommt, dass die den Normen zu Grunde liegenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen für kleinere Einheiten oft nicht zutreffen. So ist die DG im Bereich der Notrettungsdienste auf Abkommen mit benachbarten Regionen angewiesen.

Zur Standortfestigung der Krankenhäuser in der DG bedarf es gerade wegen der kleinräumigen Struktur der DG und wegen des Anspruchs auf eine fachärztliche Betreuung in der Muttersprache eines hohen Maßes an Flexibilität und innovativer Kooperationsformen.

EMPFEHLUNG

Die DG fördert im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Kooperation zwischen beiden Krankenhäusern im Bereich des Managements und der administrativen Strukturen. Dies würde eine Spezialisierung von Diensten und einen Patientenaustausch zwischen beiden Einrichtungen ermöglichen. Eine solche Spezialisierung würde zudem die Attraktivität des Krankenhausstandortes DG für medizinische Fachkräfte erhöhen. Zur Behebung des Fachkräftemangels unterstützt die DG maßgeschneiderte, innovative Qualifizierungsmaßnahmen.



2 GESUNDHEITSDIENSTLEISTUNGSZENTREN

Die Hausärzte spielen bei der Gesundheitsvorsorge nach wie vor eine große Rolle. Sowohl im Norden als auch im Süden der DG liegt das Durchschnittsalter der Hausärzte über 50 Jahre, so dass sich hier ein gravierendes Defizit abzeichnet. Um den Bedarf an Hausärzten in der DG flächendeckend und dauerhaft zu decken, werden unter anderem so genannte “Ärztelhäuser” oder Gesundheitszentren unterstützt, die unterschiedliche Facharzt- und Allgemeinmedizin-Praxen sowie eventuell weitere Dienstleistungseinrichtungen im Bereich der Gesundheitsvorsorge beinhalten.

EMPFEHLUNG

Die DG fördert die Einrichtung von “Ärztelhäusern” oder ähnlich strukturierten Gesundheitsdienstleistungszentren im Rahmen der gemeinsamen Nutzung von technisch-medizinischer Ausstattung.

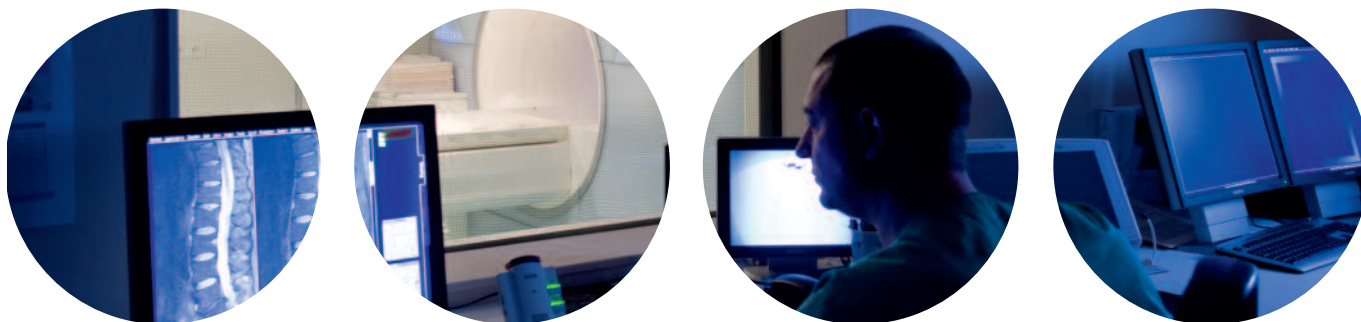
3 GESUNDHEITSNETZ DG

Der absehbare Hausärztemangel gefährdet eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung der Patienten in der DG. Um der Ausdünnung der Hausärztebetreuung wirksam entgegenzutreten zu können, stellen umfassende Gesundheitsnetzwerke eine sinnvolle Alternative dar.

In einem solchen Netzwerk bündeln sich Hausärzte, interessierte Kliniken, Pflegedienste und Reha-Einrichtungen. Eine zentrale Patientenakte steht allen Netzwerkpartnern zur Verfügung, über die auch sämtliche, den Patienten verordnete Medikamente abgerufen werden können. Mit diesem System wird eine effektive Behandlung über Praxisgrenzen hinaus garantiert. Die Hausärzte verfügen in diesem System über zentrale Steuerungsfunktionen und z.B. über Möglichkeiten, direkt auf die Terminkalender ihrer Fachkollegen für kurzfristige Termine zugreifen zu können. Ein solches GesundheitsNetz DG ist auf seine Vereinbarkeit mit dem Patienten-Datenschutz zu prüfen.

EMPFEHLUNG

Die DG setzt sich aktiv für ein “GesundheitsNetz DG” ein.



4 NETZWERK VON PFLEGEDIENSTEN

Die Verweildauer der Patienten in den Krankenhäusern wird aus Kostengründen immer kürzer. Da keine langfristige Rehabilitation im Krankenhaus mehr möglich ist, muss eine enge Anbindung zwischen der Krankenhausentlassung und einer häuslichen Versorgung stattfinden, damit die entlassenen Patienten zu Hause so weit wie möglich problemlos leben können.

In der DG existiert eine große Zahl von Pflegediensten und –angeboten, die häufig in miteinander verbundenen Bereichen tätig sind, die zudem viele gemeinsame Probleme – wie z.B. die Mobilität – zu bewältigen haben. Eine Koordinierung dieser unterschiedlichen Aktivitäten sowie ein notwendiger Erfahrungsaustausch sollte für ein umfassendes Angebot an sozialen Dienstleistungen und ein hohes Maß an Transparenz Sorge tragen. Einen wesentlichen Schritt in diese Richtung stellt das Dekret zur häuslichen Versorgung dar.

EMPFEHLUNG

Die DG unterstützt offensiv Aktivitäten, die zu einer Vernetzung der Pflegedienste beitragen. Sie sieht in einer die DG umfassenden Dialogplattform eine gute Basis für den notwendigen Erfahrungsaustausch in diesem Bereich.

5 PRÄVENTION ALS ZENTRALE SOZIALE HERAUSFORDERUNG

Eine Jugendbefragung zum Risikoverhalten in der Euregio Maas-Rhein 2008 hat deutlich gemacht, dass weitere Präventionsmaßnahmen notwendig sind, um das Risikoverhalten Jugendlicher einzudämmen.

Ein wichtiger Beitrag zur Verminderung des Risikoverhaltens liegt in der Familie. Dort sind aber viele wichtige “Rituale”, wie die gemeinsame Einnahme von Mahlzeiten, und damit Gelegenheiten zum täglichen Dialog bereits in erheblichen Teilen verloren gegangen. Der Präventionsarbeit in den Schulen kommt – neben den Familien – die größte Bedeutung zu. Neben Tabak- und Alkoholisiken treten an den Schulen auch vermehrt Mobbing-Probleme auf, die bei den Betroffenen erhebliche psychologische und soziale Auswirkungen hinterlassen.

Die Prävention ist als wesentliche Aufgabe in allen Bereichen der Sozialvorsorge, von der Kindererziehung über ein breit angelegtes Gesundheitsbewusstsein, im Bildungssystem, sowie im Kultur- und Sportbereich zu verankern.

EMPFEHLUNG

Über eine laufende Aktualisierung von Lehrplänen und Leitlinien verankert die DG die Prävention von der Kindererziehung bis zur Erwachsenenbildung. Sie führt dazu eine längerfristig angelegte Bewusstseinskampagne durch. Zur prophylaktischen Familienbetreuung – auch in zunächst nicht problembehafteten Familien – wird die DG ihre Betreuungsangebote ausweiten und vor allem mehr Wert auf die prophylaktische Beratung für alle Familien legen und dies offensiv kommunizieren. Im Rahmen von interdisziplinär besetzten Präventionszellen fördert die DG zudem verstärkt eine strukturierte Gesundheits- und Fitnessberatung in den Schulen.

6 QUALITÄTSSTANDARDS FÜR SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN

Der gesamte Themenkomplex der sozialen Dienstleistungen erschließt sich in seiner Komplexität nur sehr eingeschränkt der Öffentlichkeit. Gleichwohl beansprucht er einen erheblichen Anteil des öffentlichen Haushalts.

Eine Definition von Qualitätsstandards von Dienstleistungen der Gesundheitsvorsorge trägt zu deren Transparenz bei und ermöglicht den Nutzern von Gesundheitsvorsorgeleistungen Vergleiche verschiedener Anbieter.

EMPFEHLUNG

Zur Erhöhung der Qualität und zur Transparenz der Angebote im Bereich der Gesundheitsvorsorge entwickelt die DG ein System von Qualitätsstandards für soziale Dienstleistungen. Über einen regelmäßig herausgegebenen DG-Sozialbericht werden diese Standards definiert, periodisch evaluiert und kommuniziert.



7 KONZEPT "KINDER- UND FAMILIENFREUNDLICHE DG"

Das sich nur langsam verändernde Rollenverständnis erfordert ein neues Konzept der Familienförderung mit den Schwerpunkten Kinderbetreuung, Erziehungsberatung, Arbeitsentlastung für Eltern sowie emanzipatorische Ansätze. Nur über ein spezielles Angebot von Dienstleistungen zur Familienförderung lässt sich eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft verankern. Dazu gehören Bewusstseinsveränderungen und Angebote zur Entlastung berufstätiger Eltern im Alltag.

EMPFEHLUNG

Die DG erstellt ein Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft mit konkreten Umsetzungsvorschlägen für eine gezielte Unterstützung von Einzelmaßnahmen.

8 FAMILIENBEGLEITUNG ALS FRÜHWARNDIENST

Die Elternbetreuung vor und die Kinderbetreuung ab der Entbindung durch den Dienst für Kind und Familie (DKF) gewährleisten eine Vorsorge, regelmäßige Hausbesuche und telefonische Beratung im Rahmen einer aufsuchenden Betreuungsarbeit. Nach der Einschulung der Kinder übernehmen die Gesundheitszentren der Schulnetze diese Betreuungsaufgaben, allerdings ohne aufsuchende Betreuungsarbeit.

EMPFEHLUNG

Über eine Kooperation oder Zusammenführung der unterschiedlichen Gesundheitsdienste kann die DG eine bessere Früherkennung von Problemfällen gewährleisten. Eine solche Kooperation der verschiedenen Dienste wird aktiv angestrebt.

9 BEDARF AN KLEINKINDBETREUUNGS-ANGEBOTEN

Um den langfristigen Bedarf an Betreuungsangeboten für Kleinkinder zu ermitteln, ist eine regelmäßige systematische Bedarfsermittlung notwendig. Bei einer solchen Bedarfsermittlung sollte es nicht nur darum gehen, welche Betreuungsangebote notwendig sind, sondern dabei sind auch andere Standards wie Öffnungszeiten, Zugänglichkeit oder Standorte zu erfassen und zu bewerten.

EMPFEHLUNG

Die DG führt eine periodische Bedarfsermittlung über Angebote der Kleinkindbetreuung durch, veröffentlicht diese und erarbeitet auf dieser Grundlage jeweils aktualisierte Ziele der Einrichtung von Kleinkindbetreuungsangeboten.

10 IN WÜRDE ALTERN

Ältere Menschen haben ein Anrecht auf Respekt und Würdigung als gleichberechtigte Teilnehmer der Gesellschaft. Dies gilt auch und gerade in Fällen von altersbedingter Depression oder Demenz.

EMPFEHLUNG

Die DG bietet Familien, die von Problemen altersbedingter Depression oder Demenz betroffen sind, einen zielgerichteten Beratungsservice an und hebt dieses Thema über eine darauf ausgerichtete Kampagne verstärkt in das öffentliche Bewusstsein.



4.4. BILDUNGSOFFENSIVE

Die folgenden Handlungsfelder und Empfehlungen sind zum Teil bereits im Bildungspolitischen Gesamtkonzept der Regierung enthalten, zum Teil gehen sie auch darüber hinaus bzw. stellen eine nächste Phase der Weiterentwicklung des Konzeptes dar.

1 BILDUNGSSTANDARDS

Es wurden einheitlich für alle Schulstufen Standards mit Kernkompetenzen definiert, die zu erreichen sind. Auf dieser Basis wurden einheitliche kompetenzorientierte Rahmenpläne für die Klassen 1-8 in der DG entwickelt, die ab 2010 in Kraft treten sollen. Im Sinne der Bildungsgerechtigkeit sollen die einheitlichen Standards dazu führen, dass eine zuverlässige Beherrschung der Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben, Rechnen und Kommunizieren bei allen Schülern, egal welcher Schulform, bis zur 8. Klasse erreicht wird. Die Umsetzung kompetenzorientierter Bildungsstandards sowie die fortlaufende Qualitätsentwicklung in den Schulen bilden den Kern der Bildungsoffensive der DG. Nach Festlegung der Rahmenpläne und Leitziele im Bildungspolitischen Gesamtkonzept wird es nun darauf ankommen, die Vorgaben effizient in der Praxis umzusetzen.

EMPFEHLUNG

Es wird ein modulares Programm für eine breit angelegte Informations- und Weiterbildungsoffensive für Schulleiter und das Lehrpersonal in der DG aufgelegt. Es zielt darauf ab, über die neuen Rahmenpläne zu informieren und praktische Wege aufzuzeigen, wie die Bildungsstandards in der Praxis umgesetzt werden können. Didaktische Weiterbildung, die Entwicklung und der Einsatz von Unterrichtsmaterialien und neuen Medien bilden einen Bestandteil von Weiterbildungsmaßnahmen, die in das Programm eingebunden sind. Parallel werden die Erkenntnisse in die Lehrerbildung der Autonomen Hochschule integriert.

2 EVALUATION SCHULISCHER LEISTUNGEN - QUALITÄTSMANAGEMENT

Zur Überprüfung, ob die Zielvorgaben in den Schulen erreicht werden, ist eine Kombination aus internen und externen Evaluationen erforderlich. Den Ergebnissen entsprechend können die Schulen eigenverantwortlich auf ihre individuellen Erfordernisse reagieren. In diesem Rahmen werden wissenschaftliche Untersuchungen wie IGLU, PISA, DELF unterstützt und als Vollerhebungen in der DG durchgeführt und weiter fortgesetzt. Im Februar 2006 begann in der DG die Pilotphase der externen Evaluation. Nach einer kritischen Bewertung dieser Pilotphase soll die externe Evaluation in der DG ab September 2009 für alle Schulen eingeführt werden.

EMPFEHLUNG

Das System der externen Evaluation muss ständig beobachtet und weiterentwickelt werden. Die Erkenntnisse der Evaluation müssen sowohl in die Schulentwicklungsberatung als auch in die Gestaltung der Unterrichtspolitik einfließen. Darüber hinaus sollen standardisierte Schülerleistungsmessungen in der DG ausgebaut und systematisiert werden. Diese Output-Messungen können in den Kernfächern und in den überfachlichen Kompetenzbereichen durchgeführt werden. Weiterhin sollen regelmäßige Vergleichstests und -arbeiten (VERA) durchgeführt werden. Damit soll langfristig die Autonome Hochschule beauftragt werden. Die Ergebnisse sollen öffentlich zugänglich gemacht werden.

3 INSTRUMENTE DER SCHULENTWICKLUNG

Die eigenverantwortliche Schule soll einen größeren Handlungsspielraum – besonders in der Organisation, der Personalverwaltung und der Finanzverwaltung – erhalten. Andererseits kommen Qualitätssicherungssysteme wie die interne und die externe Evaluation zum Einsatz. Den Schulen müssen im Anschluss an eine interne oder externe Evaluation die entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen angeboten werden, damit eine zielgerichtete Schulentwicklung stattfinden kann.

EMPFEHLUNG

Die Schulen werden in die Lage versetzt, im Anschluss an eine interne oder externe Evaluation zielgenau die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Dazu greifen sie beim Ministerium der DG auf die Dienste von Schulentwicklungsberatern zurück, die die Schulen im Entwicklungsprozess begleitend unterstützen.

4 GEMEINSAME GRUNDAUSBILDUNG ALS PRÄMISSE FÜR BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Wenn Lebenslanges Lernen Wirklichkeit werden soll, müssen alle Schüler die notwendigen Kernkompetenzen, die die Voraussetzung für persönliche Entfaltung, gesellschaftliche Teilhabe und schulischen und beruflichen Erfolg sind, erwerben. Durch eine gemeinsame Grundausbildung bis zur 8. Klasse, in der die Schwerpunkte auf die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen und Kommunizieren gelegt werden, wird dieses Ziel erreicht. Durch eine qualitativ hochstehende Grundausbildung für alle Schüler leistet die Schule einen wesentlichen Beitrag zur Bildungs- und Chancengerechtigkeit.

EMPFEHLUNG

Allen Primar- und Sekundarschulen wird zur systematischen Implementierung der Rahmenpläne vom Fachbereich Pädagogik im Ministerium und von der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein langfristiges Weiterbildungsangebot unterbreitet.

Es werden Unterstützungsmaßnahmen im Bereich der differenzierten Förderung angeboten, die gewährleisten, dass alle Schüler so weit wie möglich die in den Rahmenplänen festgelegten Bildungsziele erreichen.

In einer weiteren Phase wird nach skandinavischem Vorbild bis zur 8. Klasse eine einheitliche Grundausbildung in heterogenen Klassenverbänden geschaffen, sodass eine Spezialisierung erst nach der 8. Klasse möglich ist. Dies bedingt eine Neuorganisation der ersten Stufe des Sekundarunterrichts, die auch einen besseren Übergang von der Primar- zur Sekundarschule ermöglicht.



5 STÄRKUNG DER DIAGNOSEFÄHIGKEIT UND DIFFERENZIERTE FÖRDERUNG

Wesentlich für den schulischen Werdegang jedes einzelnen Schülers ist, dass Lehrer befähigt werden, den Leistungsstand der Schüler richtig einzuschätzen und Hilfestellungen gezielt einzusetzen. Entwicklungsverzögerungen, Lernschwierigkeiten – wie beispielsweise Dyskalkulie, Dyslexie und eine Lese-Rechtschreib-Schwäche – aber auch besondere Begabungen müssen frühzeitig erkannt werden, so dass jeder Schüler seinen Fähigkeiten entsprechend optimal gefördert werden kann.

EMPFEHLUNG

Unter der Ägide der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein mehrjähriges Weiterbildungskonzept erstellt, mit dem Ziel, die Diagnosefähigkeit und die Methodenvielfalt aller Lehrer zu stärken. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass für jeden Schüler eine optimale und frühzeitige Förderung gewährleistet wird.

6 AUSBAU DER SPRACHENKOMPETENZ

Auf der Grundlage des Dekretes über die Vermittlung und den Gebrauch von Sprachen im Unterrichtswesen wurde 2007 das Konzept zur Fremdsprachenförderung in der DG aufgelegt. Das Konzept definiert unter anderem die notwendigen Kompetenzniveaus und den Ausbildungsumfang in Französisch und Fremdsprachendidaktik für Primarschullehrer und Kindergärtner. Die Rahmenpläne legen die angestrebten Kompetenzniveaus der Schüler bis zur ersten Stufe des Sekundarunterrichts fest. Die Niveaus für die 2. und 3. Stufe folgen später.

EMPFEHLUNG

Entsprechend der bereits festgelegten Kompetenzniveaus der Schüler werden gezielt Rahmen- und Lehrpläne sowie didaktische Materialien entwickelt. Über die Festlegung von Rahmenplänen soll das Kompetenzniveau in Französisch auf einen zuverlässigen Mindeststandard gebracht werden.

Das Kompetenzniveau der Lehrer sowohl in der Muttersprache und in den Fremdsprachen wird auf einen durchgängigen Standard gebracht. Das jeweilige Niveau wird durch die Inspektion geprüft, und es werden Konzepte zur Verbesserung der Kompetenzen entwickelt.

Es wird ein Austausch- und Kooperationsprogramm mit Partnerschulen in der französischen und flämischen Gemeinschaft initiiert, das unter anderem den Einsatz von "Native Speakern" im Fremdsprachenunterricht beinhaltet. Grundlagen für das Austauschpersonal bilden gemeinsame Kompetenzstandards. Begleitend finden in diesem Rahmen gezielte Maßnahmen und ein Erfahrungsaustausch zur Verbesserung der Sprachendidaktik statt.

7 STÄRKUNG DER MOTIVATION FÜR NATURWISSENSCHAFT UND TECHNIK

Kinder und Jugendliche sollen durch Schnupperkurse sowie eigene, von Fachleuten betreute Experimente und Projekte an verschiedene Wissenschaftsbereiche herangeführt werden und so Spaß an Technik und Naturwissenschaften bekommen.

EMPFEHLUNG

Es wird ein Rahmenprogramm erstellt, um Kinder und Jugendliche verschiedener Altersstufen an die Themen Naturwissenschaft und Technik heranzuführen und dafür zu begeistern. Das Programm wird in Zusammenarbeit mit außerschulischen Lernorten und Betrieben aufgestellt und koordiniert sowie durch ein Netzwerk von Fachleuten betreut. In Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten wird ein jährlich stattfindender Wettbewerb initiiert.

8 STÄRKUNG DES SCHULMANAGEMENTS

Die Schulleitung hat im Bereich der Schulentwicklung – sowohl der Grund- als auch der Sekundarschulen – eine zentrale Rolle. Die Position des Schulleiters muss gestärkt werden.

EMPFEHLUNG

Den Schulleitern wird eine Weiterbildung angeboten, die sie in der Ausführung ihrer Führungsaufgaben – z.B. in den Bereichen Führungskultur, Organisationsentwicklung, Personalmanagement, Teamentwicklung, Kommunikation und Schulentwicklung – unterstützt. Durch die Einführung von Middle-Management-Strukturen auf Sekundarschulebene soll sicher gestellt werden, dass die vielfältigen Aufgaben und Anforderungen an Schule und Unterricht erfüllt werden können.



9 BERUFSEINFÜHRUNGSPHASE FÜR JUNGE LEHRER

An der Nahtstelle zwischen Erstausbildung und Einstieg in den Lehrerberuf müssen die Berufseinsteiger auf Beratungs- und Unterstützungsangebote zurückgreifen können. Der gelungene Einstieg in den Lehrerberuf ist die beste Grundlage für eine lange Verweildauer in diesem anspruchsvollen Beruf.

EMPFEHLUNG

Die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erarbeitet ein Modul der Berufseinführung, das sich an alle Junglehrer und Wiedereinsteiger in den Lehrerberuf auf Ebene der Grundschule richtet. In der Berufseinführungsphase werden in geleiteten Praxisgruppen Themen behandelt, die in der Grundausbildung nur gestreift werden können, wie z.B. die Zusammenarbeit mit den Eltern oder die Eingliederung in ein bestehendes Lehrerteam.

Dieses Einführungsjahr ist in eine erweiterte Grundausbildung zu integrieren. Es können ebenfalls verpflichtende Auslandsaufenthalte, zum Beispiel zur Vertiefung der Sprachkenntnisse, vorgesehen werden. Mittelfristig wird die Dauer der Lehrerausbildung auf fünf Jahre erhöht.

10 ZENTRALE FORTLAUFENDE WEITERBILDUNG DER LEHRKRÄFTE

Die Umsetzung des Bildungspolitischen Gesamtkonzeptes stellt die Lehrkräfte vor große Herausforderungen, die eine ständige Weiterbildung nötig machen. Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, entsprechende Angebote bereitzuhalten bzw. zu vermitteln.

EMPFEHLUNG

Die Autonome Hochschule wird mit der Weiterbildung der Kindergärtner, der Primarschullehrer und der Sekundarschullehrer beauftragt und erhält die notwendigen Mittel und Instrumente, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die Erkenntnisse der internen und externen Evaluation, der Vergleichstests, der Inspektion und der Schulentwicklungsberatung müssen in die Festlegung der Weiterbildungsziele und -inhalte einfließen. Das Recht auf Weiterbildung muss zu einer Pflicht zur Weiterbildung – auch während der schulfreien Zeit – weiterentwickelt werden.

11 “UNTERRICHT MUSS STATTFINDEN”

Unterricht – ob in der Klasse oder an anderen Lernorten – ist das Kerngeschäft der Schule. Jede einzelne Unterrichtsstunde ist wichtig. Unterrichtsausfall muss weitgehend verhindert werden.

EMPFEHLUNG

Zur Umsetzung der Unterrichtsgarantie muss ein Pool von Vertretungslehrern geschaffen werden, der im Bedarfsfall flexibel genutzt werden kann.

12 DIALOG “SCHULE UND FAMILIE”

Schule gelingt dann besonders gut, wenn sie auch von den Eltern der Schüler als “ihre” Schule begriffen wird, mit deren Gestaltung sie sich identifizieren. Die Kooperation von Schule und Elternhaus wird zu einem ausschlaggebenden Faktor für den schulischen Erfolg der Schüler.

EMPFEHLUNG

Über die systematische Vertretung der Elternschaft in Mitwirkungsorganen – z.B. im Pädagogischen Rat, im schulinternen Elternrat oder in schulübergreifenden Elternratsvereinigungen – sowie durch die Organisation von Diskussionsforen wird der Dialog zwischen Eltern und Lehrern gefördert.

In Weiterbildungsangeboten werden Lehrer besser auf den Dialog mit Eltern und Erziehungsberechtigten vorbereitet. Auch wenn es eine klare Aufgabenteilung gibt, sollen Konflikte zwischen Schule und Elternhaus so ausgetragen werden, dass nicht einer Recht haben und einer verlieren muss.

13 DIALOG “SCHULE UND WIRTSCHAFT”

Schulen sollen sich stärker zur Wirtschaft hin öffnen. Zur Verwirklichung des Lissabon-Ziels – Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen auf der Grundlage von Wissen und Nachhaltigkeit – müssen Innovation, Kreativität und unternehmerisches Denken im Unterricht und in der Qualifikation der Lehrkräfte stärker gefördert werden.

EMPFEHLUNG

Die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft muss prüfen, inwiefern ein Modul zur ökonomischen Bildung in der Erstausbildung der Lehramtsanwärter angeboten werden kann. Nach dem Vorbild anderer Regionen müssen Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verstärkt Partnerschaften mit Unternehmen schließen, die sich konkret an der schulischen Entwicklung beteiligen können. Partnerschaften zwischen Schule und Unternehmen sind ein wichtiges Instrument zur Förderung einer dauerhaften und systematischen Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft.

14 DIALOG “SCHULE UND KULTUR”

Die in den Rahmenplänen Musik und Kunst festgesetzten Bildungsziele dienen der ganzheitlichen Bildung der Jugendlichen. Kunstunterricht bietet besondere Möglichkeiten der ästhetisch-künstlerischen Weltaneignung und der Selbstverwirklichung. Die Auseinandersetzung mit Kunst trägt zur Schaffung der kulturellen und gesellschaftlichen Identität bei.

EMPFEHLUNG

Die Kooperation der Schulen mit außerschulischen Institutionen und Kunschtchaffenden wie zum Beispiel dem Agora-Theater, der Compagnie Irene K., dem IKOB, dem Amateurkunstverband Föderkam oder den Museen muss systematisch angestrebt und die Organisation von “Kunsttagen” im Schulalltag zum festen Repertoire werden.



15 VERBESSERUNG DER AUSSTATTUNG

Neue pädagogische Konzepte brauchen angepasste materielle Rahmenbedingungen. Ziel muss es deshalb sein, für alle Schulen moderne Gebäude, eine zeitgemäße Ausstattung und angepasstes didaktisches Material zur Verfügung zu stellen.

EMPFEHLUNG

Die vorliegenden Projekte zum Bau und zur Sanierung von Schulen werden zügig vorangetrieben. Die Einrichtung von Schulmediodtheken an allen Sekundarschulen wird fortgesetzt und in angepasster Form auf die Primarschulen ausgedehnt. Die Schulen werden bei der Anschaffung und der Wartung ihrer EDV-Ausstattung unterstützt.

16 OFFENSIVE ZUM LEBENSBEGLEITENDEN LERNEN

In der DG wird viel in die Aus- und Weiterbildung der Bürger als Schüler, Arbeitnehmer, Arbeitsuchende und Ehrenamtliche investiert. Wichtig ist, ein integriertes Angebot für alle Zielgruppen zugänglich zu machen um so jedem in der DG den Einstieg in den ständig notwendigen Lernzyklus zu ermöglichen.

EMPFEHLUNG

Die im Weiterbildungskonzept der DG vorgesehene Weiterbildungs Koordinationsstelle wird so schnell wie möglich verwirklicht. Ihre Aufgabe ist die ständige Bedarfsanalyse, die Beratung und Begleitung der Weiterbildungsträger, die Bündelung und gemeinsame Vermarktung der Angebote sowie die Sensibilisierung der Bürger und der Unternehmen für die Notwendigkeit der ständigen Weiterbildung. Sie verwaltet ebenfalls die Mittel, die zur Förderung der Weiterbildung vorgesehen sind.

17 INTERNETPORTAL "BILDUNGSREGION DG"

Die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung in der DG sind sehr vielfältig. Ihre Stärken können in der Außendarstellung und der Information noch prägnanter dargestellt und zusammengeführt werden.

EMPFEHLUNG

Die Aus- und Weiterbildungslandschaft der DG wird als Internetportal zusammengefasst. Das Portal gibt einen Überblick über die Möglichkeiten der schulischen, beruflichen und nicht-formalen Aus- und Weiterbildung, aktuelle Maßnahmen und Projekte, Fördermöglichkeiten sowie eine Verlinkung zu den einzelnen Akteuren. Es richtet sich an Schüler, Auszubildende, Betriebe, Arbeitnehmer und allgemein an alle Bürger.

18 STUDIEN- UND BERUFSWAHLORIENTIERUNG

Die Wahl eines weiterführenden Studiums oder einer Berufsausbildung ist eine wichtige Entscheidung im Leben junger Menschen. Eine frühzeitige Orientierung und Beratung kann die Qualität der Wahl erheblich steigern und zu einer Reduzierung der Studien- oder Ausbildungsabbrüche beitragen.

EMPFEHLUNG

Die Studien- und Berufswahlorientierung wird weiter ausgebaut. Ziel ist eine systematische, frühzeitige und individuelle Studien- und Berufswahlorientierung aller Schülerinnen und Schüler in der DG auf der Basis eines Leitfadens, der für alle Akteure verbindlich ist. Über spezifische Maßnahmen werden Berufsbilder praxisnah vermittelt, zum Beispiel durch Schnupperkurse oder berufs-erkundende Praktika. Darüber hinaus werden spezielle Zielgruppen gesondert angesprochen, so zum Beispiel die Mädchen über einen "Girls Day".

19 ABBRUCH DER LEHRLINGSAUSBILDUNG VERMEIDEN

Gründe für den Abbruch einer Lehrlingsausbildung werden einerseits in Lerndefiziten und andererseits in unzureichender Beratung gesehen. Ziel ist es, die Lehrlinge zu einem zertifizierten Abschluss zu führen und die Abbruchrate möglichst gering zu halten.

EMPFEHLUNG

Auch in der Lehrlingsausbildung wird eine spezielle Förderung und Qualifikation der Schwächeren angeboten. Durch gezielte Programme werden Lerndefizite behoben, zum Beispiel in Mathematik, Lesen und Schreiben. Betrieb und Ausbildungszentrum werden gleichermaßen in die Arbeit einbezogen.

20 SCHULISCHE ANERKENNUNG DER LEHRE

Lehre darf nicht in einer Sackgasse enden, sondern muss unter bestimmten Voraussetzungen weiterführende Qualifikationen ermöglichen. Ziel soll es sein, guten Schülern entsprechende Anreize zu bieten.

EMPFEHLUNG

Der Gesellenbrief wird dem Befähigungsnachweis des sechsten Jahres der beruflichen Abteilung der Sekundarschule gleichgestellt. Dadurch kann nach einem weiteren Jahr in der Sekundarschule die Hochschulreife erlangt werden.

4.5. BESCHÄFTIGUNG

1 PFLEGE BESTEHENDER UNTERNEHMEN

Bislang reagiert die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgiens vor allem auf Beratungswünsche der Unternehmen. Sie wird dabei zu selten selbst aktiv. Im Sinne einer Verstärkung der Unternehmenssicherung wird die WFG in Zukunft stärker aktiv und regelmäßig auf Betriebe zugehen.

EMPFEHLUNG

Unternehmen aus der DG werden in einem bestimmten Rhythmus von den Mitarbeitern aus der Wirtschaftsförderung aufgesucht. Dabei soll das frühzeitige Erkennen sich abzeichnender Probleme zu einer aktivierenden Beratung und gegebenenfalls Unterstützung führen.

2 SICHERUNG DER BETRIEBS-NACHFOLGE

Die DG zeichnet sich durch einen hohen Anteil von Klein- und Kleinstunternehmen aus. Dabei liegt der Anteil der über 50-jährigen Selbstständigen mittlerweile bei 40 Prozent. Folglich wird sich die Frage nach der Betriebsnachfolge in den kommenden Jahren verstärkt stellen. Es muss vermieden werden, dass wirtschaftlich gesunde Unternehmen in Ermangelung eines geeigneten Betriebsnachfolgers geschlossen werden müssen.

EMPFEHLUNG

Die Problematik der Betriebsnachfolge auf Ebene der DG wird eng verfolgt und analysiert. Im Rahmen der Existenzgründungsinitiative wird speziell auf Fragen der Betriebsnachfolge eingegangen.



3 VERBESSERUNG DER PERSPEKTIVEN ÄLTERER ARBEITNEHMER

Auf der Basis einer Betriebsbefragung zur beruflichen Integration älterer Arbeitnehmer in der DG im Rahmen eines EQUAL-Projektes aus dem Jahre 2003 hatte sich ergeben, dass das Alter nicht das eigentliche Beschäftigungsproblem darstellt, sondern die Tatsache, dass ältere Arbeitnehmer von Unternehmen erst gar nicht oder nur in Ausnahmefällen eingestellt werden. Die älteren Arbeitnehmer sind nicht weniger, sondern anders leistungsfähig als jüngere.

Trotz gegenläufiger Erkenntnisse stellen kaum Unternehmen ältere Arbeitnehmer bewusst ein, es sei denn, es existieren dazu bestimmte Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund der Altersverteilung in den nächsten Jahren wird es mit Sicherheit sinnvoll sein, die Beschäftigungschancen alter und junger Menschen gleichzeitig zu verbessern. Vor allem entspricht dies auch einem Defizit in der DG, in der insbesondere ganz junge und relativ ältere Arbeitnehmer nicht in dem erwünschten Maße vorhanden sind.

EMPFEHLUNG

Die DG bietet zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer/innen eine Reihe von Maßnahmen durch öffentliche oder private Arbeitsvermittler an:

- Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen zur Sensibilisierung für das Thema "Integration älterer Arbeitnehmer/innen" sowie eine "altersoffene" Unternehmenskultur;
- Individuelle Begleitung bereits arbeitslos gewordener älterer Arbeitnehmer/innen sowie Öffnung der BVA-Maßnahmen für den kommerziellen Bereich;
- Schaffung von Angeboten in der Erwachsenenbildung für eine lebenslange Qualifizierung als zentrales Element einer vorausschauenden Beschäftigungssicherung;
- Durchführung von Sensibilisierungsaktivitäten bei den Unternehmen, um ältere Beschäftigte als Mentoren einzusetzen;
- Durchführung eines ESF-Projektes für ältere Arbeitsuchende;
- Zusätzliche Angebote und Informationspakete für die Unternehmen zu Themen wie Sabbaticals, Zeitguthaben und Arbeitszeitkonten, gleitende Übergänge vom Wechsel aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand, Job-Sharing als Maßnahme zur Erhaltung von Wissenspotenzial der älteren Mitarbeiter, Veränderung der Einstellungsstrategien usw.



4 EINBINDUNG ÄLTERER ARBEITSLOSER

Die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl beträgt mittlerweile rund 25 Prozent. Mitverantwortlich ist – neben der demografischen Verschiebung in der Erwerbsbevölkerung – vor allem die Anhebung der Altersgrenze für die Freistellung von der Arbeitsuche von 50 auf 58 Jahre, die seit 2002 gilt.

EMPFEHLUNG

Die DG verstärkt ihre Bemühungen um die Senkung der hohen Zahl arbeitsloser älterer Menschen auf drei Ebenen:

- Durchführung von Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Unternehmen;
- Stärkere individuelle Begleitung für bereits arbeitslos gemeldete ältere Arbeitnehmer sowie Öffnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen speziell für diesen Kreis von Betroffenen im kommerziellen Bereich;
- Angepasste Weiterbildungsmodule sowie die Einführung von Vermittlungsateliers für ältere Arbeitsuchende.



5 GRENZÜBERSCHREITENDE ARBEITSVERMITTLUNG

Warum fehlen in der DG Fachkräfte? Der Blick auf die stetig steigenden Pendlerzahlen und das Lohnniveau im nahen Ausland lässt vermuten, dass die hiesige Wirtschaft Schwierigkeiten hat, die Fachkräfte zu binden. Um den Fachkräftemangel in der DG erfolgreich zu bekämpfen, sind angepasste Strategien nötig, die über die Vernetzung von Ausbildungsträgern hinaus gehen. Aus diesem Grund ist die grenzüberschreitende und interregionale Arbeitsvermittlung zu intensivieren. Primäres Ziel ist die Erhöhung der Komplementarität von Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten der Euregio Maas-Rhein und der Großregion.

EMPFEHLUNG

Die DG intensiviert die Kooperation mit den für die Arbeitsvermittlung zuständigen Stellen der angrenzenden Regionen. Hierbei bedient sie sich verstärkt der Eures-Plattform. Erforderlichenfalls schafft sie in Kooperation mit den Nachbarregionen eine eigene Vermittlungsplattform, die auch die privaten Arbeitsvermittler mit einbezieht.

Darüber hinaus erarbeitet die DG im Einvernehmen mit den Sozialpartnern einen Fachkräfte-Integrationsplan, der unabhängig von Konjunkturphasen angewendet werden kann und in seiner Konsequenz zur dauerhaften Integration der so akquirierten Fachkräfte und ihrer Familien führt.

4.6. DIVERSIFIZIERUNG UND ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT

1 DG ALS MARKE

Die Konzentrierung von Stärkefeldern und thematischen Schwerpunkten kann künftig dazu genutzt werden, dass sich die Region mit einem ganz anderen Profil präsentiert. Dies setzt voraus, dass künftige Investitionen, die Auswahl von Betrieben bzw. die Entwicklung von Dienstleistungen auf jene Stärkefelder konzentriert werden, die in der DG eine überragende Rolle spielen. Dies sind die Bereiche Holz, Kunststoff, Nanotechnologie/ Kunststoff, Mechatronik und hochwertige Lebensmittel. Daneben kann und muss der Bereich der Aus- und Weiterbildung als ein Stärkefeld der DG angesehen werden.

Für das jeweilige Stärkefeld gilt es, eine Top-Qualität zu erzielen und langfristig abzusichern sowie mit den Akteuren gemeinsam eine darauf aufbauende Marke für die DG zu etablieren. Die DG soll als Synonym für eine Qualitätsregion aufgebaut werden.

Bei der Entwicklung der DG als Marke unter Konzentration auf die erkannten Stärkefelder spielen so genannte weiche Standortfaktoren eine elementare Rolle. Darunter sind die hochwertige Ausstattung von Gewerbebezonen ebenso wie ein architektonisches Leitbild der Region bzw. hochwertige Angebote im Sozialbereich zu verstehen. Dies alles kann nur dann zu einem stimmigen Leitbild zusammengefügt werden, wenn die Region über ihre Stärken auch ihre Einzigartigkeit nach innen und außen kommuniziert.

In diesem Rahmen ist der für eine Marke sehr sperrige Begriff der "Deutschsprachigen Gemeinschaft" oder "DG" zu hinterfragen. Wenn sich dafür "Ostbelgien" nicht zwingend anbietet, wird es auch Aufgabe einer Markenbildung sein, einen nicht so stark erklärungsbedürftigen und leichter eingängigen Begriff zu suchen.

EMPFEHLUNG

Die Entwicklung der DG als Marke ist eine langfristige Herausforderung, die nur dann gelingen kann, wenn die bereits erkannten Stärkefelder entsprechend weiter entwickelt werden und über ihre Bündelung der für den Aufbau einer Marke DG erforderliche Markenkern erkennbar entsteht. Die DG ergreift die Initiative für den Aufbau einer Marke DG über eine Machbarkeitsuntersuchung.



2 STANDORTMARKETING - BEWUSSTSEINSKAMPAGNE

Die bisherigen Bemühungen im Bereich des Standortmarketings reichen noch nicht aus, um die Besonderheiten des Wirtschaftsstandorts DG so zu präsentieren, dass dadurch eine Vielzahl von Unternehmen unmittelbar profitieren kann. Es ist daher notwendig, dass eine Neuausrichtung des Standortmarketings erfolgt. In einem ersten Schritt geht es vor allem darum, bei den in der Region ansässigen Unternehmen ein auf die DG bezogenes „Gemeinschaftsgefühl“ soweit zu entwickeln, dass sie dann für gemeinsame Aktivitäten, gemeinsame Präsentationen oder andere Maßnahmen zu gewinnen sind.

EMPFEHLUNG

Die DG initiiert im Rahmen einer „Standortmarketing-Bewusstseinskampagne“ folgende Schritte:

- Kommunikation der Zugehörigkeit zur DG über ein entsprechendes Banner auf Homepage und Briefköpfen;
- Präsentation der DG über Unternehmen der DG auch bei Messepräsentationen dieser Unternehmen. Dazu ist es notwendig, dass die DG entsprechendes Material zur Verfügung stellt, z.B. ein Messetrolley mit entsprechenden Inhalten, der den Firmen für die Präsentation der Region zur Verfügung gestellt wird;
- Konzipierung der „zehn guten Gründe“ für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber, sich für den Standort DG oder ein Unternehmen in der DG zu interessieren. Diese Textmodule können dann auf vielfältige Weise von den Unternehmen eingesetzt werden;
- Einheitliches Text-, Grafik- und Bildmodul zur Integrierung in die Homepage der einzelnen Unternehmen, um allen interessierten Unternehmen eine inhaltlich ansprechende Präsentation der Region „Deutschsprachige Gemeinschaft“ anzubieten;
- Gewinnung von Testimonials, welche die Standortvorteile der DG herausstellen. Besonders wertvoll wären Menschen, die Karriere in der Welt gemacht haben und in die DG zurückgekommen sind;
- Nutzung des Netzwerks „Ostbelgien in der Welt“, um solche Personen auch in der DG vorzustellen und so das kollektive Selbstwertgefühl zu erhöhen;
- Fortführung der „Wochen der DG“ mit einem stärkeren Fokus auf der Präsentation des Standorts;
- Stärkere Nutzung und Präsentation der Regierung als „Türöffner“.

Nach einer so erfolgten „Standortmarketing-Bewusstseinskampagne“ kann eine eigenständige Standortmarketing-Kampagne der DG erfolgen. Dabei ist zu erwägen, das Marketing des Wirtschaftsstandorts DG mit dem touristischen Destinationsmarketing strategisch zu bündeln.

Auf der Basis einer so erfolgten Bewusstseinskampagne einerseits und einer Bündelung der Standortmarketingansätze andererseits kann dann eine eigenständige Standortmarketingkonzeption entwickelt werden.



3 GEWERBEFLÄCHENKONZEPT

Mit der Neuauflage eines regional abgestimmten „DG-Gewerbeflächenkonzeptes“ soll eine individuelle Nutzungs- und Vermarktungsstrategie der Gewerbeflächen ermöglicht werden. Dabei gilt es, vermehrt qualitative Faktoren in die endgültige Standortentscheidung einfließen zu lassen, um den Gewerbestandorten dauerhaft ein deutlicheres Profil – vor allem im Wettbewerb mit anderen Regionen – zu geben.

Es geht dabei um Fragen wie:

- Welche spezifischen Eigenschaften, strukturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede können für ausgewählte Gewerbestandorte hervorgehoben werden?
- Welche Standortprofile können für ausgewählte Standorte herausgearbeitet werden?
- Welche Nutzungskonzepte und Attraktivität bieten neue Gewerbestandorte in der DG?

Die in der DG vorhandenen Gewerbeflächen reichen nur noch für eine absehbare Zeit, ehe sie einer umfassenden gewerblichen Nutzung zugeführt sind. Die zur Zeit entstehende überregionale Industriezone im Norden macht dabei weitere langfristige Planungen für Ausweisungen von zusätzlichen Gewerbeflächen nicht überflüssig.

Bei der Neufassung eines Gewerbeflächenkonzeptes für die DG muss unterschieden werden zwischen den Interessen der am Ort bestehenden Handwerksbetriebe, die eine betriebliche Erweiterung wünschen und jungen Existenzgründern und aktiven Unternehmensansiedlungen im Sinne einer Clusterbildung. So werden für die ortsnahe Erweiterungsflächen bei Gewerbebauten alle Maßnahmen zu berücksichtigen sein, die mit der Nähe zur Wohnbebauung zu tun haben und die ein dauerhaft kreatives Miteinander von Wohnen und Arbeiten ermöglichen. Dabei müssen eventuelle und auch erst längerfristig geplante betriebliche Erweiterungen bereits in dieser Phase berücksichtigt werden und in den Aussagen eines neuen Gewerbeflächenkonzeptes ihren inhaltlichen Niederschlag finden.

Weiterhin wird es erforderlich sein, zusätzliche Gewerbeflächen zu entwickeln, die im Sinne von aktiver Unternehmensansiedlung thematisch ausgerichtet sind. Eine solche Clusterbildung sollte vor allem die Stärken der DG deutlicher herausstellen, die dann im Wettbewerb mit anderen Regionen zu einem schärferen Profil beitragen können. Eine solche thematische Konzentration oder Clusterbildung bietet außerdem die Chance, vorhandene und potenzielle Arbeitskräfte stärker und offensiver an die Region zu binden. Es ist zu berücksichtigen, dass eine Clusterbildung in vielen Fällen auch die Grenzen der DG überschreiten wird. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, dass für zentrale Bereiche – also die Schwerpunkt-Handlungsfelder der DG – die Initiative zur Clusterbildung von der DG ausgeht und damit auch die Koordinierung hier angesiedelt bleibt.

Ein neues Gewerbeflächenkonzept sollte vor allem auch auf den Ansatz eines nachhaltigen Produktdesigns setzen und neue Ansätze für regionale Stoffströme suchen. Für die Gewerbeflächen sind eindeutige inhaltliche Qualitätsstandards zu formulieren, bei denen die Anbindung an das Verkehrsnetz, die Vorhaltung von sozialen Einrichtungen, die Einbindung in die meist auch touristisch attraktive Umgebung und die Architektur eine ebenso große Rolle spielen wie die Berücksichtigung möglicher Wertschöpfungsketten.

EMPFEHLUNG

In Abstimmung mit den Sozialpartnern und den Gemeinden erarbeitet die DG eine neue, gemeindeübergreifende Gewerbeflächenkonzeption. Dabei geht es sowohl um ortsnahe Erweiterungsflächen als auch um zusätzliche, thematisch ausgerichtete Flächen für die Akquisition neuer Unternehmen.



4 KLIMAFREUNDLICHE BAUWIRTSCHAFT

Die Themen Energieeffizienz und ökologisches Bauen werden künftig weiter an Gewicht gewinnen. Hier könnte sich die DG vor allem deshalb profilieren, weil sie eine mit der Region konkret im Zusammenhang stehende Kompetenz aufweisen kann. Zum einen gelten Regionen mit einem höheren Wärmedämmungsbedarf, wie etwa höher gelegene Gebirgsregionen mit breiter Klimaamplitude, als diejenigen, von denen dieses Innovationspotenzial erwartet wird. Zum anderen spricht die Nähe zu Deutschland und anderen deutschsprachigen Ländern dafür, dass die dort bereits seit längerer Zeit vorhandene Kompetenz bezüglich Energieeffizienz im Bauen in der DG einen besonderen Niederschlag erfährt. Aus diesem Grunde ist das Thema energieeffizienter Bausysteme ein wichtiger Bestandteil einer ökologisch orientierten und auf Arbeitsplatzschaffung ausgerichteten Wirtschaftspolitik der DG.

Beim Besuch einer Delegation der Europäischen Akademie aus Bozen/Südtirol wurde die erprobte Kampagne zum so genannten "Klimahaus" mit der dort vorhandenen Klimahaus-Agentur als übertragbares Beispiel vorgestellt. Es wurden Vorschläge unterbreitet, wie das in Südtirol vorhandene Wissen auf die DG übertragen werden kann.

EMPFEHLUNG

Die DG wird das Thema des ökologisch orientierten und energieeffizienten Bauens als eine Kompetenz ausbauen sowie Referenzpunkte für energieeffizientes Bauen entwickeln. Insbesondere wird sie das Südtiroler "Klimahaus-Projekt" auf seine Übertragbarkeit prüfen.

5 MECHATRONIK ALS NEUES KOMPETENZFELD

Die in der DG vorhandenen Kompetenzen im Bereich Elektrotechnik und Feinmechanik in Verbindung mit Informatik ermöglichen Ansätze zu einer neuen Kompetenzfeldformulierung im Bereich der so genannten Mechatronik. Darunter wird das interdisziplinäre Zusammenwirken mechanischer, elektronischer und informationstechnischer Elemente und Module in entsprechenden Systemen verstanden. Das Zukunftsfeld Mechatronik bietet Perspektiven für ein Mechatronik-Cluster, bei dem gerade kleinere Unternehmen eine Chance haben. Im Rahmen des Marshallplans der Wallonischen Region stellt dieses Thema ebenfalls ein Handlungsfeld dar. Synergien können hier möglicherweise genutzt werden.

EMPFEHLUNG

Die DG prüft die Möglichkeit, die Mechatronik als neues Handlungsfeld bzw. Cluster für die DG aufzubauen.

6 AUFWERTUNG DER DESTINATION OSTBELGIEN

Die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann eine Chance für die unmittelbaren und mittelbaren Nachbargemeinden darstellen. Gemeinsam mit ihren Gemeinden kann die DG ihren Nachbarn in Belgien bei der Umsetzung zahlreicher Vorhaben eine engere Kooperation anbieten. Im Sinne einer effektiven Vernetzung werden solche regions- oder gemeinschaftsübergreifenden Kooperationen immer dann aktiv genutzt, wenn sie für alle beteiligten Partner einen Mehrwert bieten. Dabei bleiben die jeweiligen politisch-administrativen Strukturen unangetastet.

Die Etablierung einer Destination Ostbelgien bietet sich zum Beispiel im Rahmen des Tourismus-Marketings für eine Gebietskulisse hochwertiger Produktvermarktung sowie die Vermarktung einer Genuss-Region an.

EMPFEHLUNG

Die DG bietet ihren unmittelbaren und mittelbaren Nachbarn an, im Bereich der Standortpolitik in Form von konkreten Vorhaben zusammen zu arbeiten. Die Gemeinschaft baut entsprechende Strukturen und Instrumente zur Kooperation mit den Nachbarn auf.

7 TOURISMUS-LEITBILD UND INFRASTRUKTURPLAN TOURISMUS

Der Tourismus bildet nicht nur hinsichtlich seines wirtschaftlichen Potenzials, sondern in seiner Funktion im Rahmen der Imagebildung und Außenkommunikation einen wesentlichen Faktor der zukünftigen Entwicklung der DG. Vor diesem Hintergrund ist es wesentlich, eine zielgerichtete strategische touristische Entwicklung in die regionale Entwicklung einzubinden.

EMPFEHLUNG

Die DG entwickelt ein neues Tourismus-Leitbild. Ziel ist, Themen, Produkte, Marketing, touristische Information und die Zusammenarbeit marktgerecht weiter zu entwickeln und neue Akzente zu setzen. In Abstimmung mit dem Natur- und Landschaftsschutz ist darüber hinaus im Rahmen eines neu zu erstellenden globalen Raumordnungskonzeptes ein touristischer Infrastrukturplan als räumliches Leitbild für die infrastrukturelle Planung sinnvoll. Er soll als Gesamtplan Infrastrukturprojekte und den Ausbau des Rad- und Wanderwegenetzes enthalten sowie notwendige Maßnahmen zur Pflege und Qualitätsentwicklung vorsehen.

8 MARKETINGKONZEPT “LEITPRODUKTE”

In Rahmen eines Marketingkonzeptes sind die vorhandenen Leitthemen entsprechend den Zukunftsthemen der DG weiter zu entwickeln, zu akzentuieren und anhand von Leitprodukten zu verankern. Schwerpunktbereiche zur weiteren Entwicklung sind Genuss und Wellness, Naturerlebnis, Wandern und Radfahren sowie die Einbindung kultureller DG-spezifischer Elemente in Abstimmung mit dem kulturtouristischen Konzept.

EMPFEHLUNG

Die DG entwickelt ein Marketingkonzept für die Tourismus-Destination Ostbelgien. Als Bestandteil dieser Marketingstrategie soll ein Maßnahmenplan zur Produktentwicklung, Qualitätsentwicklung und zum Qualitätsmanagement erarbeitet werden.

9 KOMMUNIKATIONSLINIE – INFORMATIONSD- UND ORGANISATIONSKONZEPT

Der Tourismus benötigt zu seiner weiteren Profilierung eine Kommunikationslinie, die mit ihren Hauptaussagen, Schwerpunktthemen und ihrem Corporate Design auf die lokale Ebene herunter gebrochen werden kann. Um die touristischen Akzente in der Fläche umzusetzen, ist darüber hinaus im Rahmen eines Informations- und Organisationskonzeptes eine Arbeitsstruktur für die verschiedenen Ebenen der touristischen Zusammenarbeit in der DG zu entwickeln, mit der eine größere Durchgängigkeit der touristischen Arbeit auf kommunaler Ebene gewährleistet werden kann. Das Verkehrsamt der Ostkantone muss entsprechend strukturiert, seine Aufgaben müssen weiter präzisiert werden. Darüber hinaus sind Vorgaben zu einer vernetzten Struktur, Verteilung, Zahl und Funktion touristischer Informationsstellen zu konzipieren. Im Rahmen des Konzeptes werden Aufgaben, Inhalte, Zuständigkeiten sowie standardisierte Qualitätskriterien für die Serviceleistungen der touristischen Informationsstellen definiert.

EMPFEHLUNG

Die DG entwickelt eine auf der Marke und dem Tourismus-Leitbild aufbauende Kommunikationslinie sowie ein Informations- und Organisationskonzept für den Tourismus. Dabei wird das Verkehrsamt der Ostkantone umstrukturiert und seine Aufgaben werden präzisiert. Der unmittelbare Zuständigkeitsbereich des Verkehrsamtes ist die Deutschsprachige Gemeinschaft. Die Vermarktung der DG erfolgt im Rahmen der Destination Ostbelgien in Zusammenarbeit mit Partnern in den Nachbargemeinden und deren überörtlichen Strukturen.

10 TOURISTISCHER MONITOR

Zur dauerhaften Verbesserung der touristischen Datenlage der DG sowie der weiter gefassten Destination Ostbelgien wird ein jährlicher "Touristischer Monitor" entwickelt, der die zentralen touristischen Daten dokumentiert. Hierzu werden in Zusammenarbeit mit den Kommunen Informationsnetzwerke aufgebaut sowie regelmäßige Besucher- und Betriebsbefragungen durchgeführt. Grundlage des Monitors bildet ein Konzept, das die zu erhebenden Daten, Quellen und Zeiträume festlegt.

EMPFEHLUNG

In Kooperation mit den Kommunen und privaten Partnern legt die DG für die Tourismus-Destination Ostbelgien einen "Touristischen Monitor" auf und kommuniziert dessen Inhalte. Dieser Monitor dient auch der kontinuierlichen Vermittlung des Wirtschaftsfaktors Tourismus.



4.7. INNOVATION UND TECHNOLOGISCHER WANDEL

1 INNOVATION ALS GEISTESHALTUNG

Das Regionale Entwicklungskonzept (REK) der DG soll im wirtschaftlichen Bereich einen wesentlichen Akzent setzen, um zu mehr Innovation zu gelangen. Zunehmend erkennen Unternehmen und Managementberater, dass nicht nur im Benchmarking und in Best practice ein erfolgreicher Weg gesucht werden kann, sondern vor allem dadurch, zu außergewöhnlichen Ideen bereit zu sein und neue Denkweisen selbst zu entwickeln. Nur wenn in der Wirtschaft eine Geisteshaltung Raum erhält, in der Querdenker als Persönlichkeiten verstanden werden, die zwar am Status quo rütteln, aber damit bessere Ergebnisse anstreben, befinden wir uns auf einem Weg, bei dem "Innovation als Geisteshaltung" voll akzeptiert ist.

Um erfolgreich zu sein, müssen Unternehmen oder Regionen außergewöhnliche Ideen und Denkweisen zunächst akzeptieren und danach systematisch fördern. Es geht dabei einmal um den unvoreingenommenen Blick auf bestehende Märkte und Zielgruppen; zum anderen geht es um den Mut, Branchendogmen konsequent in Frage zu stellen. Dazu kommt die in einem Unternehmen oder in einer Region gegebene Möglichkeit, über entsprechende Plattformen neuen Ansätzen eine Chance einzuräumen, wenn dem scheinbar unverrückbare ökonomische und gesellschaftliche Wahrheiten entgegenstehen. Schließlich erfordert eine solche Philosophie in der Region ein Klima von Sicherheit, um diese Ideen tatsächlich verwirklichen und bis dahin unversuchte Wege einmal konkret beschreiten zu können.

Gerade bei kleineren und Kleinstunternehmen – wie in der DG – besteht eine einzigartige Chance und Perspektive, diese permanente Innovation konkret anzugehen, um damit einen Spitzenplatz in den jeweiligen Branchen einzunehmen. Daher sollten Unternehmer, Führungskräfte, Wirtschaftsförderer und Politik real eine Atmosphäre schaffen, die den Nährboden für kreative Ideen fördert. Dies setzt ungewöhnliche Zusammenstellungen von Projektteams voraus, erfordert einen Mix von Altersgruppen, Kulturen und Fachgebieten.

Gerade innovativ und hochgradig erfolgreiche Regionen oder Unternehmen zeichnen sich nachgewiesenermaßen durch solche heterogene Strukturen aus. Ein Beispiel dafür ist die Mittelstands-Initiative "Top 100", welche jährlich in Deutschland mittelständische Unternehmen prämiert, die durch ihre innovative Kraft bestechen. Im Rahmen dieser Mittelstands-Initiative werden vor allem solche Unternehmen ausgezeichnet, welche die Kultur des Querdenkens fördern und damit sehr erfolgreich am Markt agieren (www.top100.de).

EMPFEHLUNG

Im Rahmen der Umsetzung des REK ist eine Struktur zu schaffen, in der Innovation als Geisteshaltung begrüßt und mit Begeisterung aufgenommen wird, um die Unternehmen der Region in einem Maße zu inspirieren, wie dies durch traditionelle Vorgehensweisen eher schwierig zu gestalten ist. Die DG initiiert daher eine Arbeitsgruppe von kreativen Unternehmen aus der Region, welche die Grundlage für einen solchen neuen Ansatz z.B. über einen Wettbewerb legt. Auf dieser Basis erhalten entsprechende innovative und unternehmensübergreifende Initiativen (z.B. als Arbeitstitel "DG.topinnovativ") eine Entwicklungschance.

2 INNOVATIONS- UND GRÜNDERNETZWERK IN DER DG

In der DG wurde eine Kooperation mit umliegenden Bildungs- und Forschungseinrichtungen bislang zu wenig aktiv betrieben. Es ist daher notwendig, ein Innovations- und Gründernetzwerk zu forcieren, das mit den umliegenden Hochschulen aktiv und offensiv kooperiert, um eine leistungsstarke Anlaufstelle für potenzielle Existenzgründer zu schaffen.

Um die umliegenden Hochschulen für eine solche Kooperation zu gewinnen, muss die Zusammenarbeit auf sehr konkreter Ebene angebahnt werden. Der interdisziplinäre Ansatz eines Innovations- und Gründerzentrums muss von der DG ausgehen, wobei zu einem solchen Zeitpunkt nicht unbedingt festgelegt sein muss, wer am Ende der Betreiber des Zentrums sein wird. Im Rahmen eines INTERREG-Projektes läuft derzeit eine Prüfung für ein Zentrum für nachhaltiges Bauen und Holz, dessen Ergebnisse hier ebenfalls integriert werden können.

Zur Initiierung eines solchen Ansatzes wird es notwendig sein, dass die DG eine Initiative startet, bei der interessierte Unternehmen im Rahmen eines Brainstorming klären, auf welche Themen und Bereiche sich ein derartiges Innovations- und Gründernetzwerk konzentrieren soll. Ausgangspunkt stellen dabei die thematischen Cluster dar, die sich aus der Regionalanalyse ergeben (siehe Punkt 3).

Auf der Basis dieser breit abgestimmten Vorentscheidung kann dann durch die DG eine entsprechende Initiative in Richtung von adäquaten Lehrstühlen unterschiedlicher Hochschulen vorgenommen werden. In jedem Fall ist es notwendig, dass die DG hierbei das Heft des Handelns in der Hand behält und dass die Inhalte, der Grad und die Intensität der Kooperation mit den Hochschulen, nicht durch diese alleine festgelegt werden. Die DG muss sich als Brückenkopf und Initiator verstehen und agieren, um die Vernetzung mit den Hochschulen zu entwickeln und zu etablieren.

Im Rahmen eines solchen Innovations- und Gründernetzwerks könnten Dienstleistungen wie "Scouting" für Wissens- oder Technologietransfer angeboten werden, es könnten Betriebs-Checks unterbreitet oder Expertennetzwerke aufgebaut und Expertengesprächsstunden (z.B. für Patententwicklung) angeboten werden. Ein solches Zentrum wird nur dann seine Wirkung für die Unternehmen in der DG voll entfalten können, wenn von ihm eine entsprechende Vertrauensbildung ausgeht und die Beziehung zu den Unternehmen sukzessive aufgebaut wird. Im Hinblick auf verschiedene fachspezifische Ansätze ist es daher sinnvoll, entsprechende Schnittfeld-Kompetenzen aufzubauen, um unter Umständen auch eine Dependence einer anderen Forschungseinrichtung etablieren zu können.

Wenn aus dem Kompetenznetzwerk und den darin eingebundenen Unternehmen heraus ein eindeutiges und klares Bedürfnis für einen bestimmten inhaltlichen Ansatz erkennbar geworden ist, ist ebenfalls denkbar, die Finanzierung eines Stiftungslehrstuhls, gegebenenfalls ergänzt um Doktoranden-Stipendien, ins Auge zu fassen.

In dem Innovations- und Gründernetzwerk können folgende Aufgaben gebündelt werden:

- Dialogplattform mit Fakultäten oder Forschungsinstituten
- Aufbau verschiedener Expertenpools (Expertensprechstunden)
- Scouting
- Betriebs-Checkups
- Förderung von Spinoff-Unternehmensgründungen

- IT-Tutoren
- Experten-Netzwerke
- Senior-Service der DG
- Fördermittel-Akquisition für Unternehmen
- Bündelung von Clustern
- Stiftungslehrstuhl sowie Doktoranden-Stipendien.

EMPFEHLUNG

Die DG erteilt den Auftrag, die Voraussetzungen zur Etablierung eines Innovations- und Gründernetzwerks zu erarbeiten. Die Unternehmen der DG sollten aktiv und offensiv an diesem Prozess beteiligt werden.

3 CLUSTER-BILDUNG

Eine thematische Schwerpunktsetzung erscheint – auch unabhängig von der Ausweisung neuer Gewerbeflächen – notwendig, um die DG dauerhaft und erkennbar als eigenständigen, wettbewerbsfähigen Lebens- und Wirtschaftsraum innerhalb der Euregio Maas-Rhein und zwischen den Metropolregionen zu positionieren. Dabei sind die Schwerpunkte auf jene Bereiche zu lenken, für die Ressourcen, Kompetenzen und regionale Wertschöpfungsketten vorhanden sind oder neu aufgebaut werden können. Diese Schwerpunktsetzung darf nicht dazu führen, andere Wirtschaftsbereiche zu vernachlässigen. Im Sinne von Cluster-Bildung geht es darum, einen gezielten Know-How-Transfer für diese Bereiche anzubieten. Dabei ist es wichtig, dass die Clusterbildung sich nicht an den Grenzen der DG orientiert, sondern sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Branche ausrichtet.

EMPFEHLUNG

Die DG initiiert aktiv die Gründung von überregionalen Clustern in den Bereichen:

- Präzisionsmechanik bzw. Mechatronik
- Kunststoffe und Holz
- Biokunststoffe und Nanotechnologie
- Holz und Bauen
- Möbel- und Holzdesign
- Energieeffizientes Bauen
- Landwirtschaft und hochwertige Lebensmittelverarbeitung
- Wirtschaftliche Dienstleistungen und kleinere Handelsunternehmen.

Diese Stärkefelder werden als Cluster durch inhaltliche Programme und eine entsprechende Kommunikation über das ebenfalls zu konzipierende Innovations- und Gründernetzwerk sichtbar gemacht und aktiv betreut.

4 DG ALS FILMLANDSCHAFT

Zunehmend sind starke Regionen daran interessiert, ihre jeweilige Region als leistungsfähige Filmlandschaft zu präsentieren, um auf diese Weise vom Cross-Marketing-Effekt eines solchen Ansatzes zu profitieren. Das Medienzentrum positioniert bereits die "Filmlandschaft DG".

Filmproduktionen benötigen in der Regel ein Anreizsystem, um bestimmte Locations auszuwählen. Ein solcher Ansatz beinhaltet Hilfestellung für die Aufnahme-Unternehmen, um Produktionsbudgets durch die Bereitstellung von optimalen Rahmenbedingungen zu entlasten. Dies kann bis hin zu der Frage gehen, dass gegebenenfalls Unterkünfte und Verpflegung zur Verfügung gestellt werden, wenn im Gegenzug die Region publikumswirksam in Szene gesetzt wird.

Auch für die Kooperation zwischen Film- und Tourismuswirtschaft besteht ein großes Potenzial, das künftig stärker ausgenutzt werden sollte.

EMPFEHLUNG

Das Medienzentrum der DG wird in die Lage versetzt, die Filmlandschaft der DG noch besser zu inszenieren und vor allem offensiv zu vermarkten, damit sie von Filmproduzenten dauerhaft als attraktiver Standort wahrgenommen werden kann. Dies kann in einer Kampagne unter dem Arbeitstitel "cinemaDG" erfolgen.



4.8. NACHHALTIGKEIT

1 NACHHALTIGE UNTERNEHMENSFÜHRUNG FÜR KLEIN- UND KLEINST-UNTERNEHMEN

Bei der Unternehmensstruktur in der DG erscheint es wichtig, dass über das IAWM und die beiden Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand eine Weiterbildungsinitiative angeboten und durchgeführt wird, mit der die Betriebe in die Lage versetzt werden, Nachhaltigkeitsansätze zu realisieren. Gerade Klein- und Kleinstunternehmen haben in der Regel nicht die Zeit, um sich über alle Möglichkeiten auf diesem Gebiet zu informieren.

EMPFEHLUNG

Die DG wird den Klein- und Kleinstunternehmen Weiterbildungs- und Beratungsmodule anbieten, damit Grundsätze von Nachhaltigkeit in den Unternehmen zeitnah umgesetzt werden können.

2 INTEGRIERTES ROADMAPPING

Im Interesse nachhaltiger Unternehmensstrategien stellt "Roadmapping" eine Methode der Zukunftsforschung dar, welche zunehmend zur Identifizierung nachhaltiger technischer Produkte und Prozesseigenschaften genutzt wird. Das Roadmapping ist ein kreatives Analyseverfahren, mit dem die Entwicklungspfade von Produkten, Dienstleistungen und Technologien in die Zukunft hinein prognostiziert, analysiert und visualisiert werden. Mit diesen Daten kann der Innovationsprozess eines Unternehmens marktgerecht gesteuert werden. Über die systematische Bündelung von Einzelthemen stellt diese Methode mittel- und langfristiges Wissen in Form einer so genannten Roadmap bereit, welche als Grundlage für die Erarbeitung von Handlungsoptionen dient. In diesem Sinne berücksichtigt Roadmapping politische, ökonomische, ökologische, technologische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Trends. Dabei werden die Nachhaltigkeitsdimensionen in der Regel als so genannte "Leitplanken" einbezogen und an den passenden Stellen integriert. Bei der Erstellung werden die verschiedenen Unternehmen und die mit ihnen in Verbindung stehenden oder auf sie einwirkenden Akteure kommunikativ vernetzt, um so einen dauerhaften Lernprozess auszulösen.

EMPFEHLUNG

Die DG initiiert ein Modellprojekt für einen noch auszuwählenden Unternehmensbereich aus den Stärkefeldern der DG, um die Erstellung einer Roadmap gemeinsam mit interessierten Akteuren zu erproben. Damit sollen auf der Basis der Erkenntnisse heutiger Einflussfaktoren die Herausforderungen der Zukunft über Trendanalysen und Zukunftsbilder so verdichtet werden, dass eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie dieser Unternehmen erreicht werden kann.



3 REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE

Regionale Wirtschaftskreisläufe stellen ein wesentliches Ziel einer Nachhaltigkeitspolitik dar. Der Wert regionaler Wirtschaftskreisläufe ist unbestritten, aber nur selten gibt es reale Ansatzpunkte, um hierfür entscheidende Weichenstellungen vornehmen zu können. In der DG bieten sich dazu verschiedene Möglichkeiten an. Diese liegen unter anderem in:

- der Festigung der Rahmenbedingungen für die Klein- und Kleinstunternehmen der DG mit ihrer stabilen Struktur;
- der Sicherung der Kaufkraft in der Region durch eine Erhaltung dezentraler Nahversorgungseinrichtungen;
- der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft über eine Diversifizierung ihrer Produktentwicklung;
- der Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität in den Dörfern, um eine flächen- und ressourcenschonende Umweltpolitik zu realisieren.

EMPFEHLUNG

Die DG gibt eine Informationsbroschüre mit einer Sammlung guter Beispiele heraus, um den Ansatz der Etablierung regionaler Wirtschaftskreisläufe stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben. Mit praxisorientierten Beispielen zu regionalen Wirtschaftskreisläufen sollen vor allem Unternehmen und Kommunen angeregt werden, die aufgezeigten Beispiele auf ihren jeweiligen Verantwortungsbereich herunterzubrechen und konkrete Umsetzungsschritte zu veranlassen.

4 ETABLIERUNG VON KRITERIEN FÜR EINEN NACHHALTIGKEITS-CHECK

Um nachhaltige Ansätze zu etablieren, bedarf es eindeutig festgelegter Messdaten und Kriterien, um auf dieser Basis einen entsprechenden Nachhaltigkeits-Check durchführen zu können.

Mit einem Nachhaltigkeits-Check sollen Nachhaltigkeitsziele in das öffentliche Bewusstsein gehoben, eine Transparenz bei Entscheidungsprozessen gewährleistet, Akteure sensibilisiert und flexiblere Planungsprozesse unterstützt werden.

EMPFEHLUNG

Die DG initiiert die Einführung eines Nachhaltigkeits-Checks als Beitrag zur Sicherung der Lebensqualität, der Beschäftigung sowie zur Umweltentlastung. Hierzu werden für ausgesuchte Bereiche Zielsysteme der Nachhaltigkeit und Kriterien definiert.

Der Nachhaltigkeits-Check soll insbesondere die Kommunen und die für Planung zuständigen Dienststellen innerhalb der DG in die Lage versetzen, den aufgestellten Nachhaltigkeitskriterien mittel- bis langfristig zu genügen. Dabei soll auf die Erfahrungen, die an anderen Stellen bereits gemacht worden sind, aufgebaut werden.

4.9. WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

1 DIVERSIFIZIERUNG DER GRÜNLANDBETRIEBE

Nur wenn das Grünland dauerhaft gesichert werden kann, wird die Landschaftsqualität und mit ihr ein Grundkapital des Tourismus erhalten. Das Grünland ist durch seine aktuelle einseitige Orientierung auf Milchviehhaltung extrem anfällig. Nicht erst die aktuelle Diskussion um die Milchpreise, Milchlieferboykotts und die zunehmende internationale Konzentrierung der Milchpreisbildung, sondern auch das absehbare Auslaufen der europäischen Milchquote im Jahre 2015 sowie die anstehende EU-Agrarreform machen transparent, welche Probleme sich für die Landwirtschaft und damit für Grünlandregionen wie die DG abzeichnen. Das absehbare Ende einer flächendeckenden Milcherzeugung hat durch Milchbörsen und Quotenhandel längst begonnen. Schon heute wandert die Milcherzeugung massiv in rentablere Flächen des nordeuropäischen Tieflandes. Es müssen daher im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und im Interesse der Landschaftsqualität Lösungen gesucht werden, wie sich die Grünlandbetriebe diversifizieren können.

EMPFEHLUNG

Die DG setzt sich dafür ein, im Rahmen eines Forschungsprojekts betriebswirtschaftlich geeignete und für Eifel bzw. das Eupener Land passende Formen der Grünlandveredelung zu erproben, die zu einer Erweiterung der Produktpalette, zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen, zur Erhaltung der Landschaftsqualität sowie zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit beitragen.



2 PREMIUM-MILCH AUS DER DG

“Milch von Kühen aus natürlicher Weidehaltung” ist ein hochwertiges naturnahes Produkt, und eine stark zunehmende Klientel sucht genau diese Produkte. Tatsächlich aber ist der Auslauf unter freiem Himmel im konventionellen Milcherzeugerbetrieb nicht vorgeschrieben, selbst im Bio-Betrieb wird der Weideaustrieb nur empfohlen. Eine “Milch aus Grasfutter und Weidehaltung” verfügt über alle Voraussetzungen für ein hochwertiges Premium-Produkt. Der eindeutig kommunizierbare Zusatznutzen wird von den Konsumenten in einem hohen Maße akzeptiert, da sie dies in der Regel ohnehin voraussetzen und ihnen die tatsächlichen Rahmenbedingungen der Milcherzeugung verborgen bleiben. Es muss ihnen daher transparent gemacht werden, dass diese Produkte einer so gekennzeichneten Milch (“Premium-Milch – natürliche Weidehaltung”) tatsächlich von Tieren stammen, die ihren natürlichen Lebensrhythmus noch beibehalten konnten. Die höheren Kosten einer solchen Weidetierhaltung können bei den Erwartungen der zunehmend auf Qualität ausgerichteten Konsumenten kompensiert werden, vor allem wenn diese Milch zusätzlich gentechnisch unverändert und silofrei erzeugt worden ist, und sich damit weitere interessante Veredelungsstufen und Einkommensperspektiven ergeben.

EMPFEHLUNG

Die DG regt an, in einem räumlich eindeutig abgegrenzten Naturraum der DG ein Weiderind-Projekt mit ganzheitlichem Ansatz inklusive aller Veredelungsstufen durchzuführen. Mit diesem Lösungsansatz soll sich der Erhalt hochwertiger Grünlandstandorte der DG mit attraktiver Gestaltung des Landschaftsbildes langfristig finanziell selbst tragen. Mit einer solchen Strategie wird die extensive Grünlandnutzung langfristig von Subventionen unabhängig und die Milchproduktion kann zunehmend von der wieder erwachenden Selbstverantwortung und Wertschätzung der Verbraucher/innen aktiv unterstützt werden.

Die Initiative hierzu kann möglicherweise in einem europäischen Forschungsprojekt gemeinsam mit Deutschland erfolgen. Eventuell vorhandene Probleme mit einer ausreichenden Trocknung des erzeugten Heus aus dieser neuen Bewirtschaftungsform werden im Rahmen des Modellvorhabens analysiert und es werden dazu realisierbare und ökologisch wie ökonomisch tragbare Lösungen für die Betriebe aufgezeigt.

3 KÄSEPRODUKTION ALS HÖHERE WERTSCHÖPFUNGSSTUFE

Wenn in der DG in nennenswerter Menge Milch aus Weidehaltung und vor allem ohne Silagezufütterung erzeugt wird, besteht eine zentrale Voraussetzung für eine weitere Veredelungsstufe auf größerer Fläche für die Herstellung von Käse.

EMPFEHLUNG

Die DG regt an, die Voraussetzungen zu ermitteln, in welcher Menge und mit welchen Sorten Käse aus Grünlandbetrieben der DG hergestellt werden kann. Mit diesem Ansatz sollen landwirtschaftliche Betriebe leistungsfähig gehalten und betriebliche Erweiterungen ermöglicht werden, die zur Neuschaffung von Arbeitsplätzen führen.

4 LANDWIRTSCHAFTLICHER BEITRAG ZU EINER WOHLFÜHLREGION

Die Markenpositionierung der DG als eine touristische Wohlfühlregion erfordert wesentliche Bausteine aus der Landwirtschaft. Dazu zählen Lebensmittel-Produktveredelungen in allen Bereichen, Molke als kosmetisches und therapeutisches Produkt in der Wertschöpfungskette der Käseherstellung, das Thema Heutherapie und Heubäder sowie touristische Qualitätsangebote auf den Bauernhöfen.

EMPFEHLUNG

Die DG regt an, die Realisierung diversifizierter Wertschöpfungsgewinne für landwirtschaftliche Betriebe der DG zu ermitteln und konkrete Handlungsempfehlungen heraus zu geben.

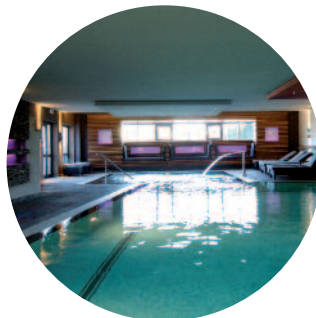
5 GENUSSREGION OSTBELGIEN

Zunehmend greifen naturräumlich geschlossene Räume die Herausforderung auf, sich als eigenständige Genuss-Regionen zu positionieren. Die Belgier verstehen sich zwar als Gourmets, doch hat die DG ihre Landschaften verbunden mit entsprechenden Genuss-Angeboten bisher noch nicht stark genug akzentuiert.

In der Vernetzung von touristischer Dienstleistung, Gesundheits- und Wellnessangeboten, hochwertiger Lebensmittelverarbeitung und einer gehobenen Gastronomie wird nachvollziehbar, dass sich hier ein sehr effizienter Kreislauf etablieren und auf die Schwerpunkte Wohlfühlen, Gesundheit, Natur erleben und Kulinarik setzen kann.

EMPFEHLUNG

Die DG regt an, eine "Genussregion Ostbelgien" zu etablieren, über die kulinarische Themen, die Konzipierung von Routen, die Entwicklung von Erlebnis-Netzwerken, die Initiierung kulinarischer Erlebniswelten oder erlebbare Aktionen auch in den Betrieben selbst bewusst verankert werden. Das angestrebte Ziel liegt in einer eindeutigen Positionierung Ostbelgiens als eine überdurchschnittlich hochwertig erlebbare und mit Qualitätsprodukten ausgestattete Region.



6 ZUKUNFTSFÄHIGER WALDUMBAU

Mit dem Klimawandel werden zunehmend große Teile der Wälder in der DG vor dem Hintergrund ihrer – früheren Rahmenbedingungen geschuldeten – Baumartenzusammensetzung, die oft nicht der potenziell-natürlichen Baumartenmischung entspricht, instabil. Es besteht die Gefahr, dass sie vor Erreichen ihrer Zielstärkenalters genutzt werden müssen und somit geringere Erträge erbringen.

Die DG verfügt über einen nicht unerheblichen Waldanteil, und es ist wichtig, ein zukunftsfähiges Bewirtschaftungsziel zu verfolgen, nicht zuletzt da die Wälder zum visuell erlebbaren Landschaftsbild und damit zur touristischen Attraktivität beitragen. Dieses Bewirtschaftungsziel muss zwischen der Forstverwaltung und den Gemeinden abgestimmt sein. In diesem Sinne ergänzen und unterstützen die Kommunen mit einem gemeinschaftlich orientierten Handeln die Aufgaben der Forstverwaltung, die in ihrem Auftrag die Bewirtschaftung ihrer Wälder betreibt.

EMPFEHLUNG

Die DG setzt sich dafür ein, dass in enger Abstimmung mit den Gemeinden und der Forstverwaltung ein Konzept für eine Bewusstseinskampagne zum naturnahen Umbau der Wälder konzipiert und kommuniziert wird. Über die darin enthaltenen ökologisch und ökonomisch orientierten Ziele soll das Waldentwicklungskonzept aufzeigen, wie ökologisch stabile, ästhetisch ansprechende sowie langfristig ertragreiche Wälder entstehen und erhalten werden können.

7 ANFORDERUNGSPROFIL FÜR KURZUMTRIEBSWÄLDER

Vor dem Hintergrund des Klimawandels steigt die Bedeutung CO₂-neutraler Energie- und Wärmegewinnungspotenziale. Der Waldreichtum in der DG könnte daher eine interessante Biorohstoffreserve darstellen. Das dafür interessante Schwachholz findet derzeit jedoch einen besseren stofflichen Absatz.

Zusätzlich könnte Biomasse aus Kurzumtriebswäldern gewonnen werden. Dies sind vor allem neu aufgeforstete Kurzumtriebswälder auf landwirtschaftlichen Flächen. Für die Landwirte ist dies eine interessante Zusatzeinnahme, die mit langfristigen Abnahmeverträgen gekoppelt sein muss. Dabei können auch Flächen genutzt werden, die für die Produktion von Lebensmitteln bedenklich sind, beispielsweise Flächen in der Nähe zu stark befahrenen Straßen oder zu Industrie-Emittenten.

EMPFEHLUNG

Die DG setzt sich dafür ein, dass im Rahmen einer Machbarkeitsstudie das theoretische Flächen- und damit Massepotenzial ermittelt wird und ein ökologisches Anforderungsprofil an solche Kurzumtriebswälder erstellt wird. Damit wird eine Kampagne eingeleitet, um die Landwirte zu motivieren, ihre Flächen aktiv für eine solche Biorohstoff-Produktion zur Verfügung zu stellen.

4.10. UMWELTSITUATION UND NATURSCHUTZ

1 KOMMUNALE UND NACHHALTIGE ENERGIEVERSORGUNG

Die Gesellschaft erwartet zunehmend eine regional orientierte, umwelt- und verbraucherfreundliche sowie gleichermaßen preisgünstige Energieversorgung. Es ist daher naheliegend, dass die Gemeinden der DG dies als interkommunale Aufgabe eigenverantwortlich in die eigene Hand überführen und ihren eigenen Energiemix zusammenstellen. Dabei sollten sie als fachkundige Partner bereits bestehende Energieversorger einbinden.

EMPFEHLUNG

Die DG regt an, gemeinsam mit den Gemeinden der DG zu prüfen, ob die Übernahme einer regionalen Energieversorgung für marktgerechte Angebote und umfassende Energiedienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger eine sinnvolle Alternative darstellt. Bei positiver Prüfung ist die Gründung einer interkommunalen Gesellschaft vorzusehen, deren Gewinne dem Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung der DG bzw. ihrer Gemeinden zugeführt werden.

2 UNESCO-BIOSPHÄRENPAK OSTBELGIEN

Belgien verfügt bisher weder über einen Nationalpark, noch über einen UNESCO-Biosphärenpark. Für die letztgenannte Kategorie würde sich der Raum Ostbelgien anbieten. Mit Biosphärenparks will die UNESCO Modellregionen ausweisen, in denen aufgezeigt wird, dass und wie der Mensch die Natur ökonomisch nutzen kann ohne sie dadurch in ihren ökologischen Grundlagen dauerhaft zu zerstören. Eine besondere naturschutzfachliche Voraussetzung erwartet die UNESCO dabei nicht. In Biosphärengebiete fließen zunehmend Förder- und Forschungsmittel und sie bilden eine herausragende EU-Fördergebietskategorie. Regionen, die sich einer nachhaltigen Entwicklung verschreiben, können somit den Status als Biosphärenpark als Entwicklungsinstrument nutzen. Der Raum Ostbelgien erfüllt dafür alle Voraussetzungen, wobei der Naturpark Hohes Venn – Eifel und auch die Nachbarschaft zum Nationalpark Eifel in Nordrhein-Westfalen genutzt werden kann.

EMPFEHLUNG

Die DG lässt prüfen, ob ein Anerkennungsantrag bei der UNESCO für einen noch näher zu definierenden Raum Ostbelgiens Chancen auf Erfolg besitzt. Auf der Grundlage des Prüfungsergebnisses wird ein entsprechender Antrag über das belgische Komitee für das Programm "Der Mensch und die Biosphäre" bei der UNESCO in Paris gestellt. Dabei wird auch geprüft, wie der Naturpark in ein solches Instrument integriert werden kann.



3 ENTWICKLUNGSPROJEKT NATURPARK

Aufgabe des Naturparks Hohes Venn - Eifel ist der Schutz der Natur im Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung. Sieben Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegen ganz oder teilweise auf dem Territorium des Naturparks. Er kann somit in verschiedenen Handlungsfeldern zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung beitragen. Dazu könnten insbesondere folgende Aufgaben zählen:

- Unterstützung der Gemeinden bei allen naturraumrelevanten Arbeiten durch einen eigenen Naturpark-Pflegetrupp : Unterhaltsarbeiten an Fließgewässern und Gräben, Heckenpflege, Übernahme von Ausgleichsmaßnahmen für die Gemeinden;
- Übernahme von Pflegearbeiten in ausgewiesenen Naturschutzgebieten, soweit sie durch Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen und Aufgaben definiert sind;
- Unterstützung der Gemeinden bei der Erarbeitung von Gemeindeentwicklungsplänen im Hinblick auf Landschaftsplanung;
- Unterstützung der Gemeinden bei der Synthese und systematischen Erfassung der typischen Landschaftselemente und Lebensräume als DG-weite Datenbank;
- Unterstützung der Gemeinden bei Maßnahmen zum Monitoring der Umweltqualität;
- Beratung der Landwirte bei der Umstellung auf eine nachhaltige Landbewirtschaftung;
- Beratung der Landwirte zur Vorbereitung von Kooperationen, die der Entwicklung neuer Produkte im Sinne von Regionalentwicklung dienen;
- Unterstützung von Landwirten beim Aufbau von regionalen Vermarktungssystemen sowie Vertriebsstrukturen, die für die Vermarktung hochwertiger Produkte aus der Landwirtschaft bestimmt sind;
- Entwicklung eines Qualitätssicherungssystems für hochwertige Produkte aus Landwirtschaft und landwirtschaftlicher Veredelung einschließlich einer Zertifizierung zur Integration in regionale Qualitätsmarken-Vertriebssysteme;
- Unterstützung der Dienststellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei allen naturraumrelevanten Maßnahmen im Einzugsbereich des Naturparks und seiner Kommunen;
- Beratung der Gemeinden und touristischen Organisationen zur Entwicklung von nachhaltigen naturtouristischen Angeboten;
- Mitwirkung an einer gemeinsamen DG-weiten Strategie zur Entwicklung naturtouristischer Angebote und Infrastrukturen.

EMPFEHLUNG

Die Gemeinschaft beteiligt sich an der Trägerschaft des Naturparks und überträgt dieser Einrichtung Teilaspekte der künftigen Regionalentwicklung.



4.11. RAUMORDNUNG UND WOHNUNGSWESEN

1 ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT

Um die Deutschsprachige Gemeinschaft dauerhaft als konstituierenden Bestandteil des belgischen Staates verankern und als europäische Region weiterentwickeln zu können, muss die Zuständigkeit in den Bereichen Raumordnung und Wohnungswesen auf die Gemeinschaft übertragen werden. Dies ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unumstritten. Deshalb soll nach Ablauf der jetzigen Legislaturperiode die Frage der Übertragung der Kompetenz der Raumordnung von der Wallonischen Region an die DG operationell in Angriff genommen werden. Dies wird daher ab dem Jahre 2010 ganz wesentlich die Arbeit der DG prägen. Die aus diesem Grund eingerichtete Kommission Raumordnung und Wohnungswesen hat die dafür notwendigen ersten Vorarbeiten geleistet und in ihrem Bericht dargestellt, wie diese Zuständigkeiten gestaltet werden soll.

EMPFEHLUNG

Die DG setzt sich für eine Übertragung der Zuständigkeit für Raumordnung und Wohnungswesen von der Wallonischen Region ein. In beiden Bereichen werden Gesetzgebung, Planungswesen und Finanzierung im Detail untersucht und Vorbereitungen für den Tag der Übernahme der Zuständigkeit getroffen. Das Ministerium der DG wird in die Lage versetzt, entsprechendes Fachwissen aufzubauen.





2 ERARBEITUNG EINER SYSTEMATIK VON PLANUNGSINSTRUMENTEN

Schon im Vorfeld der Übertragung der Zuständigkeit Raumordnung muss eine neue Systematik von Planungsinstrumenten erarbeitet werden. Dazu gehört ein Regionaler Entwicklungsplan, der die Ziele des Regionalen Entwicklungskonzeptes räumlich verankert, eine grobe Zonierung vornimmt und Oberzentren definiert. Ein weiteres Instrument ist ein neuer Flächennutzungsplan, der die bestehenden Sektorenpläne ersetzen soll. Dabei ist vor allem zu untersuchen, welche Mechanismen bei der Umwidmung von Flächen zum Tragen kommen müssen. Ein wichtiges Instrument sind räumlich differenzierte Bauleitbilder, welche unter Berücksichtigung von umweltrelevanten und sozialen Aspekten eine harmonische Einbindung der Architektur in die sie umgebende Landschaft gewährleisten. Hinzu kommen abgestufte Planungsinstrumente für die kommunale Ebene.

EMPFEHLUNG

Im Rahmen der Übernahme der Kompetenz für Raumordnung und Wohnungswesen wird die DG eine Systematik von Planungsinstrumenten erarbeiten. Sie stützt sich dabei auf die Erfahrungen anderer Regionen.

3 NACHHALTIGES BAUEN UND ENERGIEEFFIZIENZ

Da Gebäude erhebliche Auswirkungen auf den Energieverbrauch haben, müssen sie Mindestanforderungen an eine Gesamtenergieeffizienz genügen. Dabei sind die klimatischen Verhältnisse vor Ort in besonderer Weise zu berücksichtigen. Hierzu sind Kriterien für nachhaltige Bauweisen zu formulieren und finanzielle Anreize zu schaffen. Für einkommensschwache Familien müssen besondere Finanzierungsmechanismen möglich gemacht werden. Der Energiepass muss für alle Gebäude verpflichtend eingeführt, Häuser mit hohem Energiestandard müssen entsprechend zertifiziert werden, zum Beispiel in Anlehnung an das Modell des Klimahauses in Südtirol. Bei der Förderung von Infrastrukturprojekten der DG muss nachhaltiges Bauen und Energieeffizienz ebenfalls Priorität haben. In Ausführung des Infrastrukturdekretes der Gemeinschaft sollen entsprechende Nachhaltigkeitskriterien in einem Regierungserlass verpflichtend vorgeschrieben werden.

EMPFEHLUNG

Nach Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung und Wohnungswesen fördert die DG nachhaltiges Bauen und die damit einhergehende Energieeffizienz durch die Entwicklung neuer Anreizinstrumente, welche die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Bauträger oder Nutzer berücksichtigt.

4 GEWÄHRLEISTUNG VON ATTRAKTIVEM WOHNRAUM

Vor allem im Norden der DG verursachen die hohen Baulandpreise häufig einen Umzug in kostengünstigere Regionen, meist frankophoner Nachbargemeinden. Um die damit zusammenhängenden negativen Strukturauswirkungen für die DG einzugrenzen, müssen neue Steuerungsmechanismen geschaffen werden. Dazu gehören unter anderem öffentliche Finanzinstrumente, um Bauland zu sozialverträglichen Preisen zur Verfügung stellen zu können, sowie die Verankerung von Vorkaufsrechten für die Gemeinschaft und die Gemeinden.

EMPFEHLUNG

Nach Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung und Wohnungswesen schafft die DG die notwendigen Instrumente, um gemeinsam mit den Gemeinden aktiv in den Immobilienmarkt eingreifen zu können.



5 BARRIEREFREIES BAUEN

Barrierefreies Bauen bedeutet, Wohnungen, Gebäude sowie öffentliche Orte so zu planen und zu bauen, dass sie von Menschen jeden Alters und mit jeder Beeinträchtigung ohne fremde Hilfe und ohne jegliche Einschränkung genutzt werden können. Bei Neubauten ist grundsätzlich Barrierefreiheit zu gewährleisten, um im Alter kostenaufwendige Umbaumaßnahmen hinfällig zu machen.

EMPFEHLUNG

Nach Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung und Wohnungswesen propagiert die DG barrierefreies Bauen als flächendeckendes Ziel. Zur Erreichung des Ziels werden gesetzliche Vorschriften und finanzielle Anreize in einem annehmbaren Verhältnis eingesetzt.

6 SICHERUNG DER NAHVERSORGUNG

Die Nahversorgung in den Dörfern und Weilern stellt ein zunehmendes Problem dar, da viele Produkte und Dienstleistungen nur in den Zentren angeboten werden. Daher sollten in der DG die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass öffentliche Dienstleistungsangebote wie Post oder Gesundheitsdienstleistungen mit privatwirtschaftlichen Dienstleistungen wie der Nahversorgung, Apotheken oder Geldinstituten über entsprechende "Dorf-Dienstleistungszentren" gebündelt und damit dauerhaft angeboten werden können.

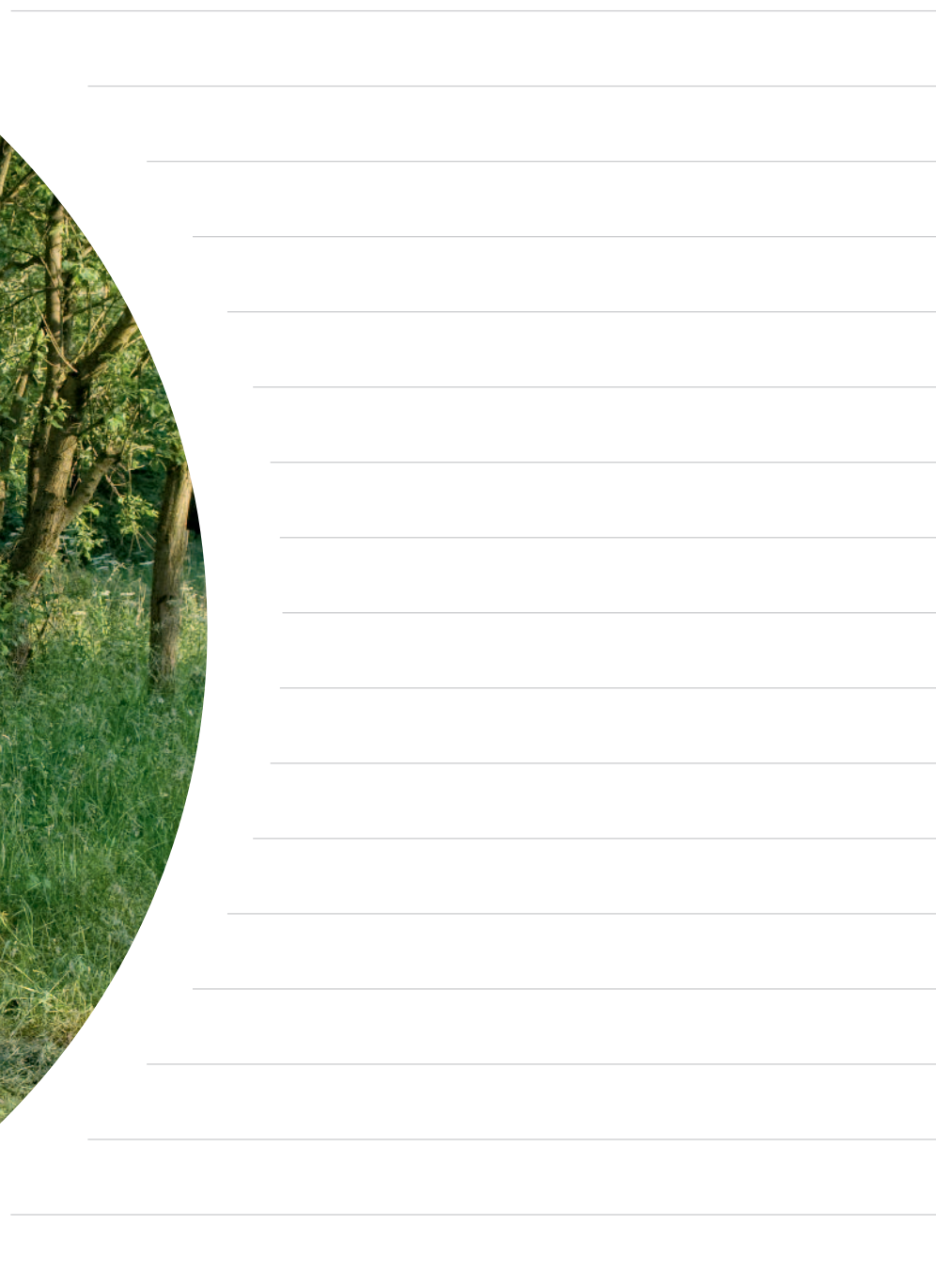
EMPFEHLUNG

Die DG initiiert ein Modellprojekt, mit dem in Kooperation mit den Gemeinden ein "Dorf-Dienstleistungszentrum" errichtet wird, um längerfristige Erfahrungen darüber zu sammeln, wie Nahversorgung künftig ortsnah und unter aktiver Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger aus der Gemeinde realisiert werden kann.



NOTIZEN

[illegible]



Regionales Entwicklungskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Verantwortlicher Herausgeber Norbert Heukemes, Generalsekretär
Projektleitung MDG Pascale Müllender, Referentin
Externe Projektberatung Futour München, Aixplan Aachen
Redaktion Dieter Popp (Futour), Bettina Kreisel (Aixplan), Pascale Müllender (MDG), Norbert Heukemes (MDG)
Grafik Margraff Concept-Design
Fotos Willi Filz
Kreisel (S. 6-7) · chudoschnik (S. 20 zweites u. viertes v. links, S. 21 erstes v. links, S. 45, S47)
Agora (S. 20-21) · KuKuK (S. 21 zweites v. links) · Irene K. (S. 21 rechts)
Christian Charlier (S. 20 links aussen, S. 51, S. 77 links unten) · Bütgenbacher Hof (S.82 drittes v. links)
Druck Kliemo AG

© 2009 Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft - April 2009



WWW.DGLIVE.BE





DG - OSTBELGIEN LEBEN 2025
 REGIONALES ENTWICKLUNGSKONZEPT
 DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT
BAND 2

